

ÖMZ

ÖSTERREICHISCHE MILITÄRISCHE ZEITSCHRIFT

In dieser Onlineausgabe

Lothar Rühl

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Andrea Riemer/Erich Vad

Leadership und Strategie: In Umbrüchen zeitgemäß führen

Friedrich W. Korkisch

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in weiter Ferne

Unilateralismus und knappe Budgets

Mitar Kovač/Jan Marček

Konzept und methodische Aspekte der Formulierung und Umsetzung der staatlichen Strategie

Zusätzlich in der Printausgabe

Michail Logvinov

Der deutsche Dschihad - eine Bestandsaufnahme

Hans Otto Schmidt

Energie - Autarkie ohne Atomstrom

Heino Matzken

Muslimbrüder als Alternative im Nahen Osten?

Islamisten genießen hohen Rückhalt in der Bevölkerung

Martin Prieschl/Harald F. Potempa

Volkswehr - Reichswehr - Bundesheer

Die Neuaufstellung von Streitkräften in den Verliererstaaten des Ersten Weltkriegs, dem Deutschen Reich und

(Deutsch-) Österreich - ein Vergleich (Teil 1)

sowie zahlreiche Berichte zur österreichischen und internationalen Verteidigungspolitik

Die strategische Lage zum Jahreswechsel

Lothar Rühl

Am Übergang des Jahres 2012 auf 2013 ergibt sich ein unklarer Ausblick auf eine komplexe globalstrategisch-weltpolitische Situation. Dies traf zwar in den vergangenen zehn Jahren seit dem Terrorangriff auf die USA vom September 2001 von Mal zu Mal mehr oder weniger zu. Doch dominierten in jedem dieser Jahre trotz der aktuellen Ereignisse die Konstanten über die Variablen bis im Frühjahr 2011, als der Sturm des Aufbruchs über weite Teile des arabischen Orients von Nordafrika bis an den Persischen Golf fegte, die Grundfesten der einander ergänzenden Nachkriegsordnungen von 1919 und 1945/48 erschütterte und das strategische Koordinatensystem der Geopolitik des Nahen/Mittleren Ostens im weitesten geographischen Sinn für alle Mächte, die externen wie die regionalen, verwarf.

Davon wurde auch das vorläufige Ergebnis des amerikanisch-britischen Golfkrieges von 2003 gegen den Irak Saddam Husseins erfasst: Im Norden öffnete sich der Riegel zwischen den Kurden Syriens, des Irak, der Türkei und des Iran auf der gesamten geographischen Breite mit der politischen Vision „freies Kurdistan“. Das kurdische Problem der territorialen Integrität der beteiligten Staaten und damit der Grenzen von 1919/21 ist für die Zukunft neu gestellt.

Die schiitische Mehrheit ist davon ebenso, wenngleich in anderer Weise, wie die sunnitische arabische Minderheit für die staatliche Einheit des Irak betroffen, zumal ihre Regierung im Parlament auf einer Koalition mit den Kurden beruht. Die innere Lage des Irak wird zudem von den Ereignissen im benachbarten Syrien wegen der sunnitischen Stammesverbände über die Grenze hinweg unmittelbar berührt. Die irakische Regierung des schiitischen Premierministers Nuri Kamal al-Maliki verstärkte im Herbst die Grenzkontrollen zu Syrien aus Besorgnis über die Bildung sunnitischer Terrorgruppen und ein Übergreifen der Kämpfe des syrischen Aufstands gegen das Assad-Regime auf den Norden des Irak. Gleichzeitig verstärkte die Türkei die Luftangriffe auf kurdische Kampfgruppen im Nordirak, wobei die Unwirksamkeit der irakischen Luftabwehr bloßgestellt wurde,¹⁾ eine gefährliche Blöße v.a. gegenüber der israelischen Luftwaffe für etwaige Überflüge des irakischen Luftraums nach Iran.

Der Iran, der im Regime des Alawiten Assad nicht nur einen abhängigen Verbündeten, sondern auch die strategische Tiefe mit einer vorgelagerten Front im Libanon und auf dem Golan gegenüber Israel zu verlieren droht,²⁾ kann allerdings die vom syrischen Bürgerkrieg ausgehende Bedrohung des Irak nutzen, weil diese die Schiiten des Irak noch stärker von iranischer Unterstützung abhängig macht und den Irak näher an den Iran heranrücken lässt.

Wie der syrische Bürgerkrieg endet und welche Folgen er für den Nahen Osten haben wird, steht dahin. Die politischen und militärischen Handlungsgrenzen des Iran sind ebenso durch das chaotische Geschehen in Syrien und an dessen Grenzen erwiesen wie die Saudi-Arabiens, der Türkei, Israels, Amerikas, Europas und Russlands - vom fernen China einmal abgesehen. Immerhin ist die Türkei das einzige Land, von dem aus eine Intervention Erfolg haben könnte, ohne die gesamte Region in einen Krieg zu stürzen. Die arabischen Forderungen nach einem bewaffneten Eingriff zugunsten der sunnitischen Rebellen stießen 2012 in New York bei der UNO und in Washington auf Ablehnung wie in Europa. Immerhin erklärte der französische Außenminister Laurent Fabius im September, dass Frankreich und die Türkei „befreite Gebiete in Syrien definiert“ hätten, eine Vorstufe für die Anerkennung von deren vorläufiger Selbstständigkeit und einer „De-facto“-Anerkennung einer später entstehenden Gegenregierung zum Assad-Regime.³⁾

Eine gezielte militärische Intervention der USA mit massiven Kräften nach den amerikanischen Wahlen vom November 2012 blieb eine Möglichkeit, jedoch aus politischen Gründen unwahrscheinlich wie ein militärischer Schlag gegen die Atomanlagen oder die strategische Führung des Iran. Die operativen Optionen konnten und können die politische Strategie nicht bestimmen, sondern nur militärisch untermauern und im Falle einer politischen Entscheidung für Intervention ausführen. Die Risiken blieben 2012 in allen Fällen - Iran, Syrien, Libanon, Israel, Palästina/Jordanien und Saudi-Arabien, Ägypten/Israel und selbst für die Türkei - unkalkulierbar.

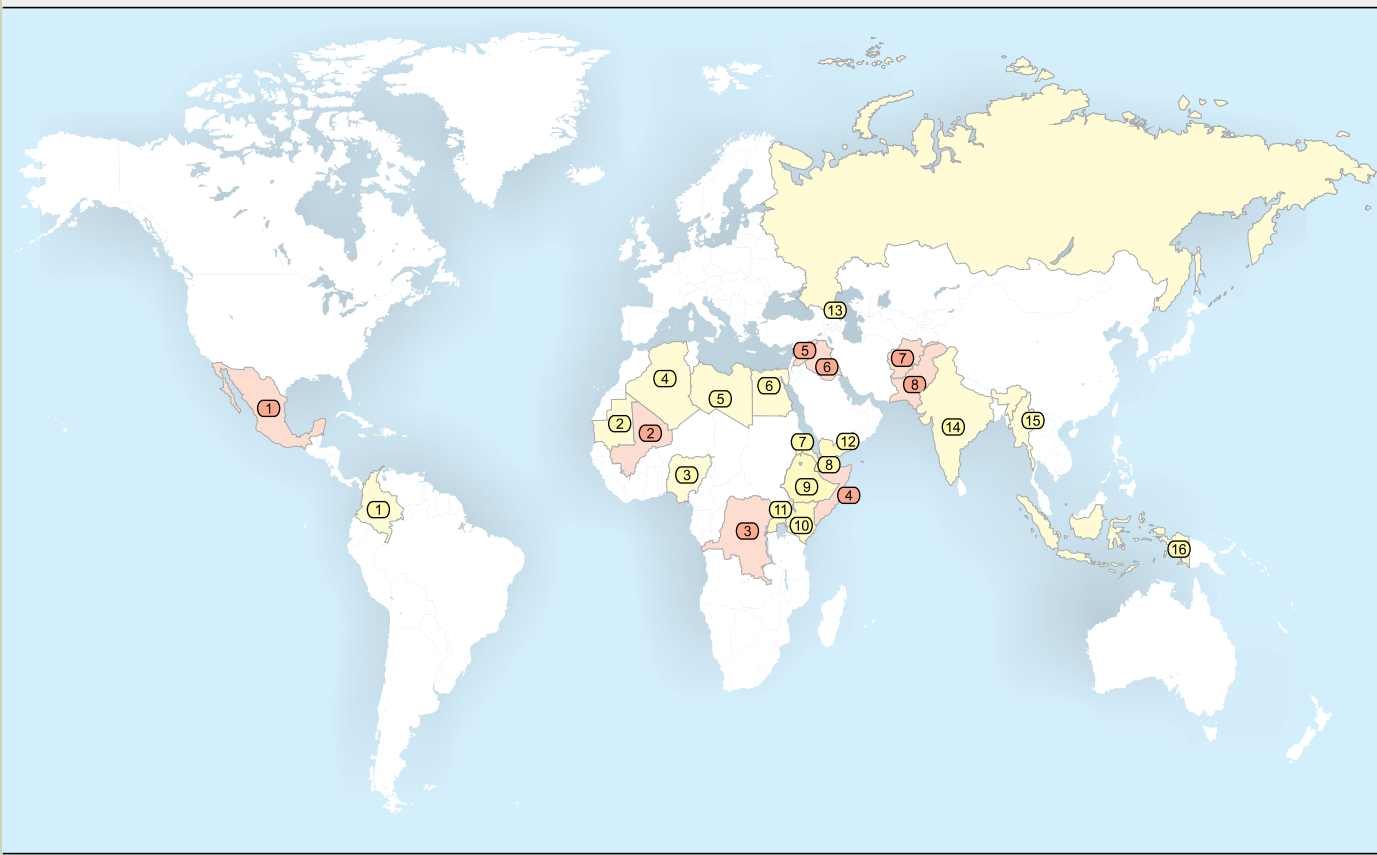
Die strategischen Verwerfungen

Die Bürgerkriege in Libyen und in Syrien waren und bleiben die herausragenden Merkmale dieses Vorgangs neben der noch nicht abgeschlossenen Revolution in Ägypten, in deren Folge die Entwicklung in gegensätzliche Richtungen zwischen Aufrechterhaltung der Öffnung nach Westen und Rückfall in einen fundamentalistischen Islam gehen kann.⁴⁾

Zwar setzen diese drei Spitzen des Umsturzes von unterschiedlicher Bedeutung die Landmarken des Geschehens, zu dem auch die fortdauernde innere Bedrohung der Regimestabilität der sunnitischen Monarchie in Bahrein und die unübersichtliche Entwicklung in Tunesien nach dem dortigen Regimesturz zählen.

Diese Ereignisse beendeten die über ein halbes Jahrhundert verfestigte politische Stabilität und die territoriale Stabilität in den eingefrorenen Konfliktlagen zwischen Staaten der Region Irak, Israel, Iran, Saudi-Arabien und die Türkei eingeschlossen, nach den diversen Revolutionen und Staatsstreichern der 1950/60er-Jahre, den vier Nahostkriegen um Israel zwischen 1948 und 1982 und den drei Golfkriegen zwischen 1980 und 2003.

Am Golf liegt der Irak, im Inneren noch nicht gefestigt und befriedet, von den syrischen Ereignissen direkt in seiner zerbrechlichen



OFFENE KONFLIKTE

- Mexiko:**
① Kampf der Armee gegen Sinaola-, Juarez-, Los Zetas-, Golf-, Tijuana-, La Familia- und Beltran-Leyva-Drogenkartell;
- Mali:** Tuareg-Miliz Nationale Bewegung zur Befreiung von Azawad (MNLA) erklärt den Norden Malis für unabhängig und übt im besetzten Gebiet islamistischen Terror aus - internationale Missionen im Anlaufen;
- Dem. Rep. Kongo:** Kämpfe im Osten des Landes zwischen verschiedenen Hutu- und Tutsi-Milizen, Kampf der Rebellengruppe M23 gegen Regierung mit Besetzung der Stadt Goma;
- Somalia:** fortgesetzte Piraterie, Aktivitäten islamistischer Milizen, allen voran Al Shabaab;
- Syrien:** Bürgerkrieg mit massivem Armeeeinsatz gegen Bevölkerung;
- Irak:** Kampf der religiösen Gruppen gegeneinander, separatistische Kurden kämpfen für Staat im Norden;
- Afghanistan:** auch vor Abzug der ISAF kräftige Lebenszeichen der Taliban, vor allem im pakistanischen Grenzgebiet;
- Pakistan:** Rebellenorganisationen in Wasiristan und Beltschistan, unverminderte Aktivitäten der Taliban im afghanischen Grenzgebiet;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- Kolumbien:**
① weiter Aktivitäten der geschwächten FARC, Waffenstillstand für Jahreswechsel 2012/13 geplant;
- Mauretanien:**
② Kämpfe der regulären Armee gegen salafistische und Al-Qaida-Gruppierungen;
- Nigeria:**
③ unverminderte Aktivitäten der Sekte Boko Haram, weiter ungelöste Problematik im Nigerdelta;
- Algerien:**
④ Kämpfe gegen Al Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und andere islamistische Gruppierungen;
- Libyen:**
⑤ Kampf der Übergangsregierung gegen diverse islamistische Gruppierungen;
- Ägypten:** Kampf der Armee gegen Al Qaida auf der Halbinsel Sinai, instabile innenpolitische Lage nach den Ereignissen des Arabischen Frühlings;
- Eritrea:** Aktivitäten verschiedener Rebellengruppen, weiter ungelöster Grenzstreit mit Äthiopien;
- Dschibuti:** Kampf gegen verschiedene Rebellen-gruppierungen;
- Äthiopien:** instabile Lage in der Region Ogaden, Kämpfe gegen mindestens sieben Rebellen-gruppierungen;

SCHWELENDE KONFLIKTE

- Kenia:** Aktivitäten von Muslim Youth Center, einer somalischen Miliz mit Verbindungen zu Al Qaida;
- Uganda:**
⑪ Kämpfe mit LRA und Al Shabaab;
- Jemen:**
⑫ verstärkte Aktivitäten islamistischer Gruppierungen, US-Drohneinsatz auf jemenitischem Staatsgebiet;
- Russland:**
⑬ Kampf gegen bewaffnete Gruppierungen im Kaukasus, v.a. in Tschetschenien, Inguschetien und Dagestan;
- Indien:**
⑭ Ungelöste Kaschmir-Problematik;
- Myanmar:**
⑮ fortgesetzte Unterdrückung ethnischer Minderheiten und Kampf gegen ihre bewaffneten Arme;
- Indonesien:**
⑯ Kampf gegen Separatisten auf Papua;

Stabilität bedroht, über die politische und wirtschaftliche Macht zwischen der schiitischen Bevölkerungsmehrheit und den Sunniten, aber auch zwischen Kurden und Arabern im Norden des Landes umstritten. In Nordafrika liegen Algerien und Marokko mit autoritären Regierungen allesamt gefährdet wie auch Tunesien. Dies ist auch der Fall in Nordwestafrika, in Mauretanien, südlich in Mali, Niger, Nigeria und Tschad im subsaharanischen Afrika, zwischen diesen Wetterfronten einer undurchsichtigen, ölhaltigen, explosiven und instabilen Gemengelage an oder nahe der südlichen Peripherie Europas. V.a. Mali wurde im Herbst 2012 zum Objekt europäischer Befürchtungen über Destabilisierung und einen weiteren scheiternden Staat in Afrika. Diese Befürchtungen veranlassten Paris zu Plänen für eine europäische Militärpräsenz unter französischer Führung in Mali.⁵⁾ Eine Beratung der Außenminister und Verteidigungsminister der EU blieb im Übergang vom September zum Oktober 2012 ohne klare Entscheidung bei Fortbestehen der Differenzen.

Im Mittleren Osten findet sich das Gegenstück am Horn von Afrika mit den somalischen Herrschaftsgebieten, dem im Inneren zerrissenen Jemen - beide teils unter Kontrolle von Islamisten - und dem Persischen Golf mit der von somalischen Piraten unsicher gemachten Arabischen See. Dieses Krisengebiet des Orients mit Iran und Saudi-Arabien im geopolitischen Zentrum reicht im Norden über die Türkei nach Europa hinein bis zum Kaukasus und zum kaspischen Zentralasien mit blutigen Unruheherden wie im Osten Afrikas, samt den noch immer unbewältigten Territorialkonflikten, z.B. zwischen Armenien und Aserbeidschan um das Gebiet Nagornij-Karabach oder um die Nordgrenze Georgiens mit den ethnischen Abspaltungen unter russischer Kontrolle seit dem georgischen Sezessionskrieg im Jahre 2008.

Latent bedroht sind alle arabischen Golfstaaten im Inneren und durch den Iran von außen, selbst wenn die iranische Bedrohung geringer sein mag als es im Zuge der Verwirklichung des Teheraner Atomprogramms mit der nuklearen Rüstungsoption seit Jahren scheint. Es kann sich sehr wohl eher um eine latente Gefährdung als um eine akute oder zeitnahe reale Bedrohung handeln. Doch bestimmt diese Möglichkeit die Politik in der Region und die Befürchtungen der externen Mächte, insbesondere der USA. Die israelische Regierung streitet mit Washington um „rote Linien“, die der Iran mit seinem Atomprogramm nicht überschreiten dürfen soll als Voraussetzung für einen militärischen Schlag gegen die iranischen Nuklearanlagen.⁶⁾

Die Krisenregion des „Weiteren Mittleren Ostens“ betrifft die wirtschaftlichen und strategischen Interessen der USA und Chinas, die aktiv um die reichen Bodenschätze Afrikas wie um das Golföl konkurrieren - eine Konkurrenz am Golf, an der v.a. China, Indien und Europa beteiligt sind. Russland, das seit dem Ende der Sowjetmacht seinen afrikanischen und seinen orientalischen Einflussbereich eingebüßt hat und mit allen verfügbaren Mitteln versucht, diesen wenigstens teilweise wiederzugewinnen, ist an dieser Konkurrenz und den damit verbundenen politischen Rivalitäten beteiligt, was sich im Verhältnis zu Iran und zuvor schon in den Irakkonflikten und seit 2011 am Beispiel des syrischen Bürgerkriegs mit der politischen Abschirmung des Assad-Regimes gezeigt hat und weiter wirken wird.

Die Energieressourcen der Region sind eine der Hauptursachen neben der Gefährdung durch den militanten Islam. Diese strategisch-geopolitische und ökonomische Konkurrenz erstreckt sich seit der Unabhängigkeit Zentralasiens 1991 auch auf dessen Staaten, ehemalige Sowjetrepubliken, insbesondere auf das halb europäische Aserbeidschan am Kaspischen Meer, auf das große Kasachstan mit einer noch immer ansehnlichen russischen Minderheit und auf Turkmenistan mit deren Erdöl- und Erdgasquellen.

Ein neues „Great Game“ nach dem Vorbild des ausgehenden 19. Jahrhunderts ist in dieser weiten Region mit neuen Spielern neben Russland im Gange: China und USA, aber auch Indien, Türkei und - statt nur Großbritannien - Europa in seinen größeren Staaten ohne Einheit und gemeinsame Politik, darum auch bisher ohne eine europäische Strategie. Verständigungen über Leitungen für den Transport von Öl und Gas nach Europa sind dafür zwar nützlich, aber nicht ausreichend. „Europa“ als vorgestelltes Ganzes oder auch die EU sind keine mächtigen Mitspieler und haben, soweit von den Politiken ihrer Staaten abgebildet, keine strategischen Interessen, die sie wahren und fördern könnten.

Die gesamte gemeinsame „Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) ist deshalb in Wahrheit nur eine rhetorische Veranstaltung deklaratorischer Formel-Diplomatie. Auch eine reale gemeinsame Außenpolitik der EU-Länder existiert noch immer nicht, obwohl sie während des arabischen Erdölembargos gegen westeuropäische Länder Ende 1973 nach dem vierten Nahostkrieg um Israel, also vor 40 Jahren, in Kopenhagen zusammen mit dem auch still gebliebenen „Europäisch-Arabischen Dialog“ proklamiert wurde. Die Europa nahe liegende arabische Welt wurde trotz diplomatischer Prozeduren wie den „Barcelona“- und „Casablanca-Prozessen“ der EU politisch vernachlässigt, und zwar von beiden Seiten.

Doch der Krisenbogen reicht über diesen Teil des Orients weit hinaus auf den Indischen Subkontinent und schließt sich an den ostasiatisch-westpazifischen Raum, in dem der neue strategische Horizont Amerikas liegt. Die Schwerpunkte der Interessen und Engagements, auch des militärischen, der Mächte können sich verschieben, wie sie sich seit dem Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Endes des „Kalten Krieges“ in Europa verschoben haben. Aber der globale Zusammenhang zwischen Europa, dem Nahen/Mittleren Osten und dem Fernen Osten, zwischen Eurasien, dem Indischen Ozean, dem Atlantik und dem Pazifik für die amerikanische und internationale Politik wird auf Jahrzehnte bestehen bleiben, so wie er sich herausgebildet hat und im neuen historischen Prozess weiter gestalten wird.

Bestehen bleiben wird damit die Veränderung der globalen Hierarchie der Regionen mit dem relativen Bedeutungsverlust Europas im Verhältnis zur Epoche der Ost-West-Blockpolitik unter dem strategischen Konfliktbogen zwischen den USA und der Sowjetunion.

Doch Europa wird, in welchem Zustand auch immer, der einzige kongeniale Partner Nordamerikas in der Welt und die einzige zuverlässig solide strategische Überseeposition der USA bleiben; dies, obwohl selbst uneinig oder zerfallen und jedenfalls im Inneren wie nach außen von politischem Dissens zwischen seinen Ländern gelähmt, von der Finanz-, und Wirtschaftskrise seit 2008 geschwächt. Die Aussage des spanischen Ministerpräsidenten Rajoy, die Finanzkrise seines Landes gefährde die nationale Sicherheit wegen ihrer Sparzwänge auch bei den Streitkräften, ist dabei nur ein Mosaikstein des europäischen Bildes und kann als exemplarisch „pars pro toto“ angesehen werden: Alle europäischen Länder sind, aus welchen Gründen auch immer, in ihrer Sicherheit und Verteidigung wie in ihren Bündnisbeiträgen zur NATO und EU zu schwach, als dass Europa aktiver Partner der USA von Belang in akuten Krisen, noch weniger ein „global player“ sein könnte.

In Spanien kommt die Gefahr des Staatszerfalls durch Abspaltung, zunächst Kataloniens, aber unverändert auch der baskischen Provinzen, hinzu: Für das Europa der EU wäre dies eine politische Katastrophe und für die NATO eine ernste Herausforderung. Die öffentliche Warnung des spanischen Königs Juan Carlos im September an die Separatisten vor „Illusionen“ nach der Einforderung eines „Rechts als Nation“ für Katalonien und Anfragen der katalonischen Regionalautoritäten in Brüssel über die Möglichkeit eines geordneten Ausscheidens aus Spanien für eine souveräne Katalonien in der EU unterstrich die Dramatik dieser Sezessionsrisiken in einer unruhigen Region Europas.⁷⁾ Auch im Norden schwelt die schottische Nationalfrage mit einer separatistischen Bewegung für Trennung von England gegen Großbritannien weiter, wengleich mit weniger Brisanz und größeren Kompromissmöglichkeiten unter einer gemeinsamen Krone bei formaler Selbstständigkeit.

Doch diese Unabhängigkeitstendenzen, die schon in den 1990er-Jahren Jugoslawien außerhalb der EU und die Tschechoslowakei auf dem Weg in die EU aufspalteten und im südslawischen Fall zu weiteren kleinteiligen Abspaltungen in Montenegro und im Kosovo führten, beide von EU, NATO und UNO unterstützt, zeigen auf, dass die vorgestellte große europäische Einheit „in Vielfalt“ der Völkergemeinschaft weder zu einem Bundesstaat noch auch nur zu einem haltbaren Staatenbund mit funktionalen Zentralautoritäten führen muss, dass also der europäische Föderalismus, in welcher Ausgestaltung der EU auch immer, sehr wohl nur ein zerbrechliches Gebilde ohne politische Aktionseinheit und strategische Fähigkeiten zustande bringen könnte.

Damit ist aber auch die Frage nach einem europäischen Mächtekonkordat oder Direktorium nach den Vorstellungen General de Gaulles vom „Europa der Vaterländer“ aus den 1960er-Jahren ohne supranationale Brüsseler Autorität weiter gestellt.

Die Spannung im Gegensatz zwischen der europäischen Integration im EU-Rahmen und den nationalen Bruchlinien in einer von der anhaltenden Finanzkrise in Bewegung gesetzten labilen politischen Gemengelage deckte die strukturelle Krise nebst der politischen Sinnkrise der EU auf. Eine solche Sinnkrise schwächt schon seit Jahren die NATO in ihren internationalen Stabilisierungsbemühungen mit militärischen Einsätzen von Somalia bis nach Afghanistan. Es bleibt abzuwarten, ob der Umschwung von 2011 in Libyen die erhoffte positive Wirkung nachhaltig ergeben wird wie auch in Tunesien. In Libyen kam es im Herbst zu der überfälligen Machtprobe zwischen den bewaffneten Privatmilizen und der Regierung mit der Konfrontation in Bengasi vom September zwischen demokratischen Demonstranten und bewaffneten Islamisten. Das Auflösungsdekret des Premierministers wurde nicht von allen bewaffneten Verbänden befolgt und die Abgabe der Waffen in Privatbesitz - es dürften sich rund 200.000 Handfeuerwaffen diverser Art und Kaliber im Lande befinden - war unübersichtlich und in ihrem Umfang nicht zu durchschauen.

Syrien ist die nächste Herausforderung, Westafrika als künftige schon in Sicht. Was kann Europa leisten, um Amerika zu unterstützen, wenn schon nicht zu entlasten?

In dieser Hinsicht ist seit dem Ende der Sowjetunion über zwei Jahrzehnte eine neue Konstante der Weltpolitik entstanden: das nur von der euro-amerikanischen Allianz NATO verdeckte europäische Machtvakuum.

Die NATO, seit 1994 im militärischen Einsatz, davon seit elf Jahren im afghanischen Krieg, ist zugleich eine militärisch im bewaffneten Konflikt aktive Allianz, dazu ein Interventionsbündnis mit Globalisierungstendenz geworden und in ihren verfügbaren Ressourcen geschwächt. Sie hat kaum noch Reservepotenzial für Krisenbeherrschung, ähnlich wie die USA.

Doch die USA bleiben noch immer die erste Volkswirtschaft der Welt mit dem größten Binnenmarkt und eigenen Erholungskräften trotz innerer Schwächung durch die Finanz- und Wirtschaftskrise mit Staatsschulden über 16 Billionen USD,⁸⁾ davon einer Verschuldung von etwa 1,2 Billionen gegenüber China, einem zerrütteten Finanzsystem des Gesamtstaates, der Teilstaaten und der Kommunen samt Sozialversicherungsträgern, d.h. nahe am Staatsbankrott, der nur kaschiert wird. Die USA bleiben auch in der in Schüben fortschreitenden Verschiebung der globalen Kräfteverhältnisse, insbesondere im ostasiatisch-pazifischen Raum, noch immer die erste und militärisch dank ihrer globalstrategischen Kontinentallage zwischen drei Ozeanen dominierende Weltmacht - allerdings auf überseeische Verbündete, strategische Stützpunkte ohne politische Behinderung (siehe Okinawa) oder erhebliche Bedrohung und auf internationale Koalitionen für Krisenintervention in der UNO und regional angewiesen.

Diese Abhängigkeit ist aber keine strukturelle Schwäche Nordamerikas, sondern eine äußere Lagebedingung, die für jede Weltmacht, auch für die stärkste, in der globalen Politik und Strategie gilt. Die Sowjetunion war davon abhängig und ohne ausreichende Koalitionsfähigkeit oder überseeische Verbündete wie zuvor in Europa Deutschland, in Asien Japan und seither China. Wissenschaftlich und technologisch sind die USA ohnehin führend. Industriell können sie es wieder werden. Die größte Volkswirtschaft der Welt sind sie auch trotz Schrumpfung geblieben. Insofern sind die USA die globalstrategische Dominante der Weltpolitik und noch immer auch der Weltwirtschaft. Nur ist ihr Abstand zur aufstrebenden Großmacht China geringer geworden. Doch Amerika kann den früheren Vorsprung in der Korrelation der Kräfte künftig wiedergewinnen.

Der Premierminister von Singapur, Lee Hsien Loong, ein faktischer Verbündeter Amerikas, aber auch ein enger Kooperationspartner Chinas, warnte Anfang September China davor, die USA als „Weltmacht im Niedergang“ anzusehen, und machte in Peking die herrschende Partei auf die ungebrochene Innovationsfähigkeit und Widerstandskraft der amerikanischen Nation aufmerksam.⁹⁾

In dieser Warnung ist auch ein guter Rat an China unausgesprochen enthalten, der die entstehende neue Konstante in Ostasien reflektiert: Chinas vitales strategisches Interesse liegt nicht in Machtexpansion mit Drohpotenzial, sondern in der Vermeidung von Konstellationen, in denen Koalitionen gegen China mit Amerika als Rückhalt oder Führungsmacht entstehen könnten. Eine solche Koalition könnte zwischen den Staaten Südasiens von Vietnam und Malaysia bis zu Indonesien mit Indien im Westen, Australien, Neuseeland und den Philippinen im Osten, Taiwan, Südkorea und Japan im Norden entstehen, wenn die USA weiterhin den Westpazifik und den Zugang zum Indischen Ozean strategisch kontrollieren können und wollen. Insofern liegt in Chinas Aufstieg zu einer globalen Großmacht mit Ausgreifen auf die Meere das Risiko größerer Abhängigkeit von Amerika und die Gefahr einer maritimen Gegenhegemonie mit einer umfassenden amerikanisch-pazifisch-asiatischen Koalition. Der ökonomisch-maritime und militärische Aufstieg Deutschlands als neuer Großmacht Ende des 19. Jahrhunderts hatte im euro-atlantischen Westen ein solches Resultat. Es muss im Fernen Osten dabei nicht zu einem großen Krieg kommen, wohl aber zu einem lange Zeit andauernden politischen Konflikt mit kostspieligen Rivalitäten. Ein solcher Konflikt ist schon in den

Randmeeren Ostasiens zwischen China, Japan, Vietnam als den Hauptkontrahenten, dazu Taiwan und den Philippinen als Nebenkongurrenten um Inselgruppen und Inselfplitter mit reichen Fischgründen und vermuteten unterseeischen Ressourcen wie Erdöl entbrannt.

Der geopolitische Konfliktansatz zwischen China und Amerika mit Japan, Australien und Südostasien ist als Konstante auch der alle Krisen weltweiter Natur beherrschende strategische Faktor, die fortbestehende Übermacht Amerikas die Dominante auf der militärischen Machtgleichung geblieben, selbst in der Nähe Chinas - was auch der Hauptgrund für die chinesische Aufrüstung und das beginnende Ausgreifen Chinas auf die Meere ist. Dies bedeutet nicht, dass die USA beliebig in jeden regionalen Konflikt eingreifen und diesen in ihrem Sinne entscheiden könnten. Die Beispiele Irak und Afghanistan lehren dies nach den früheren Beispielen Korea und Vietnam. Der Iran stellt das nächste Problem für Interventionspolitik wie für internationale Ordnungspolitik mit Machtanwendung. Die fortdauernde, blockierte Krisenlage im Nahen Osten zwischen Israel und den Arabern im Nahen Osten illustriert über die Jahrzehnte seit dem Zweiten Weltkrieg die Dilemmata einer Großmachtspolitik von außen bei unauflöshchen regionalen Gegensätzen und das Paradoxon der externen Hegemonialmacht Amerika im Orient.

In dieser Hinsicht hat Amerika im Nahen/Mittleren Osten wie in Afghanistan das Erbe des Britischen Empire, an der Levante des Empire Francais und des Osmanischen Reichs, gegenüber Zentralasien und dem Iran auch des russischen Zarenreichs und der Sowjetunion angetreten.

Die Versuche Präsident Obamas, die Kriege im Irak und in Afghanistan zu beenden, jedenfalls die USA militärisch an den Rand der Konfliktherde zurückzuziehen, ohne die amerikanischen Positionen in beiden Regionen, in Südwestasien mit dem halb verbündeten, halb feindseligen Pakistan, aufzugeben und den Schutz-Klienten Saudi-Arabien samt den übrigen arabischen Golfstaaten und Irak strategisch sich politisch selber zu überlassen, einen Einfluss auf das nachrevolutionäre Ägypten zu behaupten und das Bündnis mit der Türkei zu erhalten, stellen das schwer lösbare Problem der USA als externe Vormacht ohne Ordnungskraft dar: Amerika befindet sich in einem Spagat zwischen widerstreitenden oder jedenfalls kaum vereinbaren bilateralen Interessen in jedem regionalen Gegensatz, was besonders die Fälle Israel/arabische Staaten, Türkei/Syrien, Türkei/Israel über Palästina, Saudi-Arabien/Irak in Verbindung mit dem historischen Gegensatz zwischen islamischen Sunniten und Schiiten, Arabern und Kurden, Kurden und Großtürken zeigen. Doch ohne Amerika sind weder Verhandlungslösungen der Diplomatie noch militärische Lösungen möglich.

Dies beweist der Fall Israel/Palästina seit sechseinhalb Jahrzehnten. In Südasiens kommt der existenzielle historisch-religiöse Gegensatz zwischen Indien und Pakistan hinzu, den beiden Hauptpartnern der USA in der Region, beide involviert gegeneinander in Afghanistan, beide in gegensätzlichen Spannungs- und Verständigungsverhältnissen zu China, der großen Gegenmacht. Die Koreanische Halbinsel bietet ein weiteres Beispiel mit dem unterernährten und übergerüsteten kommunistischen Nordkorea gegenüber Japan und dem von den USA für seine Sicherheit deshalb vollkommen abhängigen Südkorea.

Das Unvermögen Washingtons seit dem Ende der Sowjetunion, die koreanischen Probleme trotz einer gesicherten Vorwärtsstationierung seiner Militärmacht, seiner Kontrolle des Pazifik und seiner Verbündeten in Asien zu lösen, weist auf den paradoxen Unterschied zwischen strategischer Dominanz und ordnungspolitischer Ohnmacht.

In beiden Fällen, Korea und Iran, ist dabei die nukleare Rüstungsoption als der das Machtgefälle tendenziell nivellierende strategische Faktor die Schlüsselgröße - wie im Konflikt zwischen den amerikanischen Partnern Indien und Pakistan in Südasiens.

Im Nahen Osten besteht dieses Paradoxon für Israels Sicherheit gegenüber der demographischen und ökonomischen Übermacht der arabischen Staaten als Gesamtheit (einer quantitativen Größe) im Verhältnis zur realisierten Nuklearrüstung, einer industriellen Hochtechnologie und einer starken konventionellen Armee mit einer überlegenen Luftwaffe samt Raketenabwehr mit einem Dilemma für die USA: Zwar ist Israel vom amerikanischen Rückhalt und von finanzieller Unterstützung für seine Rüstung abhängig, doch umgekehrt hängen die Erfolgchancen der amerikanischen Nahostpolitik vom guten Willen Israels gegenüber den Palästinensern und dem Verhältnis zu den arabischen Nachbarländern, insbesondere zu Syrien, ab - damit auch die Nutzung des revolutionären Geschehens in der arabischen Welt seit dem Ausbruch des sogenannten „Arabischen Frühlings“ oder „arabischen Erwachens“ für eine Befriedung des Nahen Ostens.

Der syrische Bürgerkrieg und die westlichen Strategie- und Politik-Probleme

Der gegen Ende des Jahres 2012 schon gut anderthalb Jahre andauernde syrische Bürgerkrieg, den zunächst keine Regierung in der Welt einen Krieg nennen wollte, ist zum Fokus auf dem internationalen Krisenhorizont geworden. So wie das amerikanische Wahljahr 2012 jeden Fortschritt bei den Versuchen einer Lösung der südostasiatischen Probleme wie der südwestasiatischen mit Pakistan und in Afghanistan, des koreanischen und des iranischen Problems verzögerte, behinderte es die internationale Politik gegenüber der Unterdrückung und dem Bürgerkrieg in Syrien. Eine Wiederholung der militärischen Intervention in Libyen im Falle Syriens war schon deshalb in den Jahren 2011/12 ausgeschlossen. Es wurde aber allgemein erwartet, dass eine Entscheidung so oder so 2013 in Washington und in Syrien fallen würde. Die Behinderung der internationalen Sicherheitspolitik und der Vereinbarung einer westlichen Strategie zur Lösung des syrischen Problems, an dem v.a. Libanon und Israel, aber auch Irak und das Verhältnis zum feindseligen Iran hängen, hatte aber auch andere zwingende Ursachen: die Vetodrohungen Russlands und Chinas im UNO-Sicherheitsrat wegen der Interessen beider Mächte in Syrien und am zumindest vorläufigen Erhalt des Assad-Regimes gegen jede internationale Intervention aus humanitären oder anderen Gründen.

Für Russland ist Syrien schon seit dem 19. Jahrhundert ein strategisches Zielobjekt, seit dem Ost-West-Konflikt im 20. Jahrhundert wegen des Hafens von Tartus, der zu einem großen Tiefwasserhafen für einen Hochseeflottenstützpunkt der russischen Marine im Mittelmeer ausgebaut werden soll, und wegen der Lage an der Levante die Pforte zum Vorderen Orient, nachdem Ägypten und der Irak als Einflussgebiete verloren gingen wie das Horn von Afrika, und der Iran ein ebenso unsicherer wie selbstbewusster Partner geblieben ist, der nicht zum Verbündeten in allen Situationen taugt.

Umso stärker ist Moskau heute an Damaskus interessiert. Solange Assad sich an die Macht klammern kann, selbst in einem sich ausweitenden Bürgerkrieg, wird Moskau ihn politisch stützen. Dabei riskiert es seine Chancen in Syrien nach Assad - ein Zielkonflikt, der Russland ein Dilemma aufzwingt.

Ein weiterer Aspekt ist die ambivalente Haltung der Türkei gegenüber einer Interventionspolitik mit dem Beharren auf einem UNO-Mandat, das aber unerreichbar war; die notwendige Rücksichtnahme auf die äußerst zerbrechliche Lage im stets gefährdeten Libanon, wo die künstliche Regierungsbasis mit der den größeren Teil des Landes kontrollierenden bewaffneten schiitisch islamistischen Hisbollah-Partei als langem Arm des Iran und Feind Israels im Falle einer Eskalation des syrischen Bürgerkriegs über die Grenzen zusammenzubrechen und damit einen neuen Bürgerkrieg und ein israelisches wie ein iranisches Eingreifen provozieren könnte; die inneren Gegensätze in Syrien, die eine ungleich komplexere Situation als 2011 in Libyen¹⁰⁾ geschaffen haben und ein Auseinanderbrechen Syriens mit dem zusätzlichen Risiko einer kurdischen Sezession im Nordosten des Landes an der türkischen Grenze.

Die innere Eskalation des syrischen Konflikts in einen voll entfalteten und immer wieder in Brennpunkten wie Dara im Süden, Iblid im Norden und v.a. Aleppo, Homs und Hama, schließlich durch Terroranschläge und Quartier-Gefechte auch in Damaskus angefachten Bürgerkrieg legt auf jeden Eingriff von außen ein unkalkulierbares, aber jedenfalls schweres Risiko. Wegen der weiträumigen und in Ortschaften festgesetzten Dislozierung der feindlichen Kräfte, der Differenzierung der Aufständischen in zahlreiche Gruppen mit örtlichen Führern, dem Mangel an einer zentralen Führung und politischen Einheit waren in der Lage von 2012 einer militärischen Intervention wie der Diplomatie zur Vermittlung engste Erfolgsgrenzen gezogen.

Der Nachfolger des an diesen Realitäten gescheiterten ehemaligen Generalsekretärs der UNO, Kofi Annan, als Vermittler, der seinerzeit im libanesischen Bürgerkrieg erfolgreiche ehemalige algerische Außenminister Lakhdar Brahimi, warnte deshalb Anfang September nach Übernahme des Vermittlerauftrags der UNO vor großen Erwartungen in den Erfolg seiner Mission wegen der in Gefechten verstrickten Bürgerkriegsfeinde und deren Festhalten an den vermeintlichen Erfolgsaussichten ihrer Sache und Seite. Aber zuvor, am 20. August, hatte er in einem arabischen Fernseh-Interview bemerkenswert nachdrücklich auf die angebliche „historische nationale Homogenität Syriens über alle religiösen und ethnischen Unterschiede in der Bevölkerung hinweg“ als eines „großen patriotischen Beispiels der Araber“ hingewiesen und Syrien „die Wiege des arabischen Nationalismus“ genannt, die es mit der Einheit Syriens zu erhalten gelte.¹¹⁾

Brahimi versuchte auch einen Kompromiss zwischen dem Regime und den Rebellen zu vermitteln, um den Bürgerkrieg, den er im Unterschied zu Kofi Annan offen als solchen benannte, zu beenden und zuvor im Sinne des Sechs-Punkte-Plans Annans, mit dem dieser gescheitert war, einen die Bevölkerung schonenden Waffenstillstand bei Rückzug der schweren Waffen aus den Ortschaften und freiem gesicherten Zugang humanitärer Hilfe als Basis für Verhandlungen unter seiner Vermittlung zu erreichen.

Wie zuvor Annan stellte er die Verbissenheit der Bürgerkriegsparteien mit deren Siegeserwartungen über den Feind als Haupthindernis auf dem Weg zu diesem Ziel fest. Tatsächlich zeigten die zahlreichen Terroranschläge und die summarischen Exekutionen gefangener Gegner auf beiden

Seiten, auch in vielen Fällen mit vorheriger Folter verbunden, dass es für Sunniten, Alawiten und Schiiten wie für verschiedene Familien und Clans in diesem Kampf um das schiere Überleben ging und dass die Blutrache zahlreiche Ausrottungsmorde an ganzen Familien zur Folge hatte.

Diese Merkmale stehen für ein im Orient weit verbreitetes Phänomen: Sippen-, Clan- und Stammeskämpfe als Element von Bürgerkriegen und Sezessionskriegen, bekannt aus dem Irak, aus Afghanistan, Pakistan, Kirgisien oder Tadschikistan, Usbekistan und Turkmenistan, früher aus den Teilgebieten des späteren Saudi-Arabien, aus dem libanesischen Bürgerkrieg bekannt, auch aus dem Kaukasus und auf dem Balkan aus Bosnien-Herzegowina und Mazedonien.

In ihnen liegt auch eines der Haupthindernisse für einen Erfolg der internationalen Politik in Afghanistan.

Auch darum ist die Grundvoraussetzung für eine internationale Lösung des Problems in Syrien so schwer zu schaffen. Militärisches Eingreifen und Diplomatie wie humanitäre Hilfe drohen daran in jedem Fall gleichermaßen zu scheitern. Jede im Westen rationale Strategie und Politik trifft im Orient auf diese zerklüfteten Hindernisse der Stammesgegensätze im Völkergemisch. Klare Fronten und identifizierbare Gegner oder Feinde sind in diesen, vom Gegensatz zwischen den islamischen Konfessionen, diesen und den Christen nicht oft zu finden. Beständigkeit von Koalitionen ist niemals anzunehmen, daher auch nicht die von Partnerschaften. An alledem war 2011/12 in Syrien kein Mangel. Entsprechend ungewiss blieb im Herbst 2012 im Ausblick auf 2013 der Ausgang der vielseitigen Partie. Dem entspricht der Mangel an einheitlicher Führung oder wenigstens Repräsentation im Rebellenlager gegen Assad. Für Brahimi hieß dies, wie er deutlich machte,¹²⁾ dass die Forderung nach Rücktritt Assads als Voraussetzung für Verhandlungen und eine Verschärfung der internationalen Sanktionen gegen das Regime in Damaskus nicht nützlich sein könnten.

Die russischen Interessen an einem Bestand des Assad-Regimes oder an dessen geordneter Ablösung ohne Beeinträchtigung der russischen Position mit dem Tiefwasserhafen von Tartus als Flottenstützpunkt, der weitgehend russischen Bewaffnung der syrischen Armee und des russischen Einflusses auf die syrische Außenpolitik nebst den Wirtschaftsbeziehungen erklären die Moskauer Opposition gegen Sanktionspolitik und militärische Intervention in Syrien. Hinzu tritt die Sorge vor möglichen fremden Interventionen oder politischen Einmischungen im unruhigen russischen, weithin muslimischen Nordkaukasus oder im russisch-georgischen Grenzkonflikt.

Das Letztere trifft auch auf China zu. Peking hat nicht nur wie Moskau ein Interesse daran, Syrien als Tor zum Nahen Osten für seinen Einfluss im Vorderen Orient offen zu halten und amerikanischen Einfluss zurückzudrängen, sondern auch, kein internationales Interventionspräjudiz zu schaffen, das eines Tages gegen China, etwa in Singkiang oder Tibet, von den USA benutzt werden könnte.

Insgesamt schien die Lage in und um Syrien mit dem verdeckten Einwirken Katars und Saudi-Arabiens wie der Türkei auf der Rebellen-seite, Irans für das Assad-Regime und dessen politische Abschirmung durch Russland und China Ende 2012 keine Aussicht auf ein baldiges - im Westen immer wieder vorhergesagtes - Ende des Assad-Regimes und des Bürgerkriegs in Syrien zu öffnen.

Die ägyptische Unbekannte

Libyen und Syrien haben ihre exemplarische Bedeutung für die arabische und die muslimische Welt. Syriens Konfliktlage gegenüber Israel und die syrischen Vorherrschaftsambitionen im Libanon, v.a. die Achse Teheran-Damaskus, haben Syrien eine internationale Bedeutung gegeben, die das Land zuvor seit dem Ende des Osmanischen Reichs

nicht hatte, obwohl Damaskus der Hort des panarabischen Nationalismus war. Doch im Verhältnis zu Ägypten sind beide, Syrien und Libyen, Größen zweiter Ordnung.

Ägypten hält neben der Türkei die zweite geostrategische Schlüsselstellung zwischen Europa und Vorderasien, dazu mit dem Suezkanal und der Passage durch das Rote Meer in die Arabische See den Zugang zum Horn von Afrika und zum Persischen Golf. Darum ist Ägypten zwischen Europa, Afrika und Asien auch ein Dreh- und Angelpunkt der Weltwirtschaft und seit dem Zweiten Weltkrieg wesentlicher Teil der Schwerpunktregion der amerikanischen Orientpolitik neben der Türkei, Saudi-Arabien und Iran. Wenn in Washington von einer Verlagerung der strategischen Interessen vom überwiegend befriedeten und von den USA über die NATO kontrollierten Europa mit dem Nordatlantik in den Großraum Pazifik-Asien gesprochen wird, dann ist stets mitgesagt, dass dieser Raum im Westen an der Levante mit Ägypten und der Türkei beginnt. Israel ist in ihn eingeschlossen, wenn auch als angefeindeter Fremdkörper. Umso wichtiger sind der Frieden zwischen Ägypten und Israel wie die Kooperation zwischen der Türkei und Israel. Beide notwendigen Klammern sind gelockert. Kritisch ist aber das Verhältnis zwischen Ägypten und Israel für den Frieden im Nahen Osten und für die amerikanische Strategie der Kontrolle der Situation als externe Macht. Darum war seit 2011 die „ägyptische Revolution“, die ambivalent geblieben und noch längst nicht vollendet ist, v.a. nicht, was den Endsieger im politischen Machtkampf angeht, der kritische Ereignisstrang und die politisch-strategisch zentrale Linie. In Ägypten wird sich entscheiden, wohin die Entwicklung im Nahen Osten, aber auch in Ostafrika und in Nordafrika führen wird. Diese Entwicklung blieb auch 2012 die große Unbekannte.

In Ägypten wird der Weg zwischen Freiheit und Ordnung, zwischen staatlicher Autorität und der Spontaneität der „arabischen Straße“ samt der Kontrolle demonstrierender Volksmassen vorgezeichnet. Vorgegeben ist schon das Verhältnis zwischen dem politischen Islam und dem säkularen Staat, vertreten durch von Westen beeinflusste Justiz und Armee wie in der Türkei. Die Gratwanderung des gewählten ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi steht dabei für die Entscheidungslinie in dem vom Spannungsverhältnis angelegten Konflikt. Die Muslimbruderschaft Ägyptens ist als erster Wahlsieger und derzeit einzige politische Kraft von nationaler Bedeutung und landesweiter Reichweite hervorgegangen. Die militanten Islamisten, insbesondere die Salafisten, sind vorerst abgeschlagen, werden aber ihre Kräfte sammeln und auf eine Revanche setzen. Sie werden Druck auf den Präsidenten und seine Regierung ausüben, dem Rechtssystem der islamischen Scharia so nahe wie nur möglich zu kommen und der westlichen Orientierung der großstädtischen Gesellschaft Grenzen zu setzen, wenn nicht frontal entgegenzutreten. Die ägyptische Armee ist aus der Machtprobe 2012 geschwächt, aber auch von ihrer überalterten Spitze befreit und mit neuen Chancen hervorgegangen. Welche Rolle sie künftig in der Innenpolitik und für die Außenpolitik spielen wird, ist eine offene Frage. Das jüngere Offizierkorps scheint sich auf die Seite des Präsidenten zu schlagen, an seiner Spitze die in die frei gewordenen höheren Chargen beförderte jüngere Generalität. Damit dürfte die Armee zunächst als Gegenmacht zum Präsidenten, zur

Regierung und zur Muslimbruderschaft als der dominierenden Kraft ausscheiden.

Doch muss dies über die Zeit nicht so bleiben. Die ägyptische Armee, von den USA jährlich mit bis zu etwa zwei Milliarden Dollar subventioniert und im Staat auch privilegiert, jedenfalls was das höhere Offizierkorps angeht, steht politisch irgendwo zwischen West und Ost in einer politisch ungesicherten und ideologisch undefinierten, aber offensichtlich von Pragmatismus und Opportunismus gekennzeichneten Stellung. Das ägyptische Militär kann heute international nicht länger als Stabilitätsfaktor angesehen werden. Aber viel wird von seiner künftigen Konsolidierung, Orientierung und Interessenbestimmung abhängen, denn es ist unwahrscheinlich, dass Präsident Mursi oder ein anderer Politiker offen gegen das Militär auf Dauer mit Erfolg regieren könnte, ohne sich von den unberechenbaren Stimmungsschwankungen der Volksmassen und von den militanten Islamisten abhängig zu machen. Mursi selbst sucht seinen Weg zwischen den schwierig gewordenen Beziehungen zu Washington, dem prekären, im ägyptischen Volk ungeliebten Frieden mit Israel, der Unterstützung der arabischen Sache in Palästina und dem ambivalenten türkischen Modell eines säkularen islamischen Staates als unabhängige Regionalmacht mit einer Öffnung nach allen Seiten. Er versucht auch, sich zum Sprecher der gemäßigten Araber in einer Verständigung mit Amerika und dem Westen zu machen und dabei auch die militärische Bedeutung Ägyptens im Spiel zu halten.¹³⁾

Jede politische Macht in Kairo wird sich auf das Militär stützen müssen, schon für die Landesverteidigung gegenüber Israel, das der Volksfeind Nummer 1 für die Ägypter bleibt, zur Grenzkontrolle zu Gaza und zur Gebietskontrolle der Sinaihalbinsel.

Der so höflichen wie bestimmten Entlassung des Feldmarschalls Tantawi als Verteidigungsminister und der damit verbundenen Entmachtung des Obersten Militärrates durch den gewählten Präsidenten muss ein Pakt mit der neuen Militärführung folgen, schon um die Kontrolle im Land zu behalten und das Verhältnis zu den USA vor einer für Ägypten fatalen Krise zu bewahren. Diese Notwendigkeit schließt den Frieden mit Israel und die freie Benutzung des Seeweges durch den Suezkanal und das Rote Meer ein. Davon hängen auch die Wirtschaftshilfe für Ägypten und der ägyptische Außenhandel samt dem vor der Revolution ertragreichen Fremdenverkehr mit den westlichen Touristen ab. Die jugendlichen Aufständischen des Tahirplatzes zu Kairo können nichts davon garantieren, sondern nur durch Agitation Probleme schaffen. Hier liegt das Dilemma der ägyptischen Regierungspolitik. Ob es umgangen oder aufgelöst werden kann, steht dahin. Mit einer schnellen Überwindung der Arbeitslosigkeit im Lande und einer wirtschaftlichen Expansion ist nicht zu rechnen. Damit ist der Handlungsspielraum jeder Regierung Ägyptens eng begrenzt, besonders einer, die von der Zustimmung der Volksmassen abhängt.

Insofern ist die Lage Ägyptens sowohl exemplarisch als auch maßgebend für den gesamten Nahen Osten vom Maghreb bis zur Levante. Der Mittlere Osten wird von der Lage am Golf und damit vom Gegensatz zwischen dem schiitischen post-revolutionären Iran und dem orthodox-sunnitischen und ebenso autoritär regierten Saudi-Arabien samt den übrigen arabischen Golfstaaten von Kuwait bis Oman beherrscht. Irak bleibt ein explosiver Risikofaktor, im schiitischen Süden um Basra dem iranischen Einfluss einschließlich der persischen Sprache und Kultur weit geöffnet. Ägypten hat auf den Mittleren Osten so gut wie keinen Einfluss und wenig Einwirkungsmöglichkeiten im Konfliktfall. In einer größeren Spannungsphase mit Iran kann es bestenfalls ein passiver Verbündeter der USA und Saudi-Arabiens sein, der die Seepassage zum Persischen Golf offen hält und nichts behindert.

Das iranische Problem, Israel und die USA

Die von den westlichen Geheimdiensten wie von der Internationalen Atomenergiebehörde IAEA festgestellten Fortschritte der Urananreicherung und der Härtung der atomtechnischen Anlagen zum Schutz gegen Angriffe im Iran hat 2012 politisch als Zeitraffer in Israel gewirkt. Das Drängen der Regierung Netanjahu auf eine ultimative amerikanische Politik mit der militärischen Drohung gegen Iran ist massiv geworden, aber in Washington auf Widerstand gestoßen, obwohl Präsident Obama es an deutlichen Warnungen an die Adresse Teherans nicht fehlen ließ. So erklärte er im September vor der UNO-Vollversammlung, dass eine nukleare Bewaffnung des Iran eine Herausforderung sei, „die wir nicht eindämmen können“.¹⁴ Aber gemeint war damit nicht etwa eine Drohung mit einem amerikanischen Präventivschlag. Auch war der feine Unterschied zwischen einem iranischen Atomprogramm der Urananreicherung und einer iranischen Nuklearrüstung unüberhörbar. Ohnehin war seit Langem klar, dass Präsident Obama jedenfalls vor den Novemberwahlen keinen neuen Kriegsschauplatz eröffnen und auch keinen politischen Konflikt mit hohem Profil und Eskalationsrisiko auslösen würde. Die „rote Linie“, die er öffentlich zog, galt nicht dem iranischen Atomprogramm, sondern der freien und sicheren Passage durch die Straße von Hormus für alle Schiffe.¹⁵ Dem diente auch die Verstärkung der amerikanischen Marinepräsenz im und vor dem Persischen Golf, flankiert von britischen und französischen Marineeinheiten. Die Risiken einer Konfrontation liegen auf der Hand und sind seit Jahren oft und ausführlich beschrieben worden. Die Wahrscheinlichkeit einer militärischen Konfrontation und des Eskalationsrisikos ist schwer zu bestimmen, denn auf beiden Seiten wird Abschreckungsrhetorik geübt und mit demonstrativen Manövern dramatisiert.¹⁶

Die wirksamen Angriffsfähigkeiten Israels gegen iranische Atomanlagen sind beschränkt, insbesondere wegen der Probleme mit der Luftbetankung von Kampfflugzeugen über die Distanz. Natürlich sind Marschflugkörperangriffe ebenso möglich wie Raketenangriffe. Doch ist auch die Wirkung nicht-nuklearer Waffen in solchen Flugkörpern auf gehärtete Objekte begrenzt. Schließlich kommen die Zahlen ins Spiel: Es müssten wenigstens 50 bis 60 Schlüsselobjekte im Iran zerstört werden, um ein Atomwaffenprogramm etwa fünf bis zehn Jahre zu verzögern.¹⁷ Nach vorherrschender Expertenmeinung, die hohen Militärs der NATO eingeschlossen, könnte Israel ein solches Zielprogramm allein, also ohne amerikanische Unterstützung, nicht mit Erfolg ausführen.

Dies bedeutet auch, dass alle europäischen Erklärungen, wonach eine iranische Atomrüstung „inakzeptabel“ (der deutsche Außenminister Guido Westerwelle) sei, reine politische Rhetorik sind, solange die US-Regierung auf Zeit spielt, wie sie dies noch im Herbst 2012 mit Erklärungen ihres Verteidigungsministers Panetta, es sei noch Zeit für Diplomatie und Sanktionen, tat. Dieser Punkt auf der noch unbestimmten Zeitachse wird strittig bleiben, bis im Iran ein Atomversuch stattgefunden haben würde.

Sanktionen treffen Iran empfindlich, haben das Atomprogramm wohl auch behindert und verzögert, aber letztlich nicht beendet. „Rote Linien“ auf diesem Feld werden Iran nicht aufhalten, so weit zu gehen, bis die Fähigkeit zum Bau

einer Kernwaffe, also die nukleare Rüstungsoption auf der Kernwaffenschwelle erreicht ist. Erst dann tritt der Moment der Wahrheit ein. Bis dahin bleibt die westliche Politik ohne Strategie blockiert. Nur eine israelische Drohung, auch allein loszuschlagen, könnte in einem solchen Moment Bewegung in die Lage bringen. Die IAEA wird weiter suchen, prüfen, warnen und versuchen, auf Teheran einzuwirken, wie auch die USA und vielleicht Russland und China. Doch die Teheraner Behauptung, Iran wolle keine Kernwaffen und bleibe im Rahmen des Sperrvertrags gegen die Weiterverbreitung nuklearer Waffen, lässt die Diplomatie ins Leere laufen.

Rückzugsvorbereitung aus Afghanistan

Das Jahr 2013 wird die kritische Zeit vor der Vollendung des internationalen militärischen Rückzugs aus Afghanistan bis Ende 2014 sein. Präsident Obama hat die Verstärkung von 33.000 US-Soldaten, die er seinen Generalen zugebilligt hatte, bereits 2012 abgezogen. Die Alliierten folgen Zug um Zug und übergeben wie die Amerikaner seit 2012 Bezirke und ganze Provinzen - wie auch von der Regierung in Kabul gefordert - in afghanische Verantwortung; dies heißt, sie ziehen sich aus dem Kampfgeschehen und aus der Sicherheitspräsenz schrittweise zurück, soweit und sobald die Lage ihnen dies nach ihrem politisch vorgegebenen Urteil gestattet. Insofern wird die militärische Forderung nach „lageabhängiger“ Reduzierung der internationalen Truppen bei gleichzeitiger Verstärkung der afghanischen Sicherheitskräfte formal erfüllt. Die Wirkung auf dem Terrain und in der Bevölkerung wird sich zwischen 2014 und den drei bis vier Jahren danach erweisen, nachdem die afghanischen Kräfte die Bürde der Sicherheit allein auf sich gestellt, nur von internationalen Militär- und Polizeiberatern, Ausbildern und technischen Unterstützern assistiert, einige Zeit getragen haben werden.

Es sollen bis Ende 2014 rund 350.000 Mann Armee und Polizei angeboten sein.

Die Erwägung in der NATO, diese Stärke auf 230.000 zu begrenzen, um Geld zu sparen, zeigt, wie knapp bemessen der wirkliche „Aufbau“ der afghanischen Sicherheitskräfte sein dürfte. Dafür dient in der Allianz wie in den Regierungen der NATO-Partner die perspektivische Lagebeurteilung ausgehend von der im Jahre 2012 erreichten Sicherheitslage im größten Teil des Landes.¹⁸

Diese Lage wird überwiegend positiv für den afghanischen Staat und dessen Armee eingeschätzt, obwohl eklatante Schwächen und Unsicherheiten unübersehbar sind. Erste Auflösungserscheinungen im Hinblick auf den Abzug der Alliierten 2013/14 mussten schon im Laufe des Jahres 2012 festgestellt werden, v.a. in den Angriffen afghanischer Soldaten und Polizisten auf alliiertes Ausbildungspersonal und in den zunehmenden kleineren örtlichen Zwischenfällen mit Waffengewalt oder Sprengstoff. Allein in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 wurden wenigstens 50 alliierte Soldaten durch bewaffnete Überfälle ihrer afghanischen „Partner“ getötet. Solche „Angriffe Grün gegen Blau“, wie es in der ISAF-Terminologie heißt, mögen die unterschiedlichsten persönlichen Motive haben (die sich in vielen Fällen nicht nachvollziehen oder auch nur aufklären lassen). Doch sie weisen auf zunehmende Nervosität, Aggressivität und verzweifelte Versuche Einzelner, ihre Haut noch rechtzeitig vor der Rache der künftigen Sieger im Bürgerkrieg zu retten, hin. Dieses Phänomen ist aus den Kriegen in Algerien und in Vietnam bekannt. Auch kann es als ein Zeichen von Unterwanderung der afghanischen Sicherheitskräfte durch Aufständische gedeutet werden wie allgemein spektakuläre Attentate und Angriffe in der Hauptstadt Kabul oder in Provinzhauptstädten, die ohne Mithilfe aus den Reihen der Sicherheitskräfte der Regierung nicht möglich gewesen wären. Eine solche Lage entstand im Jahre

2012 auch in Syrien mit Anschlägen und Feuergefechten in Damaskus bis in den Regierungssitz ähnlich wie in Kabul schon seit einigen Jahren.

Die Unterbrechung der Ausbildung afghanischer Truppen durch ISAF-Personal im Herbst 2012 wegen dieser mörderischen Zwischenfälle zeigte, dass die bis dahin von der ISAF verbreitete offizielle Erklärung mit „individuellen“ Einzeltaten nicht ausreicht, um diese Entwicklung zu begründen. „Grün gegen Blau“ wird ein Problem in der Abzugsphase 2013/14 bleiben. Der Erfolg der „Übertragung von Verantwortung“, wie die ISAF die Überwälzung der Sicherheitsbürde auf die Afghanen nennt, wird v.a. von der Qualität, der Loyalität und der Zuverlässigkeit, insgesamt vom Engagement der afghanischen Sicherheitskräfte abhängen.¹⁹⁾

Die „Abzugsperspektive“,²⁰⁾ die in Europa wie in Nordamerika und Australien die Diskussion über Afghanistan beherrscht, wird noch von anderen Faktoren und Unsicherheitsmomenten bestimmt. Die kritischsten unter ihnen sind die Entwicklung in Pakistan und die Politik Pakistans in Afghanistan, wo allgemein der pakistanische Nachbar als der Feind angesehen wird,²¹⁾ das Verhältnis der Taliban und anderer militanter Islamisten zur Bevölkerung des Landes (Stichworte Frauenrechte, Schulunterricht, Sport, Musik, Spiele, Kleidung und Auftreten in der Öffentlichkeit, Fernsehen und Rundfunk, neue technische Kommunikationsmittel). Ein dritter kritischer Faktor ist die Nutzung der vermuteten oder schon wirklich ermessbaren Bodenschätze durch landesfremde Investoren, damit die künftige Präsenz der Amerikaner, Inder und Chinesen, die ihre Interessen-„Claims“ schon abstecken wie auch die Russen, die auch von der Regierung in Kabul zur Kooperation eingeladen worden sind.

Schließlich wird der Rückzug der ausländischen Truppen, der schon seit 2012 aktiv vorbereitet wird, Sicherheitsprobleme, logistische Probleme von Transport, Materialverwertung und Übergabe von Gerät und Lagern an die afghanischen Sicherheitskräfte, und die Frage von Rückzugsvereinbarungen auch mit den Taliban, das heißt deren Beteiligung an der Regierung, jedenfalls an Provinzverwaltungen stellen.

Damit kommen die regionalen Machthaber und unter ihnen die alten „warlords“ wie die Generale Dostum und Atta, die noch immer aktive „Nordallianz“ der Usbeken, Tadschiken und anderer im Norden Afghanistans in der deutschen Stationierungszone, die zahlreichen Stammesfürsten und Clanchefs als Konkurrenten um den Heroinrohstoff Mohn und als Rivalen der Zentralregierung wie der Taliban ins Spiel. Auch der Ausgang dieser Partie im „end game“ um Afghanistan ist noch vollkommen offen. Aber das Jahr 2013 kann auch darüber schon Indizien liefern. Der Bürgerkrieg wird noch längst nicht beendet sein.

Doch wesentlicher ist schon seit 2011 das Verhalten der Aufständischen, die ihre Konsequenz aus dem gescheiterten Versuch, den internationalen Truppen in Bataillonsstärke Gefechte um Ortschaften oder für sie wichtiges Gelände zu liefern, gezogen haben und seither größere Gefechte zu vermeiden suchen. Davon abgesehen hat die Verkündung des Abzugstermins durch Präsident Obama ihren strategischen Zeithorizont zu ihrem Vorteil fixiert: Sie brauchen nur abzuwarten, bis die fremden Truppen abgezogen sind, um danach mit besseren Erfolgsaussichten gegen die Regierung in Kabul loszuschlagen, wie dies schon einmal, nach dem Abzug der Sowjetarmee, geschah. Bis dahin können sie sich Verluste

ersparen, Kämpfer in den Flüchtlingslagern in Pakistan rekrutieren, Verbindungen zu den Dorfältesten in Afghanistan pflegen, Versprechungen machen, Drohungen aussprechen und an einzelnen örtlich prominenten Kollaborateuren Exempel statuieren wie an dem von Islamisten ermordeten Halbbruder Präsident Karsais in Kandahar.

Fazit

Insgesamt erscheint das Jahr 2013 im Ausblick als eine kritische Zeit der Vorentscheidungen größerer Ereignisse auf mehreren der Hauptkrisenschauplätze der Welt mit wachsender Bedeutung sowohl Afrikas als auch des Orients im Ganzen wie in seinen Regionen für die Weltwirtschaft und die internationale Sicherheit. Die anhaltende Finanzkrise im Westen dürfte dabei zu einem Katalysator der entstehenden globalen Krise werden. Die ökonomischen und sozialen Defizite der USA und der EU werden negativ auf die Handlungsfähigkeit der NATO und des Westens allgemein wirken und so die Krisenfaktoren kumulieren und potenzieren. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Tim Arango: Bericht aus Bagdad: Syria war exposes Iraq's weaknesses in IHT v. 26.9.2012.
- 2) Lothar Rühl: Irans Front im Libanon; Theran droht der Verlust der strategischen Tiefe gegenüber Israel FAZ v. 7.7.2012; siehe auch Ulrich Pick: Teherans mehrschichtiges Engagement in Syrien, NZZ, 1.9.2012 sowie Michael R. Gordn: Shadow war in Iraq is run by a general from Teheran, IHT, 4.10.2012.
- 3) Lothar Rühl: Zwischen Paris und Ankara; Wegsuche für eine „humanitäre Intervention“ in Syrien FAZ v. 25.9.2012. Zu den syrisch-türkischen Grenzzwischenfällen und den türkischen Reaktionen siehe auch Tim Arango und andere: As it shells Syria, Turkey authorizes further military action, IHT, 4.10.2012.
- 4) Egypt leader urges US to fix ties with Arab nations IHT v. 24.9.2012; Rainer Herrmann: Störfeuer gegen Mursi, FAZ, 19.9.2012.
- 5) Informationen des Verfassers in Berlin und Brüssel. Lothar Rühl: Krisenherd Mali, FAZ, 16.10.2012.
- 6) Lothar Rühl: Die Zeit läuft ab; Israel stimmt seine Verbündeten auf einen Angriff gegen den Iran ein FAZ v. 7.4.2012; Netanjahu bekräftigt Forderung nach „roten Linien“ für Iran FAZ v. 18.9.2012; Horst Bacia: Rote Linien für Iran FAZ v. 27.9.2012.
- 7) Dorin Carjaval: Raphael Minder Hints of a royal crisis IHT v. 29./30.9.2012.
- 8) FAZ (Wirtschaft) v. 6.9.2012 Amerikanische Staatsschulden übersteigen 16 Billionen Dollar.
- 9) Jane Perlez: Singapore, an ally, gives China a warning IHT 8./9.9.2012.
- 10) Vgl Lothar Rühl: Deutschland und der Libyenkrieg in ZFAS, Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 4/11, S.562ff.
- 11) Übertragen von Al Dschasira, englisches Programm, am 20.8.2012.
- 12) Ebenda.
- 13) Astrid Frefel: Bericht aus Kairo; Ägyptens Militär verliert Macht, aber keine Privilegien NZZ v. 21.8.2012.
- 14) „Ein nukleares Iran wäre nicht einzudämmen“ FAZ v. 26.9.2012.
- 15) SZ v. 27.9.2012 Unabsehbare Folgen. Amerikanischer Sicherheitsexperte warnt vor einem Krieg mit dem Iran; Gespräch mit Anthony Cordesman.
- 16) Ebenda.
- 17) Informationen des Verfassers aus Brüssel und Berlin.
- 18) Militärische Berichte aus Kabul, Informationen des Verfassers aus Brüssel und Berlin.
- 19) Marco Overhaus/Michael Paul: SWP-Studie, Berlin, August 2012, insbes. S.12/13 und 15/16. Siehe auch Bundesregierung: Fortschrittsbericht Afghanistan, Zwischenbericht Juni 2012, insbes. S.3.
- 20) Lothar Rühl: „Die Abzugsperspektive“, in: Zehn Jahre Deutschland in Afghanistan ZFAS Sonderheft 3/2011, S.299ff.
- 21) Informationen des Verfassers aus alliierten Militärkreisen in Afghanistan.

Prof. Dr. Lothar Rühl

Staatssekretär a.D. (ehemals im Bundesverteidigungsministerium, Bonn), Professor für Internationale Beziehungen am Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät; ehem. Vorstandsmitglied der Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen, und des SIPRI Stockholm, ehem. Mitglied des Akademischen Beirats des NATO Defense College, Rom, und des Beirats der Bundesakademie für Sicherheitspolitik Berlin, Mitglied der Studiengruppe Strategie der DGAP Berlin.

Leadership und Strategie: In Umbrüchen zeitgemäß führen

Andrea Riemer/Erich Vad

Es gibt kaum eine Phase in der jüngeren Geschichte, in der Strategie mehr gefragt war und lauter nach Leadershipqualitäten gerufen wurde als seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa im Jahr 2008. Die ökonomische Krise geht mittlerweile auch mit einer veritablen gesellschaftlichen Krise einher und hat auf der Hand liegende sicherheitspolitische Implikationen. Persönlichkeiten mit Charisma sind gefragt - freilich oft ohne zu wissen, was man eigentlich erwartet und damit inhaltlich verbindet. Gleichzeitig fürchtet man den gewieften Strategen¹⁾ und Führer. In diesem Widerspruch und gleichzeitigen Spannungsfeld zeigen sich Strategie und Leadership heute sowohl im Inhalt als auch in der Form und im Anspruch. Beide - Strategen und Leader - leben oft von vermeintlichen Höhenpunkten, von einer Forderung nach Ubiquität, die letztlich kontraproduktiv ist und Mittelmaß produziert. Strategie, die sich ausschließlich an Verkaufszahlen orientiert, ist ebenso zum Scheitern verurteilt wie Strategie, die sich ausschließlich von wünschenswerten, konsensorientierten Parametern leiten lässt. Führende, die sich von medialen Claqueuren leiten lassen, fahren gelegentlich den schnellen Erfolg ein - und gehen dabei oft an substanzieller und nachhaltiger Leadership, wie sie in Krisenzeiten unabdingbar ist, vorbei. Dass Strategie und Leadership in Umbrüchen mit großen Diskrepanzen in Inhalt und Form konfrontiert sind, liegt auf der Hand - und dass die Überwindung dieser Diskrepanzen die große Herausforderung für wahre Strategen und Leader ist, ist ebenfalls naheliegend.

Der vorliegende Beitrag²⁾ geht von folgenden Fragestellungen aus:

1. Warum spricht man heute von einer weitgehenden Strategie- und Leadershiplosigkeit?
2. Welche Begriffe dominieren zurzeit die Strategie- und Leadershipdebatte?
3. Wie lässt sich der aktuelle Zusammenhang zwischen Politik, Strategie und Leadership charakterisieren?
4. Welche Rolle spielt die Persönlichkeit des Strategen und Leaders in der politischen und militärischen Praxis?
5. Wie könnte man aus dem aktuellen Dilemma herausfinden?

Der Beitrag zielt ab auf:

- eine kritische Darstellung und Analyse des Istzustandes der Strategie- und Leadershipdebatte, inklusive des Standes der Theorieentwicklung;
- eine Klarlegung von Begriffen unter Berücksichtigung der historischen Debatten als Orientierungsrahmen für aktuelles und zeitgemäßes politisches Handeln;

- eine Darstellung von Handlungsempfehlungen für ein zeitgemäßes Strategie- und Leadershipverständnis.

Die Ausführungen basieren ausschließlich auf offenen Quellen, Veröffentlichungen der Autoren und Erfahrungen der Verfasser in ihren beruflichen Funktionen.³⁾

Zum Stand der Strategie- und Leadershipdebatte

Strategisches Konzipieren, strategisches Denken und Leadership sind in den letzten Jahren an einer Wegkreuzung angekommen. Um zeitgemäß zu agieren, müssen der Strategie und der Leader wissen, woher sie kommen, und wissen, was Strategie und Leadership bedeuten. Somit ist das strategische Rad auch nicht immer wieder neu zu erfinden. Vielmehr eröffnet der Blick auf die historische Entwicklung neben den inhaltlichen Weiterentwicklungen auch eine Fülle brauchbarer Anregungen für aktuelle und künftige strategische Herausforderungen. Wesentlich ist dabei, nicht stehen zu bleiben, sondern den Schritt ins Neue zu wagen.

Anfänge und Grundlagen

Strategisches Denken als Methode des Handelns und systematische Planung des Einsatzes von Machtmitteln zur Erreichung politischer Ziele entwickelten sich bereits im 6. Jahrhundert v. Chr. in China (Sun Tsu) und seit dem 5. vorchristlichen Jahrhundert auch in Europa, zunächst im antiken Griechenland (Perikles, Xenophon, Thukydides, Alexander, Onasander), später in Rom (Cäsar, Vegetius) und in Byzanz. Nach einer zeitlichen Lücke wurden mit Beginn der Renaissance die antiken Überlieferungen der Griechen, Römer und Byzantiner zu Fragen der Strategie wieder aufgegriffen, aktualisiert und nutzbar gemacht. Auf der Grundlage antiker Vorbilder und unter Einbeziehung der Erfahrungen ihrer jeweiligen historischen Epochen wurden die Grundlagen des modernen Strategieverständnisses, die v.a. aus den Ereignissen des 18. und 19. Jahrhunderts resultieren, gelegt. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass diese Zeitperiode konzeptiv fruchtbar war und zwei Weltkriege mit den folgenden Wiederaufbauphasen die Debatten förderten. Gekoppelt mit der Entstehung von Theorien internationaler Beziehungen kam es zu einem Geflecht theoretischer Konzeptionen, das sowohl handlungsleitend als auch politikbildend war und ist. Manche Ansätze wurden zudem ideologisch umrahmt und genutzt.⁴⁾ Ohne die Ereignisse des 20. Jahrhunderts wäre eine Entwicklung der strategischen Theorien nicht möglich gewesen, wenngleich vieles davon ausschließlich anwendungsorientiert ist. Die wissenschaftliche Komponente entwickelte sich mit einer gewissen Zeitverzögerung und in einem engen Zusammenhang mit der Entwicklung der Theorien internationaler Beziehungen. Bemerkenswert und gleichzeitig aufgrund der historischen Entwicklungen nicht verwunderlich ist das Faktum, dass

im 20. Jahrhundert mehr und mehr eine Vermischung von Begriffen wie Geopolitik, Geostrategie, strategischen Theorien, Theorien internationaler Beziehungen und Strategie eintrat. Dies befruchtete die intellektuelle Debatte und den praktisch-politischen Diskurs.⁵⁾

Das Ende des Kalten Krieges und die Folgen in der Theorie- und Strategiedebatte

Das Ende des Kalten Krieges 1989/90⁶⁾ markiert eine Zäsur in der Entwicklung strategischer Theorien. Es folgte ein intellektuelles Vakuum, das bislang mehr oder weniger ungefüllt ist. Die Debatte in den 1990er-Jahren war lebhaft, blieb jedoch in den Anfängen stecken, weil man zu viel Neues wollte, sich vom Alten vollends abwendete und feststellen musste, dass man von der Realität in einem atemberaubenden Tempo überholt wurde. Vieles war von der durchaus verständlichen Euphorie der Wende überschattet. Die Theoriedebatte wurde zur l'art pour l'art. Die politische Praxis zeigte zudem eine gewisse Zurückhaltung, sich mit neuen, intellektuell fordernden strategischen Ansätzen auseinanderzusetzen. So wurde die Lücke im Diskurs zwischen Wissenschaft und politischer Praxis größer und größer. Es ist daher auch nicht verwunderlich, dass „stuff happens“ zur schulterzuckenden Ausrede für politische Entscheidungsträger wurde⁷⁾ und die „academic community“ sich parallel in eine intellektuelle Emigration zurückzog, weil sie sich nicht verstanden und gehört fühlte. Somit dominiert seit knapp zwei Jahrzehnten Pragmatik ohne entsprechenden wissenschaftlich abfedernden Hintergrund.⁸⁾

Begriffe als Orientierungsrahmen für die Strategie- und Leadershipdebatte

Klarheit in Begriffen ist die Grundvoraussetzung, um in eine sinnvolle und zielorientierte Debatte über Strategie und Leadership treten zu können und Handlungsemp-

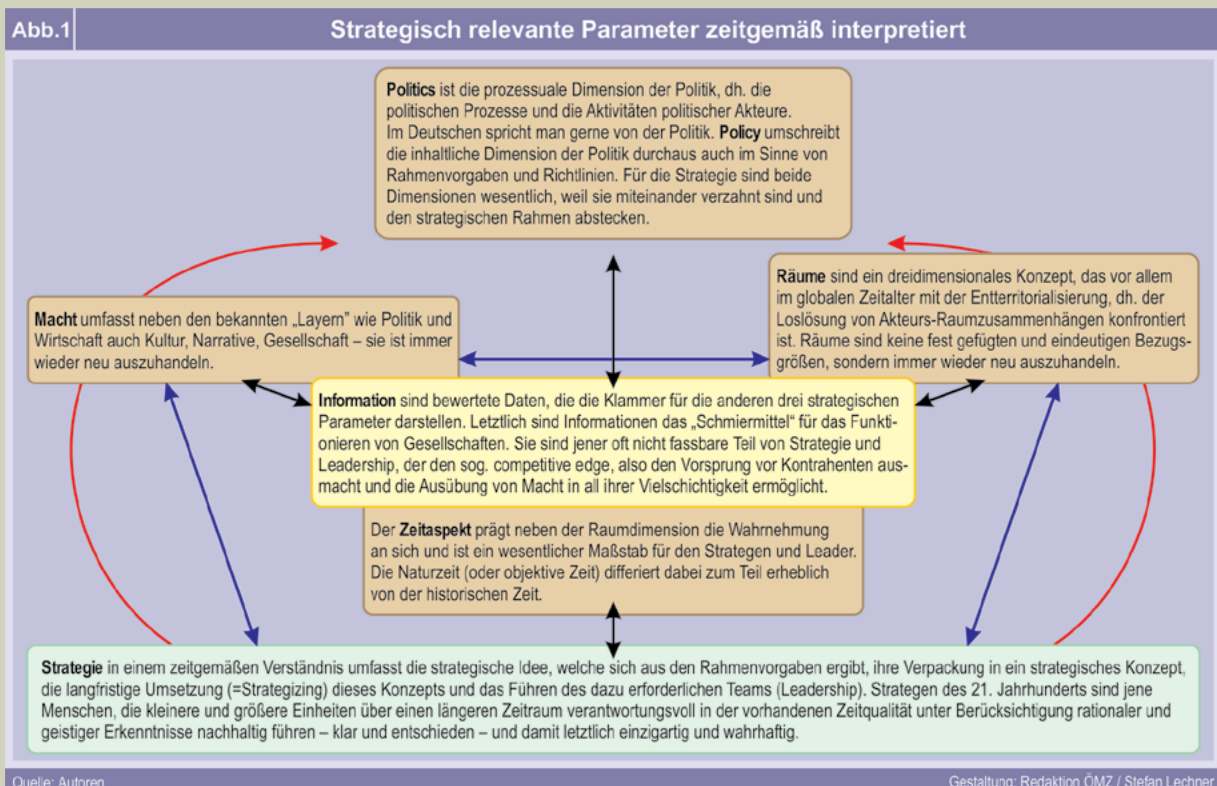
fehlungen zu erarbeiten.⁹⁾ Dies ist in einer volatilen, von hoher Hybridität geprägten Ordnung besonders wichtig. Von inhaltlichen Neuausrichtungen sind auch die vier strategischen Grundparameter Zeit, Raum, Macht und Information betroffen. Die gängige Literatur bietet eine Reihe von Zugängen, die jedoch nur teilweise für die aktuellen Herausforderungen brauchbar sind. Daher sind auch hier Weiterentwicklungen vorzunehmen.

Politische Leadership und Strategie

Die Entwicklung im historischen Spiegel

Der enge Zusammenhang zwischen politischer Leadership und Strategie gilt als unbestritten. Wie hängen diese Elemente zusammen und wie sehen mögliche Wechselwirkungen und Folgen im Gesamtkontext aus? Was lässt sich aus historischen Fällen lernen und für aktuelle Herausforderungen ableiten?

Das historische Beispiel Deutschlands zeigt, wie die Zusammenhänge aussehen können. Militär, Politik, Strategie und Leadership formen dabei einen ganz besonderen Kontext, der für Deutschland prägend ist. Hinsichtlich der militärischen Beratung der politischen Entscheidungsträger sei angemerkt, dass Clausewitz der Kritik im Zweiten Buch seines Hauptwerkes ein ganzes Kapitel widmet und unmissverständlich an anderer Stelle formuliert: „Die Aufgabe und das Recht der Kriegskunst der Politik gegenüber ist es, zu verhüten, dass die Politik Dinge fordere, die gegen die Natur des Krieges sind.“¹⁰⁾ Daher ist in dem grundlegenden Verständnis von Clausewitz das Verhältnis zwischen Politik und Militär keine Einbahnstraße, sondern ein kritischer Dialog, in dem die Politik das letzte, entscheidende Wort hat. Blickt man in die deutsche Geschichte zurück, so ist das Zusammenspiel zwischen Politikern und Soldaten zu Lebzeiten Clausewitz', während der Befreiungskriege also, cum grano salis harmonisch. Die maßgeblichen Staatsmänner - Stein und Hardenberg - entsprechen in ihrer Kooperation mit den Soldaten - Scharnhorst und Gneisenau - offensichtlich seinen Vorstellungen. Der von Scharnhorst begründete Generalstab ist das politische Instrument und der zuständige und zukunftsfähige militärische brain trust, der in sicherheitspolitischen



und strategischen Fragen der Zeit weit vorausdenken in der Lage ist.

Während der deutschen Einigungskriege 1864, 1866 und 1870/71 gab es zwischen der politischen Leitung in der Person Bismarcks, dem Kriegsminister Roon sowie dem Chef des Generalstabes Moltke stellenweise starke Meinungsverschiedenheiten. In der Summe arbeitete dieses Triumvirat jedoch effizient und effektiv zusammen.

Problematischer gestaltete sich das Zusammenwirken von politischer Leitung und oberster militärischer Führung im Ersten Weltkrieg, insbesondere ab 1916, als die Beziehungen zwischen den Reichskanzlern Bethmann Hollweg, Michaelis und Graf Hertling sowie der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) mit Hindenburg und Ludendorff schließlich so schlecht wurden, dass die Relationen von politischem Zweck und militärischem Mittel - nicht nur aufgrund des einseitigen Verschuldens der Militärs - im wahrsten Sinne des Wortes auf den Kopf gestellt wurden und schließlich das militärische Hauptquartier Politik machte.

Das Zusammenspiel von Politik und Militär in der Weimarer Republik kann man wohl am ehesten mit Jehuda Wallach als das einer auf beiden Seiten reservierten Loyalität beschreiben.¹¹⁾ Während des Dritten Reiches wurde schließlich der frühere, durchaus im Sinne Clausewitz' konstruktive Antagonismus zwischen Politik und Militär durch Hitler dadurch aufgehoben, dass er beide Bereiche in seiner Hand vereinigte und das militärische Instrument - übrigens auf dem Wege der Entmachtung und Ausschaltung des Generalstabes - zum willenslosen Werkzeug seiner Politik machte.

Versinnbildlicht General Ludendorff im Ersten Weltkrieg die Aufgabe des politischen Primats in der 3. OHL, so steht Generalfeldmarschall Keitel als Chef des Oberkommandos der Wehrmacht für den bedingungslosen Instrumentalcharakter militärischer Macht in den Händen einer unverantwortlichen Politik. Beide Entwicklungen sind in der aufgezeigten Perspektive Clausewitz' Ausdruck eines Missverhältnisses zwischen Politik und Militär. Sie zeigen auf, wie wesentlich es ist, die richtige Balance zwischen beiden Bereichen staatlichen Handelns zu wahren - ein Ziel, das auch heute Probleme aufwerfen kann. Zwischen Politik und Militär kann in der Denktradition von Clausewitz durchaus ein fruchtbares Spannungsverhältnis bestehen, zu dem auch Meinungsverschiedenheiten gehören, vielleicht auch gehören müssen, wie eine Reihe von militärhistorisch belegten Beispielen und auch aktuelle Fälle zeigen. Dabei bleibt der Militär dem politischen Primat unterworfen, weswegen beispielsweise Moltke mit seinen Truppen 1866 nicht in Wien und Schwarzkopf 1990 nicht in Bagdad einmarschieren durfte. Gleichwohl darf die Sicherstellung des politischen Primats nicht dazu führen, die militärische Führungsspitze in eine rein exekutive Rolle ohne Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungsfindung zu drängen. Die militärhistorische Erfahrung lehrt darüber hinaus, dass schwache Politiker wie Michaelis oder Bethmann Hollweg starke Militärs wie Hindenburg und Ludendorff erzeugen. Andererseits haben starke Politiker - wie Churchill oder Clemenceau -, aber auch Verteidigungsminister unserer Zeit bisweilen ihre Schwierigkeiten mit starken militärischen Führerpersönlichkeiten.

Gleichwohl darf sich der militärische Ratschlag nicht durch Politikferne auszeichnen, sondern muss im politi-

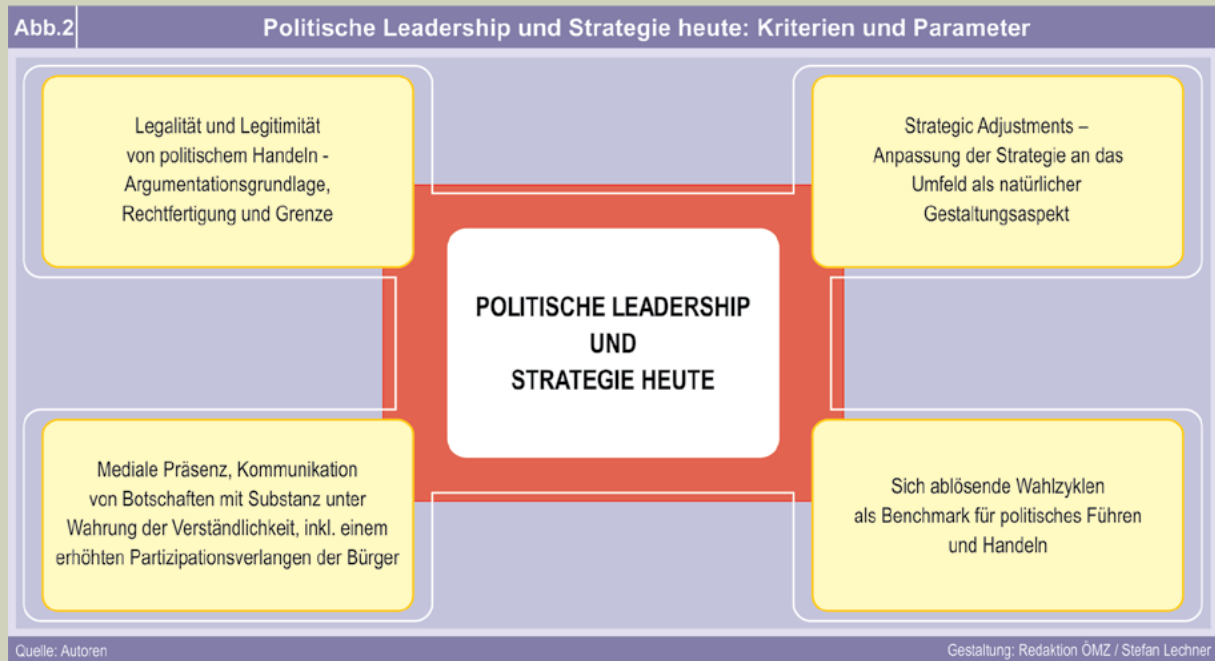
schen Entscheidungsprozess adäquat und zielorientiert sein, d.h. politische Vorgaben umsetzen und den jeweiligen politischen Kontext berücksichtigen; nicht alles, was militärisch und operativ geboten erscheint, ist auch politisch klug und sinnvoll. Andererseits sollten sich Verteidigungspolitiker im Parlament nicht als Feldherrenersatz sehen und militärisches Mikromanagement vermeiden. Das ändert nichts an der nicht ersetzbaren und wichtigen Rolle des Parlaments sowie seiner Kontrollfunktion für und gegenüber demokratisch legitimierte Streitkräften.

Die Erfahrung lehrt auch, dass gerade politisch eher pazifistisch gesonnene Politiker dazu neigen können, militärische Macht aus humanitären Gründen vorschnell und mit einer gewissen Nonchalance einsetzen zu wollen. Militärische Macht wird dann quasi hilfswise und als politische Ausflucht gedacht, wenn einem nichts mehr einfällt. Sie wird dann ohne strategisches Gesamtkonzept zum Einsatz gebracht. Gleichwohl schließt dies nicht aus, dass man das Militär gern bei den ersten so genannten Kollateralschäden an den politischen und medialen Pranger stellt.

Hier zeigt sich die ganze Tragweite des Clausewitz'schen Imperativs des kritischen Dialogs und der kritischen Beratung. Zudem sind eine Generalität und militärische Führung gefragt, die sich in konstruktiver Weise in politische Denkprozesse einbringt und v.a. auch widersprechen kann.

Bekanntlich hat Clausewitz, angelehnt an Niccolò Machiavelli, den Einsatz militärischer Macht als „Fortsetzung des politischen Verkehrs mit Einmischung anderer Mittel“ begriffen.¹²⁾ Unermüdlich, mehrfach und in ähnlich lautenden Wendungen weist er auf diesen zentralen Gedanken hin. Nach Clausewitz soll zwar militärisches Denken, Planen und Handeln einer eigenen Grammatik folgen, aber eben nicht einer eigenen Logik. Diese wird vielmehr von der Politik bestimmt und vorgegeben und ist auch als Forderung an die Politik zu verstehen. Militärisches Handeln ist damit immer nur Teil eines Ganzen - dieses Ganze aber ist die Politik - wie Lenin während seines Schweizer Exils und nach eingehender Lektüre von Clausewitz' Hauptwerk „Vom Kriege“ schreibt.¹³⁾ Clausewitz sieht nur über den Weg der ständigen Sicherstellung des Primats der Politik die Chance, Gewalt zu kontrollieren und den Einsatz militärischer Macht auf vernünftige, politisch erreichbare Zwecke auszurichten. Fehlentwicklungen, insbesondere im 20. Jahrhundert, sind dabei nicht auszuschließen. Politik, Ideologie, ethnische und religiöse Zugehörigkeit und Proliferation können bei allen Kriegsparteien zur Entgrenzung und Barbarisierung des Krieges führen. Diese Gefahr der Verselbstständigung der Gewalt ist virulent und auch in Zukunft nicht auszuschließen. In der heutigen Welt des Politischen versagen Prognosen. Es ist weniger denn je möglich, mit einem Minimum an Gewissheit die sicherheitspolitische Landschaft bereits des nächsten Jahres im Umriss zu errahnen, geschweige denn, wenn es um strategische Szenarien geht, die mittelbar und existenziell sind. Wer erahnte Anfang 2011 z.B. die umwälzende Kraft des Arabischen Frühlings und wer wollte ausschließen, was sich daraus noch entwickeln kann? Wer erahnte vor „9/11“ die Welt danach?

Es ist Clausewitz, der rationalistische Systemtheorien in der Welt des Politischen und der Strategie verwirft und in seinem Werk „Vom Kriege“ mehrfach auf die strukturelle Inkonsistenz und Unvorhersehbarkeit gewaltsamer Konflikte sowie die Unberechenbarkeit der Friktionen hinweist. Clausewitz' - zum Schlagwort v.a. gegen ihn gewordene - vielzitierte Formel will nichts anderes aussagen, als dass sich das sicherheitspolitische und strategische Denken an der realen, objektiven Logik bestehender politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und militärischer Konfliktpotenziale orientieren muss. Und das ist schwieriger denn je geworden.



Politische Leadership und Strategie heute

Betrachtet man politische Leadership und Strategie für aktuelle und künftige Situationen, so geben Denker wie Clausewitz Anregungen und Hinweise, die man entsprechend weiterentwickeln muss. Die Dynamik der internationalen Ordnung und die Veränderung der wesentlichen strategischen Parameter fordern Leader und Strategen in ihrem Denken heraus und zwingen diese, konzeptive Grenzen zu überschreiten und Neues zu entwickeln.

Für Strategie sind heute beide Dimensionen - Policy und Politik - noch wesentlicher als vielleicht vor 20 Jahren. Sie sind miteinander untrennbar verschränkt und stecken den strategischen Handlungsrahmen ab. Policy Maker, Strategie und Leader sind miteinander auf das Höchste in ihren Aufgaben verbunden. Das ist delikat, denn generell ist die Erwartungshaltung jene, dass der Strategie Vorgaben macht. Dies ist ein ganz großer Trugschluss - es ist der Policy Maker, dem diese Aufgabe und Verantwortung zufällt. Wenn Policy Maker und Strategie in einer Person verschmelzen, so kann dies hochproblematisch sein, weil beide unterschiedliche Blickwinkel haben müssen. Gegenseitiges Verstehen der Aufgaben ist unabdingbar - ebenso wie eine klare Rollenaufteilung. Beide müssen den Dialog zueinander suchen, sich verstehen, aufeinander eingehen und zugehen. Beide brauchen umfassende Leadershipqualitäten, d.h. beide sind Leader in ihrem Bereich.

Dabei müssen sich alle Beteiligten bewusst sein, dass politisches Führungshandeln inhärent risikobehaftet ist. Shimon Peres pointiert dies: „*There is no political leadership without risk.*“ Insbesondere mit Blick auf die neuen Herausforderungen zu Fragen von Sicherheit und den Spezifika der aktuell vorherrschenden asymmetrischen Konflikte sind Leadership und Strategie in offenen, demokratischen Gesellschaftsordnungen v.a. mit folgenden Fakten konfrontiert, wobei diese mehr oder weniger stark ineinander verschränkt sind und sich wechselseitig beeinflussen.

Legitimität und Legalität¹⁴⁾ im sicherheitspolitischen Handeln sind höchst kritische Faktoren. Abgesehen von der

Tatsache, dass asymmetrische Herausforderer glauben, die eigenen Operationen seien legitim, agieren sie oft außerhalb jeglicher Legalität. Sie missachten bewusst und vorsätzlich das Völkerrecht und fördern die mediale Wahrnehmung eines dirty war einschließlich Kidnapping, Erpressung, Folter, Tod und Einsatz von Sprengfallen. Auch der verschiedenartige ethnische und religiöse Hintergrund in asymmetrischen Konflikten kann Zweifel an der Legalität und Legitimität des eigenen Handelns in einem humanitären Interventionsszenario erwecken. Insofern ist die o.a. Aussage von Shimon Peres: „*There is no political leadership without risk*“ auch und gerade in demokratischen Gesellschaftssystemen zweifellos richtig. Mit Blick auf sicherheitspolitische und strategische Aufgaben und Herausforderungen brauchen politische Leadership und Strategie klar definierte Ziele und einen eindeutig politisch definierten Endzustand. Gerade angesichts des asymmetrischen Krieges aber gibt es kaum klare Definitionen von Sieg oder Niederlage. Militärische Siege schließen politische Niederlagen des Leaders nicht unbedingt aus. (Z.B. wurde Churchill bekanntlich 1945 abgewählt, wenngleich er militärisch höchst erfolgreich war; Roosevelt plädierte früh für einen Einsatz gegen Hitler-Deutschland, wenngleich die amerikanische Öffentlichkeit zunächst davon nichts wissen wollte.)¹⁵⁾

Das Aufzählen von Verwundeten und Toten auf der eigenen Seite wie auf der Seite des Gegners ist nicht unbedingt der einzige maßgebliche Indikator für Erfolg oder Misserfolg eines militärischen Engagements. Umso wichtiger bleibt eine klare politische Zieldefinition, denn nur von dort kann abschließend über Erfolg oder Misserfolg entschieden werden.¹⁶⁾ Letztlich finden in asymmetrischen Auseinandersetzungen ein Kampf und eine Konfrontation der Legitimitäten statt, weil auch der asymmetrische Kämpfer von der Legitimität seines Handelns überzeugt ist.¹⁷⁾ Umso wesentlicher ist es, dass man die öffentliche Meinung in den Entsendestaaten zeitgerecht und den Einsatz begleitend von der Legitimität des eigenen Engagements überzeugt. Dies ist v.a. in saturierten Gesellschaften, die seit Längerem mit keinem Krieg konfrontiert waren und mit einem eindeutigen historischen Vermächtnis leben, wesentlich. Hier gilt es v.a. aus der Sicht des Militärs, sich immer wieder in seiner Existenz zu rechtfertigen und jedes Engagement entsprechend zu begründen. Zudem ist eine teilweise latente und auch manifeste Angst verbreitet, dass sich militärische Kräfte verselbstständigen und damit der politischen Kontrolle

entziehen. Neben diesem breiten Ressentiment tritt häufig die Distanz von Nichtregierungsorganisationen und anderen Akteuren zutage, mit dem Militär zusammenzuarbeiten. Das längerfristige und damit nachhaltige Gewinnen der hearts and minds der breiten Öffentlichkeit im eigenen Land, insbesondere bei verlustreichen Missionen, ist selten möglich, wenngleich der politische Anspruch bestehen bleiben muss. Dies meint im Kern, dass es zum Führen und Gewinnen von Kriegen auch eines Mindeststandards an einer Kultur des Krieges (culture of war)¹⁸⁾ bedarf - wie der israelische Militärhistoriker Martin van Creveld richtig aufzeigte. Hier geht es um die in demokratischen Gesellschaftsordnungen höchst problematische Frage, Kriege, Militäreinsätze und deren Folgen auszuhalten und sich dabei nicht ausschließlich hinter humanitären Argumenten zu verstecken.

Eine passende Informations- und Kommunikationspolitik ist ein ganz entscheidender Bestandteil von politischer Leadership und Strategie.¹⁹⁾ Die mediale Begleitung und Perzeption, die erzeugten Nachrichten und v.a. Bilder können die Legitimität politischen Handelns befördern, verringern oder auch ausschalten und sind daher von strategischer Relevanz. Bilder und Nachrichten können oft unbeabsichtigte und unabsehbare Konsequenzen haben. Diese können die Legitimität laufender Militäreinsätze regelrecht zerstören und demokratisch gewählte Regierungen zu Kurskorrekturen zwingen (z.B.: Töten französischer Soldaten in Afghanistan im Januar 2012 - angesichts der damals bevorstehenden Präsidentschaftswahlen musste eine Anpassung vorgenommen werden);²⁰⁾ Ähnliches v.a. in der Nachhaltigkeit kann über den Einsatz der US-Streitkräfte in Mogadischu (1993) gesagt werden,²¹⁾ der mittelbar auch den Verlauf des Genozids in Ruanda mit beeinflusste und die USA von ihrem Balkanengagement lange fernhielt). Die Flüchtigkeit im öffentlichen Interesse, Missionen zu unterstützen, erschwert die Kommunikationspolitik. Oft gibt es anfänglich ein hohes Maß an humanitär motivierter, öffentlicher Bereitschaft, Einsätze zu unterstützen. Diese Bereitschaft nimmt jedoch häufig schnell ab - insbesondere wenn nicht rasche und nachvollziehbare Erfolge vorgewiesen werden können. Damit zeigt sich die Verschränkung der Legitimitätsfrage und der Gestaltung und Begleitung der öffentlichen Meinung in einer nachhaltigen Art und Weise. Politische Leadership ist hier gefragt, und ohne klare Werthaltungen und Zieldefinitionen ist dies nicht durchhaltefähig möglich. Politische Leadership und Strategie brauchen jedoch nicht nur klar definierte Ziele, sondern charakterstarke Persönlichkeiten, die bereit sind, diese bis zum Ende durchzutragen und dafür verantwortlich zu sein - auch mit Blick auf die öffentliche Meinung und damit auch auf eine mögliche Wiederwahl. Umfragen spielen dabei ebenfalls eine nicht unwesentliche Rolle als Bewertungs- und Korrekturmaßstab für politisches Handeln. Gleiches gilt für mediale Bilder. Unverhältnismäßig hohe Kollateralschäden beeinflussen politisches Handeln im Kontext der öffentlichen Meinung ebenfalls. (Kundus im September 2009 darf als Beispiel für zivile Schäden und die Rückwirkungen auf das deutsche Engagement herhalten.)

Humanitäre Interventionen haben zudem in der öffentlichen Wahrnehmung oft den Beigeschmack einer neokolonialen Vorgehensweise, d.h. humanitäre Fragen werden von nationaler Macht- und Einflusspolitik überlagert (z.B. Tschad

2008-2009). Abrundend muss dazu immer wieder auch der historische Kontext einzelner Staaten mitberücksichtigt werden. Insbesondere gilt dies für historische Konnotationen bestimmter Einsatzarten, die in manchen Entsendestaaten hochproblematisch sind. Dies ist nicht einfach angesichts der oft volatilen und fließenden Stimmungslagen im politischen Interessengeflecht. Gerade mit Blick auf die Wankelmütigkeit öffentlicher Meinung gegenüber Militäreinsätzen ist ein innerer Wertekompass für erfolgreiche politische Leadership und Strategie unumgänglich, insbesondere mit Blick auf die Verschränkung mit den Wahlzyklen. Vorhersehbare und messbare Ergebnisse aus Sicht der öffentlichen Meinung und mit Blick auf den Wahlkalender sind unersetzbarer Bestandteil der Wiederwahl des politischen Entscheidungsträgers und damit auch dessen politischen Erfolges. Zudem zeichnen sich Militäreinsätze dadurch aus, dass sie natürliche Auf-und-Ab-Entwicklungen in Intensität, Umfang und Gefährdungspotenzial durchlaufen. Dies zeigte sich beispielsweise 2011/2012 im Kosovo, wo nach Jahren relativer Stabilität die Situation temporär eskalierte und sich dann wieder beruhigte. Hinzu kommt, dass in sicherheitspolitischen und strategischen Fragestellungen ein erhöhtes Partizipationsverlangen der Bürger zu konstatieren ist. Politiker müssen sich heute ständig präsentieren und präsentabel sein. Wenn sie dies nicht täglich sind und tun - in Verbindung mit positiven Nachrichten und Bildern -, sinken zwangsläufig ihre Umfragewerte. Beinahe täglich müssen sie zu aktuellen Fragen Stellung nehmen, was eine ausgewogene Meinungsbildung auf der Zeitachse erschwert. Die Erwartungshaltung der öffentlichen Meinung zielt auf ständige Erreichbarkeit und Ansprechbarkeit ab. Damit einher geht eine inhaltliche Entwertung von Information. So hat die Halbwertszeit von Information in den letzten Jahren dramatisch abgenommen.

Sich ablösende Wahlzyklen:

Die oben angeführte Aussage von Shimon Peres trifft insbesondere für strategisches Handeln in laufenden Militär- und Nachrichtendienstoperationen, in asymmetrischen Szenarien und auch mit Blick auf die oft sehr lange Dauer militärischer Engagements (z.B. Balkan, Afghanistan, Irak, Vietnam etc.) zu. Gerade die lange Dauer von Einsätzen macht es in demokratischen Gesellschaftssystemen schwierig, eine nachhaltige positive Perzeption der öffentlichen Meinung aufrechtzuerhalten. Hier zeigt sich die Verschränkung zwischen öffentlicher Meinung und Wahlzyklen ganz besonders. Als Beispiele dürfen dafür gelten: die französische Präsidentschaftswahl im Frühjahr 2012, die amerikanische Präsidentenwahl im Herbst 2012 oder die bevorstehende Bundestagswahl in Deutschland im Herbst 2013 mit Blick auf das westliche militärische Engagement in Afghanistan. Gerade mit Blick auf militärische Einsätze gilt es, von einer überwiegend kritischen Öffentlichkeit und medialen Begleitung auszugehen und diese mitzunehmen. Erfolg ist hier zweifach definiert: zum einen mit Blick auf die Aufgabenlösung, zum anderen auch mit Blick auf die gewünschte Wiederwahl des politischen Entscheidungsträgers. In der öffentlichen Meinung und gerade mit Blick auf den Wahlkalender kommt es immer darauf an, überschaubare und v.a. nachprüfbar Kriterien des Erfolges zu definieren. Der politische Führer segelt hier zuweilen wie Odysseus zwischen Scylla und Charybdis, zwischen den Risiken der Lösung unangenehmer, riskanter sicherheitspolitischer und strategischer Herausforderungen einerseits und dem hier besonders hohen Risiko andererseits, nicht mehr gewählt zu werden und damit sein Amt zu verlieren. Rückschläge in Form von medienwirksamen Verlusten an Soldaten und Kollateralschäden können strategische Auswirkungen auf die Perzeption der Öffentlichkeit im Entsendeland haben. Der ständige Zufluss von menschlichen und auch finanziellen Ressourcen in einer militärischen Mission ist insbesondere bei im

Parlament mandateringpflichtigen Militäreinsätzen ein allzeit kritisches Unterfangen.

„Strategic adjustments“:

Strategie ist nichts Festgefügtes, sondern passt sich der Umwelt an und fließt regelrecht in die Strategie, ins Konzept und dessen Umsetzung wieder zurück. Es ist ein dauerndes Geben und Nehmen zwischen dem Strategen und dem Umfeld, das er gestaltet und formt. Diese Anpassungen (adjustments) umfassen Strukturen, Doktrinen und Fähigkeiten der Akteure und beinhalten einen umfassenden Zugang zu Ressourcen, d.h. insbesondere das weitere Öffnen von finanziellen Ressourcen. Dies war während des NATO-Gipfels im Mai 2012 in Chicago ein Schlüsselthema, wo es u.a. um die eigene Organisation und Größenordnung des Engagements sowie die Finanzierung der afghanischen Sicherheitskräfte nach 2014 ging.²²⁾ Daher sind „strategic adjustments“ normale Vorgänge und nicht notwendigerweise auf das Unvermögen des Strategen und Führers zurückzuführen.²³⁾

Empfehlungen für ein zeitgemäßes Strategie- und Leadershipverständnis

Indirekte Strategie - der Weg zum Erfolg?

Bereits bei den alten Strategen der Kriegskunst besteht Kriegführung unter Zuhilfenahme eines differenzierten Spektrums an Methoden darin, den Sieg zu erringen. Damit auch jede Strategie Mittel zu diesem Zweck ist, besteht das Ziel einer zeitgemäßen Leadership unter Anwendung indirekter Strategien im Erfolg, in der Marktbeherrschung, im Durchsetzen von Ideen und Produkten gegenüber Konkurrenzangeboten. Während es bei jeder direkten Strategie primär um den unmittelbaren Einsatz von Mitteln geht und es auf den schnellen, konzentrierten, durchschlagenden und damit direkten Erfolg ankommt, vermeiden indirekte Strategien schnelle, riskante Lösungen: Sie setzen auf Zeit, spielen regelrecht mit dem Zeitfaktor, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren. Sie zielen auf die Schwachpunkte des Gegners, täuschen v.a. eigene Schwächen vor, halten den Herausforderer in ständiger Unruhe, schüren Zwietracht gegenüber einer Koalition überlegener Gegner und gehen da offensiv vor, wo der Gegner und Herausforderer unvorbereitet ist, schlagen da zu, wo es der Herausforderer nicht erwartet.

Jede indirekte Strategie hat auch einen hohen Präventionscharakter: Es geht oftmals darum, noch vor Ausbruch von konkreten Streitigkeiten und Konflikten die strategischen Planungen und Absichten des Kontrahenten zu durchkreuzen. Es geht darum, den offenen Kampf zu vermeiden und die Rahmenbedingungen und Voraussetzungen so zu gestalten, dass vor einer Konfrontation die Entscheidungen bereits gefallen sind. So wie der gute Verhandlungsführer und Unternehmer in eine wichtige Sitzung geht und bereits vorher das Ergebnis für sich festlegt, beginnt der indirekte Strategie die offene Auseinandersetzung erst dann, wenn sie so gut wie entschieden ist.

Indirekte Strategie und indirekte Methoden der Leadership setzen ein bestimmtes Menschen- und Persönlichkeitsbild des jeweiligen Strategen und Führers voraus. Bei der Anwendung indirekter Strategien ist die Vertrauensbasis zwischen dem Strategen und seinen unmittelbaren Mitarbeitern viel wichtiger als bei jeder direkten Strategie. Ein hohes Maß an Partizipation und v.a. ein gemeinsamer Wissensstand aller

im Führungsteam beteiligten Akteure sind unumgänglich, um in einer indirekten Strategie zum Erfolg zu kommen. So wie der erfolgreiche Strategie und Führer seine Mitarbeiter gut kennen muss, muss er v.a. aber auch sich selbst bestens kennen und seine eigenen Fähigkeiten, Möglichkeiten und Grenzen richtig einschätzen. „Erkenne dich selbst“ ist hier ebenso wichtig wie das rasche Erfassen der Lage und das angemessene Reagieren auf die Herausforderungen der Lage nach erfolgter sorgfältiger Analyse. Es ist geradezu das Wesensmerkmal einer indirekten Strategie, sich nicht zu einer unüberlegten, schnellen Reaktion verleiten zu lassen. Auch wenn die Lage noch so dramatisch erscheint, soll man sich im Zweifelsfall immer an die alten Maximen der stoischen Philosophen wie Seneca, Epiktet oder Marc Aurel halten.

Sie empfehlen, bei allen unangenehmen Dingen solle man sich stets sagen: „*Du bist nicht das, was du scheinst, sondern nur eine Vorstellung.*“²⁴⁾ Zu allererst hat der erfolgreiche Strategie und Manager sein Bewusstsein von der Realität, von den konkreten Herausforderungen der Lage und damit seine eigene Vorstellungswelt im Griff zu behalten: „*Wenn wir unglücklich, unruhig oder betrübt sind, so wollen wir die Ursachen nicht in etwas anderem suchen, sondern in uns, d.h. in unseren Vorstellungen.*“²⁵⁾ Dahinter steht die Erkenntnis von Epiktet, dass nicht die Dinge, die Herausforderungen und die Eindrücke kritischer Lagen beunruhigen, sondern die eigenen mentalen Vorstellungen, die man sich davon macht. Epiktet fordert, die Vorstellungen zu beherrschen und gleichzeitig gleichmütig, indifferent gegenüber allen äußeren Dingen zu bleiben, um lagegerecht, rational und erfolgreich agieren zu können. „*Nicht die Dinge selbst beunruhigen die Menschen, sondern die Vorstellungen von den Dingen.*“²⁶⁾ Ganz in diesem Sinne geht es darum, die Rolle des Strategen und Führers bestens auszufüllen und sich gänzlich frei von dem zu machen, was nicht in der eigenen Macht steht und beeinflussbar ist. Es kommt also Epiktet zufolge in jeder konfrontativen Handlungssituation darauf an, sich nicht von den Eindrücken einer Lage, von beunruhigenden, die Nerven strapazierenden Nachrichten und hohen Herausforderungen überwältigen zu lassen. „*Sobald du dich mit der Außenwelt einlässt und einem da draußen zu gefallen wünschst, so hast du deinen Halt verloren.*“²⁷⁾ Wenn Sieg und Erfolg die Ziele sind, dann bleibt es nicht aus, sich eine ganze Reihe von Neidern und Feinden zu machen. Sich von deren Meinung beeinflussen zu lassen, würde nach Epiktet dazu führen, seinen inneren Halt und seine innere Position aufzugeben und zu verlieren. Er empfiehlt dagegen, innerlich frei, entspannt und ruhig auch den heftigsten Herausforderungen entgegenzutreten und frei von Ängsten, im Bewusstsein des Sieges und des Erfolges zu agieren. Man spürt deutlich bei Epiktet, dass im Hintergrund seiner Maximen die noch ältere Ansicht von Heraklit steht, der nicht im Frieden, in der Ruhe und in der Harmonie, sondern in der Auseinandersetzung, der Konfrontation, dem Gegenhandeln und sogar im Krieg den „Vater aller Dinge“ sah. Dieser Philosophie zufolge erscheint Ruhe und Bequemlichkeit etwas fundamental anderes als innerer Frieden und Ausgeglichenheit. Letzteres findet man eher inmitten des Geschehens, zwischen den existenziellen Operationen und Aktionen, kurzum inmitten des Kampfes der Auseinandersetzung und der Konfrontation. Ähnlich wie ein Leuchtturm, der nur in völliger Dunkelheit am hellsten scheint, wird der erfolgreiche Strategie und Führer erst in schwierigster Situation seine Führungsfähigkeit unter Beweis stellen können.

Im Weiterdenken Epiktets ist es für jede indirekte Strategie wichtig, den Dingen der äußeren Welt mit einer gleichmütigen Grundauffassung zu begegnen, um den Blick für das Wesentliche frei zu haben und sich nicht von äußerem Geplänkel ablenken zu lassen. Kein indirekter Strategie und Führer ist auf Sieg und Erfolg total fixiert. Er will den Erfolg und den Sieg ergreifen, aber um ihn ergreifen zu können, hat

er ihn vorher innerlich losgelassen. Er erstrebt den Erfolg unter Anwendung eines breiten Spektrums an Methoden indirekter Strategien. Dennoch ist er sich bewusst, dass er gegenüber dem Schicksal oder Machiavellis Schicksalsgöttin Fortuna im Grunde machtlos bleibt. Er ist sich bewusst und hat gelernt, diese nicht auszuschließende Machtlosigkeit anzunehmen und sich ihr hinzugeben, ähnlich wie ein guter Soldat seinen Auftrag im Gefecht durchführt im Bewusstsein der Kriegsgefangenschaft, der Verwundung und des Todes.

Der indirekte Strategie sieht seine eigenen Begrenztheiten und versucht alles erdenklich Mögliche, um die Mittel und Waffen des Feindes zu kanalisieren, seine Kräfte aufzusplittern und gegen ihn selbst zu wenden. Schon viele Konfrontationen sind dadurch entschieden worden, dass man den Aggressor erst einmal gewähren ließ, um wie im Aikido seine Aggressionen so umzuleiten, dass sie ihn schließlich selbst zu Fall brachten. Wichtige Werkzeuge und Mittel der indirekten Strategie sind dabei von ausschlaggebender Bedeutung: Kommunikation und Propaganda, List und Täuschung, Spionage und Subversion, Hinauszögern von Entscheidungen und Vermeidung unnötigen Kampfes, Hinterhalte und Sabotage. Der echte indirekte Strategie ist also auf eine gewisse Weise janusköpfig, weil er den Kampf vermeiden will und dennoch kämpft. Sieg und Erfolg stehen nicht im Vordergrund seines Tuns - und will er beides erkämpfen. Gegenüber den Launen von Fortuna bleibt er gleichmütig, aber nicht gleichgültig; inmitten des Kampfes ist er innerlich ruhig und ausgeglichen; er lässt sich von den Emotionen nicht fortreißen und verfolgt dennoch seine Ziele mit Hingabe. Er vermeidet Gewalt, wendet sie dennoch im entscheidenden Moment an; er lässt sich nicht von der Außenwelt überwältigen, sondern beherrscht sie, ohne den inneren Halt zu verlieren; er erkennt die Lage schnell, lässt sich jedoch nicht zu einer unüberlegten schnellen Reaktion verleiten; er begegnet Gewalt und Aggressionen nicht symmetrisch mit einer Eskalation von Gewalt und Aggression, sondern lässt auf asymmetrische Weise Angriffe ins Leere laufen, um gleichzeitig an gegnerischen Schwachpunkten anzugreifen und dort die Entscheidung zu suchen.

Leadership und Strategie: Einige Axiome im Spiegel historischer Denkrichtungen zeitgemäß interpretiert

Auch mit Blick auf die politische Auseinandersetzung und Leadership von heute gelten nach wie vor die alten Maximen des v.a. auch Clausewitz stark beeinflussenden Strategen Sun Tsu. Sie sind mittlerweile gut 2.500 Jahre alt und haben nichts von ihrer Gültigkeit eingebüßt.²⁸⁾ Danach wird nur der politische Strategie und Leader erfolgreich sein, der weiß, wann er die Konfrontation suchen muss und wann nicht und der sowohl die Herausforderungen seiner Aufgaben so gut kennt wie sich selbst.²⁹⁾ Auch der erfolgreiche politische Strategie in der Denktradition Sun Tsus sucht die Konfrontation erst dann, wenn der Sieg so gut wie errungen ist.³⁰⁾ Er konzentriert sich in der Konfrontation auf die Schwachpunkte des Gegners so, „als würde ein Mahlstein auf ein Ei treffen“.³¹⁾ Wichtig ist nach Sun Tsu auch das „Vorherwissen“,³²⁾ d.h. die Antizipation dessen, was in der jeweiligen politischen Lage und der vorgegebenen Handlungssituation zum Erfolg führt und was nicht. Dabei kommt es eher darauf an, nicht konfrontativ, sondern flexibel, indirekt und listig die

Oberhand über seine politischen Herausforderer zu erlangen. Dabei ist es wichtig, sich selbst in die Lage seines Herausforderers versetzen zu können und von seinem Standpunkt aus denken zu können. „Sich in den Gegner verwandeln“, heißt diese Maxime, die bei Miyamoto Musashi in seinem „Buch des Feuers“ auftaucht.³³⁾ Um dabei die Absichten seines Kontrahenten rechtzeitig durchschauen zu können, kommt es darauf an, „den Schatten in Bewegung zu bringen“ - wie Musashi schreibt.³⁴⁾ Weiterhin fordert auch Musashi den politischen wie militärischen Leader dazu auf, seinen Gegner bereits vor der Konfrontation aus dem Gleichgewicht zu bringen, „mit dem Gegner verschmelzen“ sowie „das Herz des Gegners in Verwirrung [zu] stürzen“.³⁵⁾ Auch ein schneller Wechsel der Methoden und Taktiken in der politischen Leadership sind bei Musashi belegt. Er nennt dies den „Wechsel zwischen Berg und Meer“.³⁶⁾

Daraus ergeben sich folgende Axiome:

1. Der Strategie kennt sich selbst.
2. Der Strategie kennt die Herausforderungen seiner Aufgabe.
3. Der Strategie antizipiert Handlungsabläufe, Erfolgsfaktoren und die erfolgshemmenden Faktoren.
4. Der Strategie kann sich in die Lage des Herausforderers versetzen.
5. Der Strategie bringt seinen Kontrahenten bereits vor der offenen Konfrontation aus dem Gleichgewicht und entscheidet damit faktisch den Konflikt.

Aktuelle und künftige Aufgaben und Herausforderungen: Empfehlungen zur Leadership und zur Strategie

Denkt man die oben angeführten Axiome und die Aussagen historischer Strategen und Leader weiter, so lassen sich eine Reihe von Empfehlungen zur Leadership und zur Strategie³⁷⁾ allgemeingültiger Natur für aktuelle und künftige Aufgaben und Herausforderungen ableiten.

Die nachfolgenden Handlungsempfehlungen sind keine taxative Liste, die es abzuarbeiten gilt. Vielmehr sind sie - dem Wesen von Strategie und Leadership entsprechend - ein Rahmen an Parametern, die es balanciert anzuwenden gilt. Es geht um die richtige Mischung aus Handwerk, Gefühl, Esprit, Verstand und Mut und nicht um die Erfüllung eines Pflichtenheftes oder Kriterienkatalogs. Und es geht darum, die Parameter auch gemäß der eigenen Persönlichkeit entsprechend anzuwenden - denn für Leadership und Strategie gibt es kein Patentrezept, sondern es gibt einen Handlungsrahmen und Empfehlungen, wie man diesen Rahmen ausschöpfen kann.

1. Strategie und Leadership sind im Machstadium uneitel und unspektakulär.

Am Beginn jeder Strategie stehen die Idee und die Vision, die auf Vorgaben seitens des Policy maker gründen und im Dialog mit diesem entstanden sind. Dieser Startpunkt ist nicht abgehoben, sondern zutiefst handwerklich geprägt. Das Finden einer gemeinsamen Basis, eines gemeinsamen Startpunktes ist im Regelfall unspektakulär und gerade daher so wesentlich für das Gelingen jeglichen strategischen Unternehmens. Denn nur auf einem gemeinsamen Boden kann aus dem Bestehenden heraus Neues geschaffen werden. Für den Strategen gilt: Einerseits ist Strategie herausfordernd und somit ein durchaus gefährliches Geschäft, das bei aller Euphorie und Befriedigung auch zu ungeheuren Erschöpfungszuständen führen kann, wenn es extrem und über einen zu langen Zeitraum betrieben wird. Daher gehört zur politischen Leadership heute gleichermaßen eine überdurchschnittliche körperliche Robustheit wie ein überdurchschnittlicher Intellekt, der in der Lage ist, in allen politischen Themenfeldern auf Ballhöhe zu

sein, sowie eine robuste psychische Disposition angesichts der Unwägbarkeiten und Gegensätze politischen Handelns.

Andererseits verlangt sie - wesensinhärent -, dass man mit vollem Vertrauen vor die Herausforderung und den Kontrahenten hintritt und selbstbewusst agiert, sonst drängen sich Inkompetente vor und die Realität überholt einen. Politische Leader und Strategen müssen Vorbild sein. Sie müssen das vorleben, was sie von jenen, die sie führen, erwarten. Dabei müssen sie die Menschen mitnehmen, die mehrheitlich nicht wollen, dass über ihre Köpfe hinweg entschieden wird. Wichtig für erfolgreiche politische Leadership ist die Auswahl loyaler und kritischer Berater. Gerade wenn die persönlichen Umfragewerte hoch sind und der politische Entscheidungsträger von den Medien getragen wird, ist höchste Alarmstufe angezeigt.

2. Strategie und Leadership setzen eine klare Idee mit Ziel(en), Mitteln und Wegen voraus.

Klare Abholpunkte, das Wissen, was geht und was nicht geht, der Clausewitz'sche Takt des Urteils, das Vertrauen zu fühlen, an welcher Stelle des Flusses man sich im Moment befindet, und ebenso klare Ziele mit einer entschiedenen Ressourcenzuteilung sind unabdingbar, wenn man sich mit Strategie und Leadership auseinandersetzt. Dies verlangt von allen Beteiligten ein sehr vielfältiges Portfolio an Fähigkeiten, das beispielsweise folgende Elemente umschließt: ein hohes Maß an geistiger Beweglichkeit in der Konzeption, ohne sich dabei in intellektuellen und persönlichen Grabenkämpfen zu verlieren, Analysefähigkeit, Antizipation (auch im Sinne einer Neutralisierung des Mitbewerbers vor dem offenen Konflikt) und Vorausdenken von Entwicklungen statt planlosem Reagieren, zielorientierte Kritikfähigkeit, weitgefaste Aufträge mit hohem Maß an Handlungsfreiheit und die Bewahrung von Alternativen des Handelns und von Handlungsfreiheit. Ferner ist es wesentlich, „verlorene Siege“ (Manstein) zu vermeiden (wohl auch, weil die Aufmerksamkeit im besten Sinn des Wortes auf die verkehrte Seite fokussiert ist). Dass dies alles ein forderndes Unterfangen ist, ist unbestritten. Ebenso ist unbestritten, dass es Rückschläge und Fehler gibt - ja, auch geben darf. Strategie und Leadership sind immer mit dem inhärenten und untrennbaren Moment des Scheiterns verbunden. Sie werden aus Triumphen und aus Niederlagen gemacht. Eine zeitgemäße Strategie und zeitgemäße Leadership sind eben mehr als der Sieg über etwas anderes.

3. Der Stratege und der Leader sind zu interdisziplinärem und ganzheitlichem Denken und Handeln in der Lage.

Strategie und Leadership sind vom Wesen her ganzheitlich und umfassend.³⁸⁾ Interdisziplinarität umschließt das Zusammenführen an sich verschiedener Teilstrategien und Teilaspekte; daraus gelangt man zu etwas Neuem; ein reines Nebeneinander dieser Aspekte reicht nicht aus. Dies impliziert den Grundsatz „Getrennt marschieren, vereint schlagen“ (Moltke), also ein ausgesprochen und gelebtes koordiniertes Vorgehen, ein Denken und Handeln im Sinne des Ganzen und die Bewusstheit, dass man trotz räumlich-zeitlicher Trennung auf das Gesamtziel hin fokussiert bleibt. Bei aller Interdisziplinarität impliziert die Grundtendenz jedoch auch ein hohes Maß an Selbstständigkeit und Eigenverantwortung.

4. Der Stratege und der Leader wissen um die Bedeutung einer peniblen Vorbereitung, die Kompromisslosigkeit bei Qualität und um die besondere Bedeutung von Zeit.

Strategie ist keine schnelle Nummer. Strategen und Leader brauchen, so talentiert und genial sie sein mögen, Entwicklungszeit und Entwicklungsraum; Strategie kann, muss jedoch nicht notwendigerweise ein Verkaufsschlager sein; sicher ist, dass man im strategischen Handeln nicht aus der Bewegung angreift - nicht einmal im Notfall, denn dann wäre es keine Strategie mehr, sondern taktisches, eben oft improvisiertes Agieren. Auch das darf sein, muss es sicherlich auch immer wieder sein und ist ein Teil von Leadership - man sollte jedoch taktisches Geplänkel nicht als großen strategischen Wurf präsentieren.

5. Strategie und Leadership verlangen Flexibilität und Eigenbestimmtheit und ein fundiertes Selbst- und Zeit-Management.

Entscheiden und Verantwortung tragen sind wesentliche Aspekte von Strategie und Leadership, die einem keiner abnimmt. Es gibt bei Strategie keine Verantwortungsdelegation im Sinne von Abgabe von Leadership. Um sich auf die Eigenverantwortung konzentrieren zu können, braucht es ein Zeit- und Selbstmanagement. Energie muss dabei auch effizient eingesetzt werden; der Stratege und der Leader müssen ein Grundgefühl haben, bis zu welchem Niveau sie gehen können, ohne sich selbst und die Mitarbeiter organisatorisch und inhaltlich am Ende zu überfordern. Dies meint auch im Selbstmanagement und im strategischen Agieren, dass man den Zeitfaktor nutzen muss und gleichzeitig vor der Zeit zu sein hat. Dies impliziert die Kenntnis der Möglichkeiten, die Zeit bietet - ihre Freiheiten, ihre Relativität, ihre Subjektivität -, und es bedingt das Wissen um Synchronizitäten,³⁹⁾ was Machiavelli Fortuna nannte. Ferner setzt es voraus, dass man die Grenzen und Begrenzungen erkennt - für sich und für diejenigen, die mit einem die Strategie erarbeiten und leben.

6. Strategie und Leadership verlangen Übung, Disziplin und Hingabe.

Disziplin und Hingabe meinen, dass man im Hier und Jetzt - also in der Zeit zwischen zwei Atemzügen, d.h. innerhalb von drei Sekunden - bleibt und sich genau diesem Hier und Jetzt anheimgibt. Es ist die Verbindung aus Disziplin, Hingabe, Ermutigung und Ermächtigung, die hier zum Tragen kommt. Dies impliziert auch das Erkennen der eigenen Schwachstellen und der potenziellen gegnerischen Angriffspunkte. Nur das Gesamtbild in Kombination mit Disziplin und Hingabe im Fokus ermöglicht erfolgreiches und nachhaltiges strategisches Agieren und Leadership. Dies ist eine klare Absage an Multitasking. Mit Multitasking kann man nie in der Rolle sein, in der man jetzt sein muss, um seine Aufgabe zu erfüllen. Nur mit der klaren Ausrichtung der Aufmerksamkeit stimmen Worte und Taten überein; nur so kann man Vertrauen und Glaubwürdigkeit erzeugen - und dabei keinerlei Zweifel aufkommen lassen. Nur so kann man in volatilen Ordnungen überhaupt führen und gestalten.

7. Der Stratege und der Leader sind Schöpfer und nicht ausschließlich Macher.

Strategisches Denken und Führen lernt man schrittweise. V.a. lernt man es durch Erfahren - jedenfalls nicht im Hörsaal und nicht anhand von Fallstudien. Diese ermöglichen bestenfalls eine Oberflächenerfahrung. Strategie und Leadership müssen Substanz aufweisen - und die erschöpft sich nicht im Managementwissen. Die Substanz umschließt folgende Parameter: Neben dem fundierten Grundwissen sind Kreativität und unkonventionelles Handeln mit einer ziel- und aufgabenorientierten Ausrichtung gefragt. Zudem sind ein gewisses Maß an Unberechenbarkeit für das Gegenüber (eine Prise an Überraschung und Verrücktheit), das Einkalkulieren von Friktionen im Sinne von Überraschungen, die durchaus das eigene Handeln vorantreiben können, das Erkennen der objektiven Logik der Lage und

ihrer Machtmechanismen und das Offenhalten von mehreren Optionen (d.h. Vermeidung einer alles entscheidenden Entscheidungsschlacht und das Setzen auf eine Karte) gefragt. Die Bewahrung der Deutungshoheit für eine Lage und die Bewahrung der Handlungshoheit - d.h. der Mitbewerber ist nicht in der Lage, einem sein Handlungsmuster aufzuzwingen - sind ebenfalls Teil von Leadership. Zeitgemäße Strategie und zeitgemäße Leadership meinen damit, zusätzlich zum Managen andere an der Erfahrung teilhaben zu lassen und gemeinsam etwas lernen, sich aufeinander einlassen; es geht um die Ermutigung von Menschen - also um den Dialog aus Fordern und Fördern, aus Geben und Nehmen - und es geht v.a. um verantwortungsvolle Entscheidungen. Das Schlimmste ist Unentschiedenheit. Besser man trifft eine so genannte falsche Entscheidung, als dass man Unentschiedenheit übt. Es geht um Persönlichkeit, um das Entwickeln einer natürlichen Macht und Verantwortung, damit das Ensemble an die Stuhlkante rückt. Das benötigt Zeit und auch Reife - bei allem Talent und bei aller Führungsbegabung -, gerade in turbulenten Zeiten.

8. Strategie und Leadership verlangen ein hohes Maß an Fähigkeit zuzuhören, zu kommunizieren und an psychologischem Feingefühl.

Zuhören wird als Leadershipkompetenz am meisten unterschätzt. Es ist ein aktives, vom Denken angeleitetes, begleitetes und unterstütztes Hören, sodass ein ausgewogenes Verhältnis in der Wahrnehmung und Einschätzung einer Situation entsteht. Dann entsteht auch ein Dialog zwischen Führer und Geführten. V.a. aber ist der Dialog aus Fürsprache und Kritik ganz wesentlich, denn nur aus Reibung entsteht Entwicklung, die zur Formung des Eigenen unabdingbar ist. Wie man mit der Mannschaft umgeht, wie man sie fordert und gleichzeitig fördert, ist Teil eines diffizilen Verständigungsprozesses, der Persönlichkeit und Training verlangt und der Kommunikation im umfassenden Sinn einen besonderen Stellenwert einräumt und den Faktor Zeit zu berücksichtigen hat. Das hat viel mit Geben und Nehmen, mit Tun und Lassen zu tun und bedarf des täglichen Übens. Wenn man es schafft, als Führender dem Team jene Freiheit zu geben, dass es das tut, was man möchte, dann kommt man dem Ideal sehr nahe. Dies bedingt jedoch, dass man klare Ziele hat und weiß, wie man vertrauensvoll mit den Ressourcen umgeht.

9. Der Stratege und der Leader wissen um die Wichtigkeit von Ruhe, von Pausen, vom In-die-Stille-Gehen und von Gelassenheit-Leben.

Das zeitweise und bewusste Sich-Herausnehmen aus dem Ganzen ist ein wesentlicher Bestandteil von Strategie und Leadership. Sicher ist, dass aus der Distanz und durch die Distanz und das Andere sich oft ganz unerwartete Lösungen ergeben. Ein Stratege und Leader muss dazu auch im Prozess des Konzipierens, des Denkens und des Führens ein hohes Maß an Gelassenheit und positiver innerer Distanz und Disziplin leben. Je hektischer man ist, umso inkompetenter wirkt man und umso schneller reißt man das Ganze in einen Schmiss, der oft mit schmerzhaften Konsequenzen verbunden ist. Das geht in volatilen Ordnungen sehr rasch und oft unbeabsichtigt und unvorhersehbar. Letztlich verlangt Gelassenheit eine Form von Disziplin - die Disziplin, loszulassen und sein zu lassen -, auch wenn andere das Gegenteil davon verlangen.

10. Der Stratege und Leader ist sich bewusst, dass Führer und Geführte eine Einheit in Vielfalt bilden.

Strategie und Leadership sind sui generis undemokratisch. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass man auch dem schwächsten Glied im Netzwerk die gleiche Wertschätzung entgegenbringt wie dem stärksten. Dabei wird die Notwendigkeit des Ganzen nicht in Frage gestellt. Jeder darf seine Begabungen einbringen, die oft weit gespannt sind - so ergibt sich die Einheit in der Vielfalt. Dies bedingt u.a. die Vermeidung von Zentralismus und Bürokratie und die bewusste Delegation von Verantwortung im Team. Kritische Berater und deren Förderung helfen, in Entscheidungssituationen gemeinsam zu einer Entscheidung zu kommen, für die man hinterher noch verantwortlich sein kann und will. Zudem ist zu vermitteln, dass der Erfolg des Strategen jenen der anderen beinhaltet. Der Stratege und der Leader vermitteln Führung gefühlsmäßig und faktisch. Dann folgen die Mitspieler kraft ihrer Selbstdefinition. Dann - und nur dann - kann man wahre Strategie und wahre Leadership leben, die beginnen, wenn große Worte enden und wo das Zwingende harmonisch und letztlich erfolgreich ist.

Schlussfolgerungen für ein zeitgemäßes Strategie- und Leadershipverständnis

Strategie und Leadership sind heute extrem herausgefordert, weil die gesellschaftspolitische Lage im Allgemeinen und die sicherheitspolitische Welt im Besonderen weniger denn je vorhersagbar geworden sind. Die Konfrontation mit einer zunehmenden globalen Vernetzung mit engen Interdependenzen ist tagespolitische Realität. Wie die Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 und die Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 gezeigt haben, wird Normalität eher zur Ausnahme und der Ausnahmezustand zur Regel. Auf Prognosen und Trends, die auch so eintreten, kann man sich heute weniger denn je verlassen. Dazu tritt der Anspruch der Menschen, mitreden, mitgestalten und mitentscheiden zu wollen, und dies aufgrund eines mehr oder weniger ungehinderten Zuganges zu Informationen und Nachrichten in Echtzeit. Beinahe zu jedem Thema gibt es eine ständige und kritische Medienöffentlichkeit. Der temporäre Entscheidungsdruck hat in Zeiten unmittelbarer Medienbeobachtung und -berichterstattung extrem zugenommen. Strategische Entscheidungen müssen heute schnell und gleichzeitig ressortübergreifend und ganzheitlich getroffen werden. Gleichzeitig gestaltet sich der politische und parlamentarische Raum westlicher Industriegesellschaften sehr differenziert, individualistisch und mit der Tendenz der politischen Fragmentierung. Diese Einflussfaktoren führen dazu, dass operatives, situations- und ereignisbezogenes Führungsmanagement und das Überleben des Tages so stark dominieren, dass strategische Fokussierungen und Ziele aus dem Blickfeld geraten. Dazu treten anstelle strategischen Denkens und Agierens gekoppelt mit Leadership ausgesprochen bürokratische Fehlervermeidungstaktiken und vergebliche Versuche, alles und damit am Ende nichts unter Kontrolle zu behalten. Die traditionelle hierarchische Durchstrukturierung von Organisationen führt zur Tendenz, Verantwortung nach oben, nach der Devise „Melden macht frei“, abzuschieben. Dies verhindert den Blick über die Grenzen des eigenen Sektors und Ressorts. Es führt zur Schönfärberei und zum Tot-Administrieren kreativer, strategisch angelegter Lösungswege. In der Weiterbildung führt dieses überkommene Verständnis von Leadership lediglich zur Vermittlung von Fachexpertise und zu einer Art von Wissen, das aufgrund der ständigen Veränderung heutiger gesellschaftlicher, politischer und wirtschaftlicher Prozesse veraltet ist, wenn es endlich zur Anwendung kommen soll.

Dagegen sind heute mehr denn je flexible, rasch veränderbare, anpassungsfähige (schnelle) Organisationsstrukturen erforderlich, um lagegerecht reagieren zu können. Der Nachweis der Verfügbarkeit rund um die Uhr und der ostentativ demonstrierte Zustand des Überarbeitet-Seins sind oft das Ergebnis eines wenig ausgeprägten Einbeziehens kompetenter Mitarbeiter in die Aufgabenbewältigung, von Strategien des Herrschaftswissens, fehlenden Führens durch Aufträge und fehlender flacher Hierarchisierung sowie der durchgängigen Belohnung eines solchen Typus von Führer von Seiten der Administration. Die wahrlich zeitgemäß agierenden Strategen und Leader setzen dagegen auf Partizipation, sektor- und ressortübergreifende Erfahrung ihrer Mitarbeiter, eigene Vernetzung über das eigene Ressort und den eigenen wirtschaftlichen Sektor hinaus. Sie bringen Führungskräfte und Mitarbeiter mit vielfältigen Perspektiven an den Runden Tisch, um komplexe Lagen schnell und umfassend analysieren zu können und ermuntern, motivieren dazu, „out of the box“ zu denken. Zeitgemäße Strategen und Leader sind vernetzt und bilden eine Führungskultur aus, die von Vertrauen, gegenseitiger Wertschätzung und Partizipation geprägt ist. Erfolgreiche Strategen und Führer sind in der Lage, Sinn und Orientierung zu vermitteln, und leben diese auch vor. Sie praktizieren täglich das, was sie fordern und aktivieren und beleben die Fähigkeiten ihrer Mitarbeiter und wissen, dass wahre Strategie und wahre Leadership erst dann beginnen, wenn große Worte enden und ein zwingendes und gleichzeitig harmonisches Ganzes entsteht. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) Strategie steht sowohl für die strategisch Führende als auch für den strategisch Führenden. Aus Gründen der Lesbarkeit wurde die männliche Form beibehalten. Gleiches gilt für den Führer.
- 2) Die nachfolgenden Ausführungen stellen die persönlichen Meinungen der beiden Autoren dar und reflektieren nicht notwendigerweise die Standpunkte der von ihnen vertretenen Institutionen.
- 3) Z.B. vgl. Andrea Riemer: Der Strategos 21: In Umbruchzeiten erfolgreich führen, Wien 2010, 3. überarb. Auflage, E-Fassung von 2012. <https://shop.verlagholzhausen.at/hhshop/Strategos21-digital.htm?x990d8=e30639634bc07da989eff2f671828bf2>. Andrea Riemer: Strategische Theorien und Policy Making im 21. Jahrhundert: Zwischen Scheitern und Kreativität?, ÖMZ 1/2010, S.24-35. Diverse Vorträge, Diskussionen und Vorlesungen zu Leadership in Umbruchzeiten in den Jahren 2010, 2011 und 2012. Erich Vad: Strategie und Sicherheitspolitik. Perspektiven im Werk von Carl Schmitt, Westdeutscher Verlag Opladen 1996. Erich Vad: Asymmetrischer Krieg als Mittel der Politik. In: Thomas Jäger u.a. (Hrsg.): Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S.586-593.
- 4) Vgl. dazu beispielhaft: James E. Dougherty/Robert L. Pfaltzgraff: Contending Theories of International Relations. A Comprehensive Survey, New York et al, 2001.
- 5) Vgl. Andrea Riemer: Theorien Internationaler Beziehungen und neue methodische Ansätze, Frankfurt/Main 2006. Andrea Riemer: Geopolitik und Strategie am Beginn des 21. Jahrhunderts. Neue theoretische Überlegungen, Frankfurt/Main 2006. Andrea Riemer/Fred W. Korkisch/Heinz Nissel (Hrsg.): Geopolitik: Zwischen Wissenschaft und Kunstlehre, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Wien 2005.
- 6) Vgl. die kritischen Beiträge von Hew Strachan. Hew Strachan: The Lost Meaning of Strategy, Survival, Vol 47, No 3 - Autumn 2005, S.33-54. Hew Strachan: Strategy and the Limitation of War, Survival, Vol 50, No 1 - February-March 2008, S.31-54.
- 7) Die Aussage wird Donald Rumsfeld zugeschrieben.
- 8) Vgl. Dazu sehr kritisch Hew Strachan: Strategy and the Limitation of War, Survival, vo. 50, no. 1, February-March 2008, S.51.
- 9) Vgl. beispielhaft: Andrea Riemer: Der Strategos 21: In Umbruchzeiten erfolgreich führen, 3. Auflage, Wien 2012, E-Book, S.14.
- 10) Clausewitz in seinem Brief an v. Roeder vom 22.12.1827. In: Militärwissenschaftliche Rundschau, 2 (1937), Sonderheft, S.8.
- 11) Vgl. dazu Jehuda Wallach: Das Dogma der Vernichtungsschlacht,

Frankfurt/M. 1967.

- 12) Werner Hahlweg (Hrsg.): Vom Kriege, Hinterlassenes Werk des Generals Carl von Clausewitz, 18. Aufl., Bonn 1973, S.990.
- 13) Erich Vad: Lenin über Clausewitz' Werk „Vom Kriege“. In: Europäische Wehrkunde, 4/83, S.176-179.
- 14) Legalität: Im Sinne von rechtlich bedeutsamen Tuns, Duldens oder Unterlassens. Legitimität: Im Sinne von Glauben an bzw. das Vertrauen auf die Rechtmäßigkeit politischer Herrschaft.
- 15) Vgl. dazu beispielhaft: Henry Kissinger: Diplomacy, New York et al, 1994, S.369-393.
- 16) Vgl. dazu Andrea Riemer und Dieter Muhr: Take off your Sunglasses: Hybridity - A driving momentum for asymmetric & Cyber Warfare. In: Josef Schröfl/Bahram M. Rajaei/Dieter Muhr (eds.) Hybrid and Cyber War as Consequences of the Asymmetry. A Comprehensive Approach Answering Hybrid Actors and Activities in Cyberspace, Peter Lang, 2011, S.57-90. Vgl. auch z.B.: http://media.washingtonpost.com/wp-srv/politics/documents/Assessment_Redacted_092109.pdf (ComISAF Initial Assessment). COMISAF's Counterinsurgency Guidance, 27.7.2010.
- 17) Vgl. dazu beispielhaft: Josef Schröfl, Thomas Pankratz, Sean Michael Cox: Winning the Asymmetric War: Political, Social and Military Responses, Peter Lang, 2009. Herfried Münkler: Symmetrische und asymmetrische Kriege. Merkur, Jg. 58, Heft 664 (August 2004), S.649-659. Stephen Metz and Douglas Johnson II: Asymmetry and U.S. Military Strategy: Definition, Background, and Strategic Concepts, Carlisle Barracks, Strategic Studies Institute/U.S. Army War College, 2001. Erich Vad: Asymmetrischer Krieg als Mittel der Politik; in: Thomas Jäger u.a. (Hrsg.): Handbuch Kriegstheorien, Wiesbaden 2011, S.586-593. Martin van Creveld: Transformation of War, Free Press, 1991.
- 18) Vgl. dazu: Martin van Creveld: The Culture of War. Presidio Press, New York 2008.
- 19) Vgl. insb. zu Strategic Communication: US Department of Defense: Principles of Strategic Communication, <http://www.carlisle.army.mil/DIME/documents/Principles%20of%20SC%20%2822%20Aug%2008%29%20Signed%20versn.pdf>. „Stratcom is my primary manoeuvre force“, erklärte auch beispielsweise ISAF-General John Allen in seiner Eröffnung zur 5. SHAPE Stratcom Conference in Izmir Ende Juni 2012. Weiters meinte er bei der gleichen Gelegenheit: „So my challenge to you is to be the ultimate team - collaborating across our man disciplines and military cultures to create opportunities to inform audiences in a time, place, setting, and manner of our choosing. We should set the tempo. We should set the speed. We should set the control. If we do this, our coordinated, coherent message will achieve our objectives. If we don't, we truly risk information fratricide.“ <http://www.aco.nato.int/stratcom/page688673820.aspx>.
- 20) Der damalige Präsident Nicolas Sarkozy setzte die Ausbildungsprogramme für abzuheben der Sicherheitskräfte aus - und schloss nicht aus, die Truppen komplett abzuziehen. Im Mai 2012 zurrte sein Nachfolger, Francois Hollande, den Abzug der Truppen fest, ohne viel Rücksicht auf seine Partner zu nehmen. Bis Ende 2012 soll nur mehr eine minimale Präsenz vor Ort aufrechterhalten werden.
- 21) Vgl. dazu: http://news.bbc.co.uk/onthisday/hi/dates/stories/october/4/new-sid_2486000/2486909.stm.
- 22) Vgl. dazu: Chicago Summit Declaration on Afghanistan, <http://www.chicagonato.org/chicago-summit-declaration-on-afghanistan-news-44.php>. Ferner: http://www.nytimes.com/2012/05/22/world/nato-formally-agrees-to-transition-on-afghan-security.html?_r=2&ref=world. <http://www.nato.diplo.de/Vertretung/nato/de/06/Gipfelerklaerungen/Chicago-Gipfel-2012-Seite.html>.
- 23) Vgl. dazu: Andrea Riemer: Quantum Leadership. Die Begegnung mit der Anderen, Wien 2012, S.89-90. Ferner: Peter Trubowitz, Emily O. Goldman, Edward Joseph Rhodes: The Politics of Strategic Adjustment: Ideas, Institutions, and Interests, Columbia University Press, 1999. Harry R. Yarger: Strategic Theory for the 21st Century: The Little Book on Big Strategy, <http://www.strategicstudiesinstitute.army.mil/pdffiles/PUB641.pdf>.
- 24) Epiktet: Handbüchlein der Moral und Unterredungen, Alfred Kröner Verlag, Leipzig.
- 25) Ebenda, S.20.
- 26) Ebenda, S.20.
- 27) Ebenda, S.29.
- 28) Vgl. dazu Erich Vad: Operatives Denken. Vortrag an der Nationalen Verteidigungsuniversität in Peking. In: Europäische Sicherheit, 8/1997, S.35-38.
- 29) Sun Tzu: Die Kunst des Krieges, hrsg. und Vorwort von James Clavell, München 1988, S.38-39.
- 30) Ebenda, S.45.
- 31) Ebenda, S.57.
- 32) Ebenda, S.152.
- 33) Miyamoto Musashi: Das Buch der fünf Ringe, Buch des Feuers, 2. Aufl. Ullstein, Berlin 2010, S.108.
- 34) Ebenda, S.109.
- 35) Ebenda, S.111-113.
- 36) Ebenda, S.116.
- 37) Vgl. Riemer; Der Strategos 21, a.a.O.
- 38) Vgl. dazu Erich Vad: Gesamtstrategie und nationale Führungsfähigkeit. In: Euro-

päische Sicherheit, 6/1994, S.289-292.

39) D.h. Ereignisse spielen sich scheinbar getrennt (akausal) und doch zeitlich relativ parallel ab, weil sie willkürlich miteinander assoziiert werden können und so in der Folge aufeinander bezogen wahrgenommen und auch gedeutet werden können.



**Hon. A.o. Prof. Dr. habil.
DDr. Andrea Riemer**

Geb. 1963; 1992 Doktorat in Wirtschaftswissenschaft; 2007 Doktorat in Military Technological Sciences; 2008 Hon. A.o. Prof. der Zrinyi Miklós Verteidigungsuniversität und 2012 der National University of Public Service, Budapest; seit 20 Jahren in privatwirtschaftlichen und öffentlichen Führungsfunktionen in den Bereichen Strategie und Sicherheitspolitik tätig (2008-2012 u.a. Leiterin des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie); 2011 Habilitation in Military Sciences; 2012 Gründerin von Andrea Riemer-Company for Strategy & Leadership; ordentliches Mitglied der Europäischen Akademie der Wissenschaften und Künste; zahlreiche Lehraufträge an österreichischen und internationalen Universitäten; umfangreiche Publikationen zu Grundfragen der Strategie und zu Leadership.



Dr. phil. Erich Vad

Geb. 1957; Brigadegeneral; 1975 Abitur und Eintritt in die Bundeswehr als Offizieranwärter der Panzeraufklärungstruppe; 1976-1979 Studium an der Universität der Bundeswehr in München; 1980-1987 Zugführer, 2 Verwendungen als KpChef in der Panzer(L)Brigade; Promotion; 1987-1988 US-Kampftruppenzentrum Ft.Knox/USA; 1988-90 Generalstabsausbildung; 1990-1992 G4/Chef des Stabes der Panzerbrigade 21; 1992-1995 NATO, IMS/WEU in Brüssel; 1995-1999 Referent im Führungsstab der Streitkräfte, dabei: Abordnung in das US-Hauptquartier Europa (USEUCOM) für eine Sonderoperation auf dem Balkan; 1999-2000 Referent im Auswärtigen Amt; 2001-2006 Verteidigungspolitische Berater einer Bundestagsfraktion; 2006-2007 Referatsleiter Militärpolitik im Bundeskanzleramt; seit 2007 Leiter der Gruppe „Militärpolitik/Bundessicherheitsrat“ im Bundeskanzleramt.

Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ in weiter Ferne

Unilateralismus und knappe Budgets

Friedrich W. Korkisch

Betrachtet man die Vorgeschichte zum Vertrag von Lissabon (2007, Inkrafttreten 2009) und die mit der Realisierung der europäischen Sicherheitspolitik verbundenen Probleme, muss man bis 1945 zurückgehen. Diese Gegensätze wurden weder durch die Gründung der NATO noch durch die Europäischen Gemeinschaften für Kohle und Stahl (EKGS, 1951) oder die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) beseitigt, sondern setzten sich vielmehr innerhalb der NATO ebenso fort wie in der EG bzw. der heutigen EU; sie verursachten das heutige Dilemma der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) bzw. der konkurrierenden Dichotomie von NATO und EU.

Bruchlinien ergaben sich schon 1940, etwa durch die französische Aversion gegen London infolge der angeblichen Nichtausschiffung französischer Truppen bei Dünkirchen, der Bombardierung der französischen Flotte durch die Briten und der Vorgänge in Nordafrika 1942. De Gaulle schaffte es, dass Frankreich als Verlierernation von 1940, 1945 dennoch als Sieger akzeptiert wurde. Frankreich wurde aber weder von Roosevelt, Truman, Churchill, Attlee oder Stalin als „Macht“ betrachtet. Mit der Niederlage des Deutschen Reiches war zwar die politische Situation jener von 1918 nicht unähnlich, nur dass sich im Osten die Sowjetunion als antiwestliche Großmacht bis an die Elbe vorgeschoben hatte. Großbritannien wiederum war nicht in der Lage, die von Roosevelt angedachte Rolle einer europäischen Ordnungsmacht wahrzunehmen, und musste den Kampf gegen die kommunistischen Partisanen in Griechenland umgehend den USA übertragen.

Andere Bruchlinien im westlichen Lager zeigten sich zwischen den klaren geopolitischen Vorstellungen der USA, wie etwa dem Containment Moskaus (und ab 1948 auch Chinas), der Kontrolle der transozeanischen Gegenküsten wie auch durch britische und französische Ideen westeuropäischer Sicherheitspakete, so mit den Benelux-Staaten, Dänemark und Norwegen, samt einer gemeinsamen Verteidigung gegen ein erneut erstarktes revanchistisches Deutschland nach dem Abzug der alliierten Besatzungstruppen bzw. dem militärischen Rückzug der USA aus Europa (Dünkirchen, WEU, später die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, Entwicklung von Atomwaffen in Großbritannien und Frankreich, in Frankreich sogar mit zunächst technischer und finanzieller Hilfe seitens der Bundesrepublik Deutschland). Daneben kam es 1952 zur Bildung der kurzlebigen Europäischen Politischen

Gemeinschaft und der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft (1952, EVG), in der Frankreich eine Kontrolle allfälliger deutscher Streitkräfte anstrebte.

Es zeigte sich die Unmöglichkeit der nunmehr mittleren europäischen Mächte, sowjetisches Hegemonialstreben und die Umwandlung Osteuropas in ein System prosowjetischer Staaten abwenden zu können; dazu kamen starke kommunistische Parteien in Frankreich, Belgien und Italien. Anders die USA, wo die deutsche Wiedervereinigung, Marshall-Plan und Truman-Doktrin die westliche Nachkriegspolitik vorgaben. Die NATO war zwar ein europäisches Vorhaben, wengleich eines mit eher dünnen konventionellen Kapazitäten, aber amerikanischen Atomwaffen. Präsident Truman und Außenminister Acheson brachten es beim Empfang am Vorabend der Unterzeichnung des NATO-Vertrages im Weißen Haus auf den Punkt, als sie erklärten, dass man eine deutsche „Wiederbewaffnung“ ins Auge fassen müsse, was die französische Delegation mehr als nur konsternierte.

Die Unmöglichkeit, die in Lissabon beschlossenen Streitkräftenstrukturen nach 1952 zu realisieren (NATO's Long-Term Defence Plan), waren der Grund, warum die USA neben Luft- und Seestreitkräften auch Bodentruppen in Europa stationierten und die Aufstellung deutscher Truppen einleiteten, nachdem man in der neu gegründeten DDR die Militarisierung von „Betriebskampftruppen“ und „Bewaffneter Volkspolizei“ in Richtung NVA längst vorangetrieben hatte.

Der Niedergang des kommunistischen Systems wurde schon 1952 von George Kennan vorausgesagt, war ein schleichender Prozess, der Mitte der 1970er-Jahre einsetzte, und sich deutlich zeigte, als Tschernenko und dann Gorbatschow den Staat übernahmen und Letzterer vergeblich versuchte, die extrem hohen und den Staat ruinierenden Rüstungsausgaben zurückzudrängen. Aber es war bereits zu spät. 1989 war klar, dass der Westen den Kalten Krieg gewonnen hatte.

Aber dieser „Sieg“ führte im Westen, außer der Genugtuung über das Ende der Sowjetunion und des Warschauer Paktes, neben der eingeforderten „Friedensdividende“ (Abbau der Streitkräfte und Verringerung der Verteidigungsbudgets) und der erfolgten Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten (die in weiterer Folge der Bundesrepublik Deutschland nach groben Schätzungen bisher bis zu 1,6 Billionen Euro abverlangte) umgehend zu Debatten über die Zukunft Europas.

Frankreich, Großbritannien und Italien warnten plötzlich vor der deutschen Wiedervereinigung und vor einer Verschiebung des geostrategischen Gleichgewichtes, doch setzten sich im Westen die USA (Außenminister James Baker) rasch zugunsten Deutschlands durch, denn die geopolitische Chance einer völligen Auflösung des kommunistischen Lagers und Ausdehnung der demokratischen Idee musste

genützt werden. Die USA agierten einmal bilateral, um den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung voll mitzutragen, dann geopolitisch bzw. bündnispolitisch, weil damit der sowjetische Einfluss aus Europa verringert werden konnte, und geostrategisch, weil auch ein Abfall der Baltischen Staaten, von Belarus und der Ukraine nicht ausgeschlossen werden konnte, womit Moskau auf Dauer jede Offensivfähigkeit gegenüber Europa einbüßen würde. Nur Präsident Mitterrand wollte die Stationierung sowjetisch/russischer Truppen auf dem Boden der nicht mehr existierenden DDR, was Polen zu scharfen Protesten und überdies zu einer völligen Annäherung an Washington veranlasste. Gorbatschow lehnte Mitterrands Wunsch umgehend ab. Margaret Thatcher wandte sich ebenfalls gegen die deutsche Wiedervereinigung, wie auch Italiens Ministerpräsident Andreotti und niederländische Politiker, aber London schwenkte dann auf die Linie Washingtons ein.

Diverse Kommentatoren forderten, man solle die Sowjetunion in eine neue globale Sicherheitsarchitektur („Von Vancouver bis Wladiwostok“ bzw. „von Irland bis zum Ural“) einbinden. Neben parallel laufenden zahlreichen amerikanisch-sowjetischen Gesprächen und der Finanzierung der sowjetischen Atomwaffensicherheitssysteme, dem Kauf von Uran und Plutonium durch die USA und der Rückführung der strategischen und taktischen A-Waffen vom Boden der sich unabhängig erklärenden Staaten auf den Boden Russlands, erging sich der sowjetische Generalstab in weiteren Drohungen gegen den Westen und plante weiterhin Militäroperationen des nicht mehr vorhandenen Warschauer Paktes gegen Westeuropa. Gleichzeitig befanden sich die sowjetischen Streitkräfte in einer weitgehenden Auflösung, und mehrere bewaffnete Konflikte an der Peripherie begleiteten die Auflösung der UdSSR.

Das KSZE-Gipfeltreffen in Paris vom 19. bis 21. November 1990 (Joint Declaration of 22 States - „Charter of Paris for a New Europe“) vereinigte alle Staaten der NATO und des sich gerade auflösenden Warschauer Paktes, um den zukünftigen Weg der europäischen Sicherheit gemeinsam zu bestimmen und durch einen „Vertrag“ festzulegen, aber tonangebend waren bereits die USA. Alle Teilnehmerstaaten bekräftigten Gewaltverzicht, die Einhaltung der UNO-Charta, der Schlussakte und Prinzipien von Helsinki und die Einhaltung des KSE-Vertrages (mit den Obergrenzen für konventionelle Streitkräfte). Außerdem wurde die Einleitung der Open Skies-Verhandlungen (als unabdingbare „Vertrauensbildende Maßnahme“) beschlossen. Die KSZE-Konferenzserie wurde nach Wien vergeben; alle Staaten bekannten sich zu Frieden und Stabilität. Die damals eher in Richtung Konsens mit dem Westen ausgerichtete russische Außenpolitik (Gorbatschow dann Jelzin, Schewardnadse dann Kosyrew) schuf für beide Seiten ein historisch einmaliges „Window of Opportunity“.

Einige meinten (auch in Wien, dem Sitz der KSZE), man solle die KSZE als gemeinsame Dachorganisation über die NATO und den sich bereits auflösenden Warschauer Pakt setzen, was umgehend Proteste seitens Polens und Ungarns auslöste. Die damalige Bedeutung der KSZE kann man aus mehreren Papieren herauslesen, die seitens der Europäischen Gemeinschaft (EG) und NATO zwischen 1990 und 1991 verfasst worden waren.¹⁾ Schon 1990 wurde im Rahmen der KSZE das Conflict Prevention Center (CPC) eingerichtet, das in weiterer Folge Anstöße für derartige Einrichtungen in

vielen Staaten gab, so auch in Österreich. Das CPC wurde erstmals im Zuge der Georgien-Krise aktiv, erwies sich aber bereits damals als nicht handlungsfähig.²⁾ Paris kann man auch als Endpunkt der seit Helsinki 1977 geführten Debatte über eine „Europäische Sicherheitsarchitektur“ sehen, womit auch die seit 1986 laufend vorgetragenen irrealen sowjetischen Vorschläge für ein „Gemeinsames Haus Europa“ (ohne die USA, ohne NATO) beendet worden waren.

Es gab in Großbritannien (unbedingte Annäherung an die USA), Frankreich (Auflösung der NATO) und in Deutschland (Treue zu den USA, Beibehaltung der NATO, aber auch Kooperation mit Russland) unterschiedliche geopolitische Richtungen, beginnend von einer „Fortress Europe“, einem „eurasischen“ Zusammengehen mit einem demokratischen Russland, bis hin zur französischen Idee einer „Entlassung der USA“ aus Europa. Schon um 1986 gab es in der „Eurasischen Schule“ Anhänger eines Paktes mit Russland: Europa hätte das Know-how, Russland die Energie und Rohstoffe; Russland würde China in Schach halten und die vorgesehene EU-Streitmacht (mit Atomwaffen) Russland.

Die französische Haltung gegenüber der deutschen Wiedervereinigung, samt dem geforderten weiteren Verbleib russischer Truppen auf deutschem Boden und damit auch in Polen, schuf einen bleibenden Bruch in Europa, weil die Staaten des ehemaligen Warschauer Paktes nun Zweifel am Willen Europas hatten, diesen im Falle russischer Übergriffe beizustehen. Damit verursachte Frankreich eine sicherheitspolitische Trennung Europas in Staaten mit einer Pro-USA-Ausrichtung (v.a. jene des ehemaligen Warschauer Paktes und der Baltischen Staaten) und der von Frankreich sicherheitspolitisch dominierten restlichen EG. Frankreichs Haltung belastete das deutsch-französische Verhältnis, weitere Dissonanzen sollten folgen.

Eine Auflösung der NATO kam für Washington nicht in Frage, und besonnene Kräfte in Europa wie Margaret Thatcher, Helmut Kohl, Helmut Schmidt, Hans-Dietrich Genscher sowie Kommentare in maßgeblichen Massenmedien mahnten, nicht die historischen Erfahrungen zu vergessen; Momentaufnahmen eignen sich nicht für riskante Entschlüsse betreffend die langfristige Sicherheit Europas. Einige warnten vor einer im 21. Jahrhundert kommenden russischen Aggressionspolitik, etwa zur Wiederherstellung der Grenzen der UdSSR (was ja in Moskau einige lautstark bis zum heutigen Tag fordern), wie auch vor den negativen demographischen Entwicklungen. Die NATO sei ein funktionierendes Sicherheitssystem, gäbe man dieses auf, fälle man in das Jahr 1939 zurück.

Der Krieg in Jugoslawien schuf mehrere neue Staaten: Die USA, Italien, Österreich, Ungarn und v.a. die Bundesrepublik Deutschland befürworteten die umgehende Anerkennung von Kroatien und Slowenien, waren daher nicht der Linie Frankreichs gefolgt, das Jugoslawien (im Gegensatz zu Moskau und Washington) erhalten und die Unabhängigkeit anstrebenden Völker bevormunden wollte, war doch dieser 1918 geschaffene Staat eine Konstruktion gewesen, um Österreich-Ungarn zerschlagen zu können.

Europa und die NATO: Fehlender Gleichklang

Der Zerfall der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sowie der Bürgerkrieg in Jugoslawien wie auch das Entstehen zahlreicher neuer Staaten von Slowenien über Mazedonien bis Zentralasien, wie auch der sich ankündigende Zerfall der Tschechoslowakei machten es geboten, beim NATO-Gipfel in Rom im November 1991 die aus dem Ruder laufenden Entwicklungen einzufangen; einige meinten, das auf den historischen Kern reduzierte Russland würde in mehrere Teile weiter zerfallen.

Damit verschwand auch der Begriff „Europäische Sicherheitsarchitektur“ aus dem europäischen und NATO-Vokabular, und es folgte der Begriff „Stabilitätspakt“. Dieser bestand aus den USA (als unmittelbarer Sicherheitspartner Europas), der NATO, der EG, der nun 54 Mitglieder umfassenden KSZE, der noch immer existierenden WEU und dem Europarat. Dieser Bestand war durch die NATO abgesichert, etwas anderes gab es nicht. Man betonte geflissentlich die Bedeutung von UNO, Gewaltverzicht, Verringerung der Streitkräfte in Europa (bereits unterhalb der KSE-Grenzen liegend) und der sich um 80% verringern den Zahl der Atomwaffen der NATO.³⁾ Schon damals war erkennbar, dass die europäischen NATO-Staaten meinten, mögliche militärische Auseinandersetzungen in Europa seien nun undenkbar geworden, Europa sei vielmehr ein „Friedensprojekt“.

Die Reform der NATO war durch die London Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance (Juli 1990) beschlossen worden und sah Maßnahmen für eine Verkleinerung der Führungsstrukturen vor; weitere sollten folgen. Die neuen Entwicklungen waren seitens der NATO durch das Alliance's Strategic Concept (Rom, November 1991) sicherheitspolitisch abgesichert, auch, weil die Entwicklungen in der Russischen Föderation (als Rechtsnachfolger der Sowjetunion) und in Belarus und der Ukraine noch völlig offen waren und Russland gerade eine Konfrontation mit Georgien suchte. In Rom wurde neben der NATO-Strategie auch die Rome Declaration on Peace and Cooperation beschlossen. In diesem Dokument fand sich im Abschnitt 6 die „European Security Identity“ (ESD), die am Anfang von einem Dutzend ähnlicher Begriffsschöpfungen stand.⁴⁾ In einer atypisch komplex konstruierten Erklärung wurde diese so beschrieben: „*We have agreed, in parallel with the emergence and development of a European security identity and defense role, to enhance the essential transatlantic link that the Alliance guarantees and fully maintains the strategic unity and indivisibility of security of all our members.*“

Mit der Einrichtung des North Atlantic Cooperation Council (NACC) Ende Dezember 1991 und dem Beitritt aller ehemaligen Republiken der Sowjetunion zu diesem gab es nun neben der KSZE eine zweite permanente Einrichtung für Ost-West-Konsultationen. Der NACC befasste sich mit Fragen der Rüstungskontrolle, (sicherheits-)politischen Fragen, Umweltangelegenheiten, Wirtschaftskooperation, Vertrauensbildenden Maßnahmen, A-Waffen, Notstandsplanung, Luftverkehr etc. Mit dem NATO-Russia Council (NRC) und der NATO Ukraine Commission (NUC) wurden für beide Staaten besondere Foren geschaffen, wobei jenes mit Russland durch die später einsetzende antagonistische Position Moskaus gegenüber der NATO ohne die erwarteten Ergebnisse blieb.

Österreich reagierte auf diese Veränderungen sehr rasch. Im Frühjahr 1991 wurde unter Federführung von Univ. Prof. Heinrich Schneider vom BMLV der Bericht an die Bundesregierung „Sicherheitspolitisches Umfeld und Streitkräfteentwicklung“ verfasst und bereits im Juni fertig gestellt.⁵⁾ Für die Regierung tauchten Fragen betreffend den Staatsvertrag (Außerkräftsetzung oder einseitige Streichung diverser Artikel), den Wegfall der Neutralität und eines NATO-Beitrittes auf. Von russischer Seite sah man damals für einen solchen Weg Österreichs keine Probleme.

Der Maastrichter Vertrag von 1991 wies im Titel V (in Anlehnung an den Artikel 5 des NATO-Vertrages) die Verteidigung Europas der Atlantischen Allianz zu, mit umfassender Beteiligung der EG. Das war zunächst NATO-orientiert, aber gleichzeitig eröffnete es eigene europäische Sicherheitsoptionen, wenngleich mit unklaren Ausrichtungen. Eine weitere Diffusion ergab sich durch das Petersberg-Abkommen von 1991, das humanitäre Aufgaben, Rettungseinsätze, Peace Keeping, Peace Making, Rüstungskontrolle, Abrüstung und Konfliktverhütung für die EG vorsah, womit die Verteidigung Europas und „Kriegführen“ der NATO verblieb. Überlagerten oder konkurrierten sich nun Maastricht und Petersberg, NATO und eine kommende „Europa-Armee“?

Die auf George W.H. Bush folgende Regierung Clinton agierte politisch und strategisch ident und hatte die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Portugal, Spanien und die Türkei in Richtung einer uneingeschränkten Beibehaltung der NATO ausgerichtet. Madeline Albright meinte 1998 bei der NATO-Tagung an die Adresse Frankreichs: „*We don't need the three Ds of NATO, which is no diminution of NATO, no discrimination and no duplication - because I think that we don't need any of those three Ds to happen.*“

Für das amerikanisch-europäische Verhältnis ergaben sich jedoch immer weniger Themen; die Dürftigkeit der laufenden US-EU-Gipfel war keine Überraschung, alle offenen Fragen wurden bilateral oder in der NATO behandelt. Die Protokolle zeigen die laufende Wiederkehr von Standardthemen wie Frieden, Freiheit, Förderung von Demokratie und Menschenrechten, Wirtschaft und Terrorbekämpfung.

Die NATO-Erweiterung und die Partnership for Peace

Mit der im Herbst 1992 von Joseph John Kruzal, MajGen, USAF ret., Univ.Prof. und Diplomat, skizzierten Partnership for Peace (PfP), als Instrument für eine NATO-Erweiterung, wurde ein Modell geschaffen, um anderen Staaten im euro-atlantischen Raum eine NATO-Mitgliedschaft anzubieten. Das Modell wurde bei der NATO-Tagung in Travemünde im Oktober 1993 vorgestellt, erneut dann bereits durchgeplant im Jänner 1994. Das PfP-Programm hatte eine Reihe von Kernthemen wie Demokratisierung, Konsultationsprozesse, Kompatibilität und Interoperabilität der Streitkräfte (Führung, Führungsmittel, Führungsverfahren, Logistik), Transparenz der Verteidigungsplanung, Kooperationen bei der Ausbildung, Durchführung humanitärer Operationen und später auch gemeinsame Kampfeinsätze, ein „Code of Conduct“, den Planning and Review Process (PARP und später Extended PARP) und das NATO Status of Forces Agreement (SOFA). Der erste Entwurf eines PfP-Modells war das Individual Partnership Program für Ungarn.

Die USA luden alle Nicht-NATO-Staaten in Europa ein, dem PfP-Programm beizutreten, dann auch alle Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Damit kam es auch innerhalb der PfP zu drei verschiedenen Gruppen von Staaten: Jene, die NATO-Mitglieder werden wollten, solche, die als PfP-Mitglieder nur eine engere Anbindung an den Westen und die NATO suchten, und dann Staaten, die nur rudimentär an den NATO-Programmen teilnehmen wollten. Man war auch der Meinung, die EU und die NATO (Österreich war mit 26. Februar 1995 Mitglied der PfP geworden, allerdings erst nachdem Russland Mitglied geworden war) würden vieles vorgeben, auch die Höhe des Verteidigungsbudgets. Österreich diskutierte auch einen NATO-Beitritt, was wiederum Kommentare über die zu erwartenden Kosten auslöste (die, wie zu erwarten, falsch waren). Hatte die KSZE bereits durch das NACC einen Großteil ihrer Kompetenzen verloren, entzog deren Neuausrichtung als Euro-Atlantic Partnership Council

(EAPC) vom Mai 1997 der 1995 zur OSZE mutierten KSZE die Geschäftsgrundlage.

Frankreichs Sonderweg: ESVP und Helsinki Headline Goal

Hatte Frankreich nach 1966 den Zusammenhalt der NATO vorsätzlich politisch gestört und durch unklare Aussagen auch für den Kriegsfall eine Teilnahme in Frage gestellt, wurde es nun treibende Kraft einer „Militarisierung“ der EU.⁶ Dafür bot sich die Wiederbelebung der WEU an, in der Österreich einen Beobachterstatus erhielt, obwohl die WEU ab 1998 aufzulösen gewesen wäre.

1990 waren die französischen Atomwaffen in dem neuen europäischen Umfeld zwar irrelevant geworden, die A-Waffentests 1995/96 wurden als Vorbeugung gegen „mögliche Gefahren aus dem Osten“ betrachtet, was vieles einschloss und Verwunderung auslöste. Es gab 1992 sogar die Vorstellung, Bonn könne beim Einsatz französischer A-Waffen mitreden. Deutschland war wirtschaftlich Frankreich immer weiter davongeeilt und wurde für die USA neben Großbritannien zum wichtigsten Partner in Europa. Frankreich hatte außerdem erkannt, dass die NATO-Erweiterung auch gegen den Widerstand Frankreichs zustande kommen würde.⁷ Dennoch kritisierte man die Erweiterung der NATO und die PfP. Die Haltung Frankreichs zur NATO war insofern unklar, als Paris 1995 in Berlin die Rückkehr in die militärische Organisation der NATO zugesagt hatte, 1997 diese aber mit neuen Bedingungen verknüpfte. Diverse NATO-Staaten (Türkei, Italien, Spanien, Deutschland) waren allerdings nicht bereit, französische Forderungen wie einen europäischen NATO-Oberbefehlshaber, mehr französische Befehlshaber, Trennung von europäischer NATO und Atlantischer Allianz mitzutragen.

Die NATO hatte in Berlin zugestimmt, dass die WEU den Kern für eine European Security and Defence Identity bilden sollte, und Paris versuchte umgehend auch eine WEU-„Osterweiterung“ durchzusetzen, die jedoch scheiterte; es scheiterte auch die Unterstellung des kaum mehr relevanten Eurokorps, das bei der NATO verblieb.

Außerdem trat ein, was Experten bereits bei der Sicherheitskonferenz in Innsbruck 1995 aufgezeigt hatten, nämlich, dass die NATO zwar den Kalten Krieg gewonnen habe, aber Russland mit der zunehmenden Energieabhängigkeit Europas dieses erpressen könne. Wie passen Energieabhängigkeit und Erpressbarkeit und NATO-Mitgliedschaft zusammen? Der Stv. Außenminister Wladimir Chizow drohte 2004 der EU, dass Russland sehr wohl ein Mitspracherecht in der europäischen Politik habe; einige europäische Politiker hätten das noch nicht ganz mitbekommen.⁸ Solche Rhetorik beeindruckte aber weder Chirac noch Gerhard Schröder. In Schröder fand Chirac einen Partner, der bereit war, die anti-amerikanische Politik Frankreichs mitzutragen und Putin entgegenzukommen. Chirac erzeugte damit erneut einen Bruch innerhalb der EU und NATO. Diese keineswegs mit der EU akkordierte Politik weckte bei den ehemaligen Staaten des Warschauer Paktes berechtigte Zweifel an der Zuverlässigkeit der EU; Bedenken gab es in den Baltischen Staaten und in Polen, waren doch gegen diese immer wieder russische Drohungen gerichtet.

Das ist die Erbünde der europäischen Sicherheitspolitik, die letztlich auch das Scheitern der ESVP/GASP mit verursachte. Viele europäische Politiker ignorieren russische Drohungen wie auch Fragen betreffend Moldawien und Georgien; man sah zu, wie Russland Staaten untersagte, mit europäischen Energiekonzernen Lieferabkommen zu schließen. Erst mit Sarkozy kam es zu einem völligen Richtungswechsel der französischen Politik. Für die NATO und für Washington entsteht aber das Problem, dass Regierungswechsel oft eine totale Kehrtwende in der nationalen Sicherheitspolitik mit sich bringen, was sich etwa im Irak und in Afghanistan zeigte, als neue Regierungen ihre von der vorherigen Regierung entsandten Truppen wieder abzogen.

Die EU Rapid Reaction Force

Seit dem Vertrag von Maastricht (1991), dem auch Österreich vollinhaltlich beitreten musste war klar, dass sich EU-Europa in Richtung einer gemeinsamen Sicherheitspolitik bewegte. Chirac setzte damit die unilaterale Politik fort, forderte eine Europäische Verfassung und plante, die Sicherheitspolitik der EU völlig außerhalb der NATO zu realisieren, was eine Abkehr vom Maastrichter Vertrag bedeutete und in London und anderen Staaten auf Widerstand stieß. Es kam zwar zu einer Anpassung an NATO-Führungsgrundlagen (ein Alleingang hier wäre wohl absurd gewesen), aber zur Forderung der Realisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP, der „2. Säule“ der EU), samt der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die nach Amsterdam 1997, Köln 1999, Helsinki 1999 und Nizza 2000 nun vor der Realisierung standen.⁹

Kaum hatte die NATO die Response Force beschlossen, zogen Frankreich und im Schlepptau Deutschland mit der EU-Rapid Reaction Force (ERRF, geführt vom EU Military Staff) und dem Helsinki Headline Goal von 1999 nach. Man sah eine 60.000 Mann starke europäische Interventionsstreitmacht für „Out of Area“-Einsätze vor (15 Brigaden, 400 Flugzeuge, 100 Schiffe); diese sollte im Umkreis von 4.000 (6.000) km¹⁰ „um Europa“ herum durch freiwillige Teilnahme zum Einsatz kommen; alle EU-Staaten sollten einen finanziellen Beitrag leisten. Rechnet man die Logistikteile mit ein und zwei Rotationen dazu, hätte die EU für einen über 18 Monate gehenden vollen Einsatz rund 350.000 Mann aufwenden müssen, und diese waren 2006 nicht mehr vorhanden. Frankreich forderte daher die Unterstellung von NATO-Kräften und Technik, was einige Staaten zunächst ablehnten, ehe man sich 2003 auf die „Berlin Plus“-Formel einigte (Unterstützung bei der Einsatzplanung und strategische und technische Unterstützung, um die 42 „shortfalls“ zumindest teilweise auszugleichen).¹¹

Von der NATO hatte sich Österreich aufgrund politischer Vorgaben 2002 wegbewegt, und man löste im BMLV sogar das zuständige Referat auf. Man hatte in den 1990er-Jahren zweimal einen NATO-Beitritt überlegt, schwenkte aber voll auf die EU um.¹² Das BMLV plante nunmehr für die ERRF umgehend einen Pool mit rund 4.200 Mann („Brigadeäquivalent“) für mögliche Einsätze, dazu sechs Jagdflugzeuge und vier Hubschrauber.¹³

Wo sollte das ERRF eingesetzt werden? Genannt wurden Afrika, die Regionen Schwarzes Meer und Kaukasus. Es sickerte durch, dass man in Paris v.a. Afrika im Auge hatte, und ein Einsatz in Osteuropa hätte eine Konfrontation mit Moskau bedeutet. Solche Einsätze waren (im Gegensatz zur GASP) mit dem deutschen Grundgesetz nicht vereinbar und entsprachen auch nicht deutschen Interessen.¹⁴ Mehrere Staaten zeigten keine Bereitschaft Kampfeinsätze mitzutragen, andere verlangten vorab eine UNO-Sicherheitsrats-Resolution. Beklagt wurde auch die Unschärfe der Europäischen Sicherheitsstrategie für das 21. Jahrhundert, deren Fassung vom Dezember 2003 noch unverbindlicher

war als jene vom Juni 2003.¹⁵⁾ Das alles bedeutete aber letztlich einen erneuten Bruch im Verhältnis USA-NATO-EU.¹⁶⁾ Es gibt daher bis heute keinerlei politische oder militärische Kooperation zwischen EU und NATO, was auch der österreichische Botschafter bei der NATO, Karl Schramek, am 3. Juni 2012 bei einer Enquete im Parlament in Wien feststellte.

Ja zu den Battle Groups, aber Scheu vor „Battle“

Eine vorgesehene EU-Streitkräfteintegration, wie vor Jahren noch angestrebt, war bei divergierenden Interessen und unterschiedlicher Ausrüstung und divergierenden politischen Zielsetzungen eher unrealisierbar.¹⁷⁾ In der NATO und in der EU fanden sich, neben der Dichotomie von NATO und EU, nunmehr zwei Typen von Streitkräften: kleine Berufssarmeen (mit teilweise Fehlen ausreichend schwerer Waffen und fehlenden Luftunterstützungselementen) oder schlecht ausgebildete Wehrpflichtigenkontingente mit sehr kurzen Ausbildungs- und Präsenzzeiten mit den gleichen Defiziten. Was der ERRF half, war die bereits erreichte Interoperabilität, die sich durch die NATO Standardization Agreements (STANAG) und PfP-Homogenisierungen ergab. Die EU plante daher 2004, aufgrund eines französisch-britischen Vorschlages, statt der nun aufgegebenen ERRF unter dem Titel Helsinki Headline Goal 2010 13, dann 19 so genannte Tactical Groups, die dann als Battle Groups (BG) bezeichnet wurden.¹⁸⁾

Die kurze Entsendung einer Militärmission unter dem Namen Artémis im Jahre 2003 in die Republik Kongo, wie auch die mühsame Zusammenstellung der Ad-hoc-BG für den Kongo-Einsatz im Sommer 2006, zeigten das Problem multinationaler Einsätze und von BGs generell auf. Es sind immer nur zwei BGs (unter Führung einer „Framework Nation“) einsatzbereit, was deren Einsatz zum Risiko macht; sollten rasch Verstärkungen („Follow On Force“) erforderlich oder eine Exit-Operation zwingend werden, stellen sich unter hohem Zeitdruck mehrere politische und strategisch-operative Fragen. Die Logistik über große Distanzen erfordert Zwischenlandeplätze; Kampfeinsätze sind nicht auszuschließen.¹⁹⁾ Das könnte einen NATO-Einsatz erforderlich machen.

Der Einsatz von BGs oder ähnlichen Verbänden erfordert von den teilnehmenden Staaten Einstimmigkeit, politische und mediale Überzeugungsarbeit, oder geht oft nur mit freiwilliger Beteiligung wie beim Tschad-Einsatz (2008-2009).²⁰⁾ Eine Hauptschwäche der national gemischten BGs ist der Zwang, bei Einsätzen entweder mitzumachen oder deren Einsatz durch Herausziehen des nationalen Kontingents zu Fall zu bringen. Ein weiteres Problem ist die Tatsache, dass solche Einsätze nie auf wenige Monate beschränkt sind. De facto konkurrieren heute Einsätze der USA mit Koalitionspartnern, UNO-Missionen, NATO-Einsätzen, den (noch nicht eingesetzten) EU-BGs, Ad-hoc-Missionen (wie in Haiti oder Ost-Timor), Einsätzen der Afrikanischen Union und solchen unter russischer Führung.

Im Zusammenhang mit der Lagebeurteilung wurde in Brüssel das in der WEU eingerichtete WEU Situation Center 1999 der EU übergeben und zum EU Joint Situation Center; es steht dem EU Military Staff zur Verfügung und inkludiert das Single Intelligence Analysis Center.²¹⁾

Das Ende von ESVP und GASP/GSVP?

Die Probleme der EU sind einmal interner Natur (fehlender Zusammenhalt, selbst verschuldete Wirtschafts- und Währungsprobleme, hohe Staatsverschuldungen, fehlende Legitimation vieler EU-Einrichtungen, demographische Entwicklung, Arbeitslosigkeit, falsche Konstruktion der EU) und dann auch externer Natur, wie sicherheitspolitischer Unilateralismus der EU-Staaten, Versagen und Desinteresse der europäischen Politik an sicherheitspolitischen Themen. Außerdem: Wenn NGOs das Risiko eingehen, sich in Kampfgebieten zu engagieren, können sie nicht damit rechnen, von militärischen Kräften der EU geschützt zu werden.

War man 2002 betreffend ESVP, GSVP und GASP (in den Unterlagen oft synonym verwendet) noch voller Euphorie, war bereits 2005 deutlich erkennbar, dass es Probleme bei der Realisierung gab. Zwar meinten einige Autoren, dies sei eben die Folge des Irakkrieges, der USA-Orientierung einiger EU-Staaten oder von Führungsschwächen der europäischen Politik,²²⁾ aber es war klar, dass die Budgetsituation in der EU nur mehr erlaubte die NATO am Leben zu erhalten und sich auf kleine nationale Streitkräfte zurückzuziehen, wobei einige Staaten auf Panzer, Artillerie, Kampfflugzeuge, Pioniere oder Kriegsschiffe völlig verzichteten und nicht einmal für Pooling-Vorhaben noch Kontingente vorhanden waren, sieht man von Transportflugzeugen ab (European Airlift Centre).

Daher werden immer wieder Ersatzkooperationen eingegangen, so zwischen Frankreich und Großbritannien, zwischen Frankreich, Belgien und Deutschland, unter den skandinavischen Staaten oder den Visegrad-Staaten. Immer wieder werden in Europa „EU-Spaltungs-Gipfel“ geplant, die aber ohne Ergebnis enden, weil es zu starke Interessensgegensätze und keine Budgetmittel gibt.

Libyen, Syrien und die handlungsunfähige UNO

Als der „Arabische Frühling“ ausbrach, waren als Steuerungselement im Hintergrund allein die USA erkennbar, wobei das Weiße Haus, das Pentagon und das State Department oft unterschiedlicher Einschätzung waren, aber dennoch nie das Ziel aus den Augen verloren und es schafften, in Ägypten den engen Kontakt zum Militär und den politischen Kräften aufrechtzuerhalten, waren doch an der Spitze der Moslem-Bruderschaft Politiker, die in den USA studiert und die Kontakte zu den USA nie aufgegeben hatten. Wichtig waren die Unterstützung pro-westlicher bzw. liberaler Kräfte (soweit vorhanden) in Tunesien, Oman, Bahrain und Jemen und die Sicherung amerikanischer Stützpunkte und die Bekämpfung terroristischer und radikaler Kräfte in Afrika und im Nahen Osten wie auch die Eindämmung des Irans, eine Kette von Initiativen die die europäischen Staaten nicht ergreifen konnten und wollten.

Die EG bzw. die EU war bei den internationalen Krisen seit 1990 kaum vernehmbar, und im Falle von Libyen und Syrien war man außer zu Sanktionen - die man erst verhängte, nachdem die USA diese beschlossen hatten - nicht zum Handeln fähig. Beim amerikanisch-britisch-französischen Vorgehen gegen Libyen 2011 gab es in der EU immerhin Stimmen, die meinten, ein zweites Libyen (eine NATO-Operation mit beschränkter Teilnehme europäischer Staaten, aber umfassender Teilnahme von Staaten im Nahen Osten, die mit Frankreich und den USA befreundet sind) dürfe es nicht mehr geben, denn das wäre das absolute Ende der GASP. Die EU wurde bei Versuchen, zumindest Beobachter zu senden und humanitäre Hilfe zu leisten, regelrecht ausgeladen.

Und dann kam Syrien, und die bis heute rund 50.000 Tote in diesem Land sind eine Warnung an all jene Staaten die meinen, der UNO-SR würde durch Resolutionen kriegerische Auseinandersetzungen beenden und man könne nationale Sicherheitspolitik auf Resolutionen und ein Krisenmanagement abstützen. Es zeigt sich, dass Krisenmanagement eine Fiktion ist - siehe etwa Georgien, Liberia, Jugoslawien, Kambodscha, Kongo, Nepal, Ruanda, Somalia, Sri Lanka, das Kurdenproblem oder die Westsahara.

Dass Syrien einen Wendepunkt auch im Völkerrecht mit sich bringt, wird man noch zu spüren bekommen, weil nun der Art. 2 der UNO-Charta (Souveränität) wieder über den acht UNO-Menschenrechtsabkommen rangiert, sich die chinesisch-russische Position gegen die westliche durchsetzen konnte, ein Prozess, der sich ja in vielen Teilen der Welt längst manifestiert hat. Gab es früher geradezu eine Pflicht zur Intervention, um solche Rechte gegenüber dem Souveränitätsvorbehalt durchzusetzen, ist dieser Ansatz völkerrechtlich wieder umstritten, vielleicht sogar hinfällig geworden.

Das Versagen der UNO hat auch Auswirkungen auf die EU, den Vertrag von Lissabon, die nationale Sicherheitspolitik, auch auf die noch immer in Bearbeitung stehende Sicherheitsstrategie der Republik Österreich, die an diesen Fakten nicht vorbeigehen kann. Auch das Schweigen der meisten EU-Staaten zu den Vorgängen in Syrien ist bemerkenswert.

Es ist eine Erkenntnis seit dem Vietnamkrieg, dass Nation Building-Programme, egal unter welchem Namen, nichts bringen. Auch der Begriff Comprehensive Approach ist eine Leerformel, wenn die Bevölkerung wie in Afghanistan Veränderungen nicht mitträgt.²³⁾ Die US-Regierung hat daher erneut erklärt, dass sie Nation Building-Programme nur dann und dort finanziert, wo ein eindeutiger Erfolg (kontrollierbar) möglich ist.

2012: Der NATO-Gipfel von Chicago und die Hinwendung zur NATO

Im Dezember 2011 hatte das State Department an die NATO-Mitgliedstaaten, die PfP-Staaten, die EU, den Generalsekretär der UNO, an diverse befreundete Staaten der USA (Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Jordanien, Marokko, Katar, Irak, Afghanistan) die Tagesordnung und Einladungen zur Teilnahme an der NATO-Tagung in Chicago ausgesandt.²⁴⁾ Es war klar, dass US-Präsident Obama angesichts der Hinwendung zu Ostasien in Europa die NATO aufwerten und sich die USA um neue Verbündete bemühen würden. Damit ist geopolitisch eine klare Linie gegenüber Russland vorgezeichnet. Was den Iran betrifft, wird man auf Verhandlungen setzen, weil der Schuldenabbau erste Priorität hat und das Containment von China durch die freundschaftlichen Beziehungen zu Vietnam und neuen Beziehungen zu Laos und Burma abgeschlossen werden kann. Hinzu kommt, dass China seine Gangart gegenüber Nordkorea verschärft hat und die Regierung dort gerade jetzt einen Richtungswechsel vorbereitet.

Auch die Reform der PfP war seit Jahren seitens Washingtons angesagt und wurde in der ÖMZ schon früher angesprochen; die Ausweitung der PfP auf eine „Global Partnership“ wurde seit dem Irakkrieg thematisiert; erste Schritte waren durch Coalitions of the Willing längst umgesetzt. Dass man in Washington den Kreis der verlässlichen und befreundeten

PfP-Staaten auf Finnland, Österreich, Schweden und die Schweiz ausweitete, ist einmal eine Folge der Hinwendung der europäischen Nicht-NATO-Mitglieder zu einer engeren Kooperation mit den USA und mit der NATO, dann auch eine Wiederentdeckung von vielen politischen, historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten sowie persönlichen Bindungen. Somit findet sich Österreich plötzlich in einem engen Kreis von PfP-Staaten, auf die die USA und NATO stärker bauen werden.

Chicago ist aber auch eine sicherheitspolitische Reaktion auf die Defizite der EU, deren Behebung nicht absehbar ist. ■

ANMERKUNGEN:

- 1) So etwa in der London Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance, London, 5.-6. July, 1990, in der die CSCE 21 mal genannt wird; in der Rome Declaration on Peace and Cooperation, 7-8. Nov. 1991 noch 26 mal, in späteren Dokumenten nur mehr einmal oder gar nicht mehr.
- 2) Das BMLV hatte auf Ersuchen des BMaA drei Experten der KSZE zugeteilt, und zwar Dr. Wilfried Aichinger, DDR, Heinz Vetschera und den Verfasser dieses Berichtes; diese Beamten unterstanden einmal der BMLV/Auslandsabteilung (anfängs Bgdr Wolfgang Plasche) und im BMaA der Abt II.7 (anfängs Botschafter Vukovich).
- 3) Zur Entwicklung zwischen 1990 und 1997 siehe u.a. Günter Höfler: NATO neu - eine Allianz im Wandel, ÖMZ 3/98, S.247-260.
- 4) European Security Policy, Common European Defense, Common Foreign and Security Policy, European Security Initiative, Comprehensive European Defense Initiative, European Security and Defense Identity, European Security and Defense Policy, European Capabilities Action Plan, Common Security and Defence Policy.
- 5) Maßgebliche weitere Mitarbeiter waren Botschafter Heinrich Gleissner, BMaA, Bgdr Christian Clausen, Mag. Gustav Gustenau, Bgdr Wilhelm Lachnit, Botschafter Stefan Lehne, Bgdr Simon Palmisano, Dr. Wilhelm Sandrissner, Botschafter Ernst Sucharipa, Univ.Porf. Karl Zemanek etc. Der Verfasser schrieb das Kapitel 4, Das bilaterale Verhältnis USA-Sowjetunion.
- 6) Jean-Pierre Froehly: Frankreichs neue NATO-Politik, ÖMZ 3/98, S.261-274.
- 7) Frankreich hatte erkannt, dass die Osterweiterung der NATO die forcierte (WEU-) europäische Lösung der ESVI unterlaufen würde.
- 8) Rede von Chizow in Berlin am 13. April 2004; www.russiaeu.org/pr13-04.htm
- 9) Friedrich Korkisch: Die Sicherheitspolitik Österreichs. Unklare Rahmenbedingungen, ÖMZ 5/2006, S.613-616.
- 10) Beide Zahlen wurden in offiziellen Dokumenten genannt.
- 11) DIRECTORATE-GENERAL FOR EXTERNAL POLICIES OF THE UNION DIRECTORATE B - POLICY DEPARTMENT - NOTE, The European Security and Defence Policy: from the Helsinki Headline Goal to the EU Battlegroups.
- 12) Möglicherweise war der außenpolitische und sicherheitspolitische Schwenk Österreichs auf EU-Linie auch eine Folge der Sanktionen von 2000 als Folge der ÖVP-FPÖ-Koalition, eine Frage, die Historiker zu beantworten haben werden. Typisch war etwa die Umbenennung des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten, wie auch eine pro-russische Außenpolitik und zunehmende Kritik an den USA, was amerikanische Diplomaten in Wien beklagten, die über Verzögerungen bei Akkreditierungen und eine kühle Atmosphäre bei offiziellen Anlässen berichteten.
- 13) Siehe Kräfte für internationale Operationen. Grundlagen und Grundsätze für die Aufstellung. BMLV GZ 64.402/29-5-6/00, vom 29. Juni 2000.
- 14) Eine umfassende sicherheitspolitische Analyse deutscher Politik in NATO und EU bringt Dieter Farwick: Wege ins Abseits. Wie Deutschland seine Zukunft verspielte. Osning Verlag, 2012. Farwick, General a.D., war im Bereich der Operationsplanung der NATO in leitender Stellung tätig.
- 15) Eine umfassende, wenngleich eher positive Bewertung der ESS erfolgte durch Johann Frank: Die Entwicklung der Sicherheitsstrategie der Europäischen Union. Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie 7/2009, BMLVS, Wien.
- 16) Johannes Varwick: Auf dem Weg zur „Euroarmee“ - Die EU braucht eine gemeinsame europäische Militärstrategie, IP Jan. 2007, S.46-51.
- 17) Siehe u.a. als maßgebliche Beurteilung: Johann Frank: Möglichkeiten und Grenzen der EU-Streitkräfte-Integration, Büro für Sicherheitspolitik, BMLV, 2005.
- 18) Zahllose Quellen. Siehe z.B. European „Battle Groups“: A New Stimulus for the European Security and Defense Policy? Analysen und Argumente aus der Konrad Adenauer Stiftung, Dez. 2004, 5 Seiten; Roger Cole: The EU Battle Groups: Regiments of the Empire. PANA, www.pana.ie, 2006, 17 Seiten.
- 19) Jaap de Scheffer: „Battle Groups could be used to go to war... The Battle Groups are not for building schools.“
- 20) Die Frage, ob Einsätze sinnvoll sind, die humanitär, politisch oder militärisch in einem Einsatzraum nichts bewirken, muss gestellt werden. Der Tschad-Einsatz fällt unter die Einsätze „Missions With No Lasting Accomplishment“.
- 21) Jelle van Buren: The EU Joint Situation Center, Amsterdam, 2009.

22) Hans-Georg Ehrhart: GASP/ESVP im Umbruch: Rückschritt oder Integration? Europäische Rundschau 3/2003, S.121-130.

23) Friedrich Korkisch: USA Politik - Das Scheitern des „Comprehensive Approach“, ÖMZ 3/2012, S.381-382.

24) Friedrich Korkisch: USA Politik - Die NATO-Tagung in Chicago, ÖMZ 4/2012, S.507-510.



**Mag.phil. Friedrich W.
Korkisch, PhD**

Geb. 1940; Ministerialrat iR, Oberst dhmfD iR; 1958 Luftstreitkräfte, Dienst u.a. im JaBoGeschwader, Hörsching, G-2/S-2 Kommando Luftstreitkräfte; Luftabteilung, Generalstabsgruppe B, BMLV; NATO Air Defense Committee; KSZE/OSZE/OSCC Wien; ab 1970 Privatwirtschaft USA; Studium Univ. Wien, und Zrinyi Univ. Budapest, PhD (summa cum laude); Santa Barbara College, CA; Univ. of Michigan, Ann Arbor; Alumni NESANational Defense Univ., Washington DC; Lektor an der Landesverteidigungsakademie Wien, EFA Alpbach und Corvinus Univ. Budapest; Leiter Institut für Außen- und Sicherheitspolitik, Wien.

Konzept und methodische Aspekte der Formulierung und Umsetzung der staatlichen Strategie

Mitar Kovač/Jan Marček

Diese Arbeit stellt den Versuch dar, das Konzept der staatlichen Strategie auf Basis einer vergleichenden Analyse aktuellen Wissens zu definieren sowie Inhalt und Ausmaß dieses Konzeptes und seine Bedeutung für Überleben und Entwicklung eines Staates im gegenwärtigen strategischen Kontext zu definieren. Darüber hinaus soll auch die Beziehung des Konzeptes zu anderen, damit in engem und intensivem Zusammenhang stehenden Konzepten eingehend beleuchtet und Einblick in die wichtigsten methodischen Dimensionen bei Erstellung und Umsetzung der staatlichen Strategie als programmatisches Dokument gewährt werden.

Das Konzept der staatlichen Strategie ist relativ neu und bezieht sich nicht nur auf Sicherheit und Verteidigung, sondern auch auf andere Aufgaben des Staates. Um die Eindeutigkeit des Konzepts zu gewährleisten, sollen die laufenden Änderungen von Inhalt und Umfang gemäß gegensätzlicher Auffassungen verschiedener Autoren und Nationen, wo das Konzept auf unterschiedlichen Begriffen wie etwa nationale Strategie, totale Strategie, soziale Entwicklungsstrategie, Groß-, Allgemein- oder Gesamtstrategie basiert, aufgezeigt werden.

Einleitung

Bei den Sozial- und Geisteswissenschaften sowie den Studien aus den Bereichen Sicherheit und Verteidigung finden sich verschiedene Ansätze zur Definition kategorischer Begriffe in Bezug auf staatliche Sicherheit und Verteidigung, zur Identifikation der Faktoren, Zielsetzungen und Produktionsabläufe und zur Umsetzung grundlegender strategischer und doktrinäer Dokumente.

Die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit weltweit nehmen bereits Einfluss auf Inhalt, Formulierung und Umsetzung staatlicher Strategie. Im 21. Jahrhundert sind Entwicklung, Zielerreichung, Erhaltung, Schutz und Verteidigung sowie nationale und staatliche Werte mehr und mehr von Wissen abhängig. Um dieses Wissen für die Gesamtentwicklung der Gesellschaft nutzbar zu machen, bedarf es eines Dokuments auf höchster Ebene, das die nationalen Interessen sowie die allgemeine strategische Orientierung eines Staates hinsichtlich seiner gesellschaftlichen Entwicklung darlegt. Im Sinne einer neuen Herangehensweise müssen zunächst einige grundlegende theoretische, größtenteils methodische Probleme gelöst und manche Fragen beantwortet werden, wie etwa: „Was ist staatliche Strategie?“, „Wozu dient sie?“, „Wie

kommt sie zustande?“ und „Wie wird sie umgesetzt?“

Das Erforschen der grundlegenden Faktoren für und Herausforderungen bei der Erstellung einer Theorie der staatlichen Strategie ermöglichen die Definition wissenschaftstheoretischer Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung. Vergleichende Analysen hinsichtlich Ausmaß, Inhalt und Aufbau der Konzepte staatlicher Strategie, nationaler Sicherheitsstrategie und anderer Einzelstrategien waren erforderlich angesichts ihrer gegenseitigen Abhängigkeit sowohl während des Entstehungsprozesses als auch bei ihrer Umsetzung. Mittels Harmonisierung und Verflechtung der in den staatlichen Dokumenten angeführten Strukturen und Elemente werden Individuen und Institutionen der Staaten auf vernünftige Weise eingebunden und angeleitet, die in der Verfassung definierten Funktionen wahrzunehmen und die ihnen zugewiesenen, aus nationalen Interessen und Zielen ableitbaren Aufgaben zu erfüllen.

Jede strategische Realität ist zugleich Gegenwart, Vergangenheit und Zukunft. Die aktuelle strategische Position eines staatlichen Gebildes und seiner Institutionen definiert sich durch seine vergangenen strategischen Handlungen in Theorie und Praxis sowie durch seine Entscheidungen hinsichtlich der Zukunft, die zur Gegenwart werden.¹⁾ Ohne die Möglichkeit der Vorhersage der Entwicklung einer Gesellschaft ist es beinahe unmöglich, den Staat, das nationale Sicherheitssystem, die Außenpolitik und Wirtschaft, die Verteidigung und andere staatliche Funktionen in strategischen Dokumenten zu positionieren, da diese Dokumente den Fokus von und die Kriterien für diverse gesellschaftliche Aktivitäten definieren und somit einen wichtigen Einfluss auf die Zukunft und die Fähigkeiten staatlicher Institutionen ausüben.

Diese Phase strategischen Planens auf staatlicher Ebene erhält oft den Namen „strategische Richtlinien.“ Diese Bezeichnung ist gleichzeitig real und symbolisch, da jedes System, und so auch der Staat, vornehmlich durch die Definition seiner Interessen, Ziele, Aufträge, Aufgaben und anderer Parameter in Form strategischer Verpflichtungen geleitet wird.

Die Beziehungen zwischen Völkern und Staaten wie auch historische Gegensätze können immer dann zu heterogenen und andauernden sozialen Konflikten unterschiedlicher Intensität führen, wenn diese nicht mittels eines befriedigenden Kompromisses gelöst werden. Große, rasche und elementare Veränderungen im strategischen Umfeld und Wertesysteme in internationalen Beziehungen verringern die Verlässlichkeit der Definition staatlicher Strategie beträchtlich, insbesondere dort, wo nationale Interessen, Ziele und wirksame Strategien zu deren Umsetzung auf dem Spiel stehen.

Das Konzept der staatlichen Strategie ist relativ neu und bezieht sich nicht nur auf Sicherheit und Verteidigung, sondern auch auf

andere Aufgaben des Staates in Zeiten des Friedens und des Krieges. Zur Erlangung eines eindeutigen Verständnisses des Konzepts ist es erforderlich, auf die ständigen Variationen in dessen Inhalt und Umfang hinzuweisen, die in den unterschiedlichen Meinungen einiger Autoren und in der Verwendung unterschiedlicher Termini durch verschiedene Nationen („national“, „total“, „grand“, „general“ und „overall strategy“) zum Ausdruck kommt. Diese Variationen können grobteils als Ergebnis dessen beurteilt werden, wie sich das Verständnis des Konzeptes im Osten und im Westen nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte. Jedoch muss man sie auch aus der Perspektive jüngster Erkenntnisse im Bereich Strategie in kleineren und Entwicklungsländern betrachten, unter der Bedachtnahme, dass diese Strategien durch zahlreiche interne und externe Faktoren bestimmt werden, die wiederum ihre Definition beeinflussen.

Im Rahmen der staatlichen Strategie als einem wichtigen Ausgangspunkt für Programme zur Entwicklung der Gesellschaft und ihres Überlebens müssen das höchste Gut, die Werte, Interessen und Ziele geschaffen werden, und zwar in Hinsicht auf mögliche realistische inner- und zwischenstaatliche Beziehungen und Konflikte sowie auf Modelle für den Aufbau von politischer, wirtschaftlicher und militärischer Macht und ihrer Entwicklung unter den gegebenen Rahmenbedingungen.

Nach dem Ende des Kalten Krieges, nach dem Entstehen der Unipolarität in den internationalen Beziehungen und später, nach dem Sich-Abzeichnen der wichtigsten Umriss der jetzigen, multipolaren Welt, in der sich Staaten innerhalb eines immer komplexer und unsicherer werdenden Umfelds entwickeln, ist nun die *„Identifikation nationaler Interessen und Ziele sowie die Entwicklung von Strategien zur Erreichung dieser Ziele noch weniger zuverlässig als in der Vergangenheit.“*⁽²⁾ Um zu einer möglichst verlässlichen Definition von nationalen Interessen und Zielen zu gelangen, ist es u.a. erforderlich, die Interessen von Akteuren weltweit, insbesondere jener in der Region, zu beurteilen, um dadurch günstige und annehmbare strategische Beziehungen zu politischen und wirtschaftlichen Machtzentren zu erzielen und so eine uneingeschränkte Entwicklung des Staates in Bereichen wie Biologie, Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Sicherheit, Kultur etc. zu ermöglichen.

Das Konzept der staatlichen Strategie

Es gibt keine allgemeingültige Definition des Begriffs „staatliche Strategie“ im Sinne eines programmatischen und praktischen Handlungsfeldes, der den Ablauf konkreter, auf damit verbundenem Wissen basierender Handlungen regeln würde. Hinsichtlich Theorie und Praxis bedient sich die staatliche Strategie des Wissens der Militärstrategie, der Verteidigungsstrategie und der nationalen Sicherheitsstrategie. Was die Abläufe des Regierungsprozesses bzw. die verschiedenen Funktionen und Handlungen eines Staates anbelangt, stützt sie sich auf die Verallgemeinerung von Erfahrungen und die Geschichte.

Die zunehmende Unsicherheit bzw. ein Mangel an Orientierung in der gegenwärtigen Welt führen zur Notwendigkeit eines „umfassenden Dokuments“, das in einem sehr allgemeinen Sinne als Richtlinie für Staat und Nation dient und seinerseits auf grundlegenden Ausrichtungen betreffend

Werte und Ziele basiert. Aus diesen und anderen Gründen ist es erforderlich, das Konzept der staatlichen Strategie zu definieren, sodass auf dessen Grundlagen reelle Aktivitäten gesetzt und gute Resultate erzielt werden können.

Es gibt kaum eine menschliche Aktivität in der modernen Welt, bei der der Begriff Strategie keine Verwendung findet. Immer wenn eine wichtige Angelegenheit in Form eines Zieles, eines gewünschten Ergebnisses oder als Weg zur Erreichung bestimmter Interessen ausgedrückt werden soll, wird das Wort Strategie verwendet, wenngleich seine ursprüngliche und grundlegende Bedeutung unbekannt bleibt.

Praxis und Erfahrung haben die Entwicklung des Strategiekonzeptes wesentlich beeinflusst. Menschliche Erfahrung kommt durch Wahrnehmung, Emotion und Willen zustande. Jeder Gedanke, der den Anspruch auf Wissenschaftlichkeit erhebt, muss die anderen beiden Elemente ausklammern und die Wahrnehmung durch den Prozess der Recherche ersetzen. Aus den während eines wissenschaftlichen Vorgangs identifizierten Elementen müssen jene mit der größten praktischen und theoretischen Bedeutung ausgewählt werden. Durch deren Verschmelzung und Auflösung entstehen neue, abstrakte, jedoch bewusst geschaffene Begriffe von Inhalten, die nicht auf direktem Weg erfahren werden können.

Strategie ist eine neue, in der vorhersehbaren Zukunft (wahrscheinlich) nicht anerkannte Art der praktischen Philosophie, obgleich sie mit jener strategischen Praxis einer staatlich organisierten Nation zu tun hat, die wir als Geschichtsauslegungspraxis bezeichnen. Strategie kann nicht durch die rein professionelle (doktrinäre, spartenbezogene) Erfassung von Fakten und Gesetzmäßigkeiten definiert werden, die sich auf die Phänomene strategischer Realität beziehen. Sie stellt umfassendes theoretisches Wissen dar, das seinen Ausdruck in Denkkonzepten findet und das sich, aufgrund seines systematischen Charakters, wesentlich von der empirischen Abstraktion von Einsichten unterscheidet.⁽³⁾ In seinem Werk „Introduction to Strategy“ argumentiert Andre Beaufre, dass *„Strategie keine umfassende (Lehr-)Doktrin darstellen muss, sondern nur eine Art (Methode) des Denkens, die eine Klassifizierung und Verteilung von Ereignissen hinsichtlich ihrer Bedeutung oder ‚Hierarchie‘ und somit die Auswahl der effizientesten Vorgangsweise ermöglicht.“*⁽⁴⁾ Seiner Ansicht nach ist *„Strategie die Kunst der Dialektik der Willen, die sich der Macht zur Lösung ihres Konfliktes bedient.“*⁽⁵⁾

Ein wichtiger Beitrag zur theoretischen Verallgemeinerung und Definition des Strategiekonzeptes stammt von Sir Basil Henry Liddell Hart in seinem gefeierten Werk „The Strategy of Indirect Approach“. In seiner Kritik der Clausewitz'schen Ansichten von Strategie, dem Erreichen strategischer Ziele und militärischer Strategie, räumte Liddell Hart die Möglichkeit der Erreichung strategischer Ziele auch durch andere Mittel ein. Die Ablehnung des Einsatzes von Gewalt sollte nicht immer als Schwäche, sondern als Tugend und Weisheit interpretiert werden, für den Fall, dass eine Annahme der Herausforderung nur Schaden bewirken würde. Mit einem so allgemeinen Zugang zum Strategiebegriff prägte Hart den Begriff „grand strategy“, deren Grundsätze die Bemühungen und Ressourcen einer Nation in ihrer Gesamtheit zu Zeiten des Friedens und des Krieges regeln. Letztere hat im Grunde mit staatlicher Strategie zu tun, im Zuge derer Bemühungen zum Zwecke der strategischen Zielerreichung zusammengeführt werden.⁽⁶⁾

Raymond Aron war der Auffassung, dass die gesamte Entwicklung von Strategie einhergehe mit der Entwicklung ihrer Bedeutung als reine Gewaltanwendung im engeren Sinne hin zur Definition als Machtausübung zwecks des Erreichens politischer Ziele im weiteren Sinne.⁽⁷⁾

Strategie befasst sich nicht mit menschlichen Beziehungen oder,

aus soziologischer Sicht, mit sozialen Prozessen, sondern mit den grundlegenden Beziehungen maßgeblicher Gruppen strategischer Akteure untereinander, die anhand miteinander verflochtener interner und externer Prozesse deutlich werden. Keine andere Sozialwissenschaft befasst sich mit aus diesem Blickwinkel betrachteten menschlichen Beziehungen. Vor beinahe vier Jahrzehnten wurden Soziologen der Wichtigkeit strategischen Denkens gewahr, versäumten es jedoch, die Weiterentwicklung dieser Fertigkeit ernsthaft voranzutreiben.⁸⁾ Strategie ist die geplante, zielgerichtete Bereitschaft und der koordinierte Einsatz der gesamten politischen, wirtschaftlichen, technologischen sowie wissenschaftlichen und intellektuellen (geistigen) Macht eines Staates wie auch seiner militärischen Kräfte in Zeiten des Friedens und des Krieges.⁹⁾

Gemäß der „New Larousse Encyclopaedia“ ist Strategie „*a system of scientific knowledge and the highest level skills regarding a specific social activity: the sphere of politics, war waging and armed struggle, economic policy, diplomacy and international relations, etc.*“ (ein System bestehend aus wissenschaftlichen Kenntnissen und Fertigkeiten auf hoher Ebene auf dem Gebiet der Politik, der Kriegführung, des bewaffneten Konfliktes, der Wirtschaftspolitik, der Diplomatie, der internationalen Beziehungen etc.). Aus militärischer Sicht ist Strategie „*a science studying main patterns of armed struggle and war. It occupies the leading position in the system of military sciences as it guides and coordinates other scientific discipline, especially tactics and conduct of operation*“ (eine Wissenschaft der wichtigsten Formen des bewaffneten Kampfes und des Krieges, die im System der Militärwissenschaften eine führende Rolle spielt, da sie andere wissenschaftliche Disziplinen, insbesondere Taktik und Einsatzführung, lenkt und koordiniert).¹⁰⁾

Die „Kleine Enzyklopädie“ von „Prosveta“ definiert Strategie als „*Element der Kriegskunst, das sich mit Theorie und Praxis, mit der Vorbereitung und der Führung von Kriegen sowie dem Einsatz von Streitkräften zum Zweck der Erreichung bestimmter militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ziele befasst.*“ Gemäß dieser Quelle sind „*Formen des bewaffneten Kampfes und alle anderen Arten militärischer Machtdemonstration*“ Gegenstand strategischer Studien.¹¹⁾

Die „Militärische Enzyklopädie“ definiert Strategie als „*ein System wissenschaftlichen Wissens und Fertigkeiten in Theorie und Praxis, bezogen auf die Vorbereitung und Führung von Kriegen sowie den Einsatz von Gewalt zur Erreichung bestimmter militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ziele.*“¹²⁾ In ähnlicher Weise stellt die „Politische Enzyklopädie“ fest: „*Strategie befasst sich mit der Vorbereitung und der Führung von Kriegen im Allgemeinen, mit einzelnen Kriegphasen und mit der Koordination strategischer Handlungen.*“¹³⁾

In ihrem Artikel „The skill of strategy creating and force planning“ betonen Henry et al., dass Strategie eine Fertigkeit, jedoch keine Wissenschaft sei. Sie bedeutet das Lösen von Problemen - die Erstellung eines „Spielplans“ zwecks Erreichung der geplanten Ziele - unter Einsatz beschränkter Ressourcen. Laut den Autoren stellt das zweite Schlüsselkonzept, die Streitkräfteplanung, ebenfalls eine Fertigkeit dar. Der Prozess definiert sich durch „*assessment of nations' security needs by formulating military demands arising from*

them and by selection of military forces within resource limitation for fulfilment of those demands“ (die Bewertung der nationalen Sicherheitsanforderungen durch das Formulieren daraus erwachsender militärischer Erfordernisse und durch die Auswahl militärischer Kräfte innerhalb beschränkter Ressourcen zur Erfüllung dieser Erfordernisse).¹⁴⁾ John Collins meint, „*national (grand) strategy connects all factors of national power in peacetime and wartime, in order to ensure achievement of national interests and goals*“ (die Nationale [Große] Strategie verbindet alle Faktoren nationaler Macht in Zeiten des Friedens und des Krieges, um die Erreichung nationaler Interessen und Ziele zu gewährleisten). Letztere sei „*a skill and science as to how to use sources of national power to reach the desired levels and types of control in relation to danger emerging through threat or use of force, indirect pressures, diplomacy, sabotage and other possible means, thus meeting national interests and goals of USA*“ (eine Fertigkeit sowie eine Wissenschaft der Nutzung nationaler Macht zur Erreichung der gewünschten Arten und des erforderlichen Ausmaßes von Kontrolle bei Gefahren, durch Androhung oder Anwendung von Gewalt, durch indirekte Druckausübung, Diplomatie, Sabotage etc. und somit zur Erfüllung der nationalen Interessen und Ziele der USA).¹⁵⁾ Gemäß seiner Auffassung beruht die (grand) strategy auf „*formulated and at the highest level adopted national interests, national goals, national policies and commitments*“ (expliziten, auf höchster Ebene formulierten nationalen Interessen, Zielen, Strategien und Verpflichtungen).¹⁶⁾

Svecins Ansicht, dass Strategie mit der Zukunft zu tun habe, ist wichtig zum Verständnis derselben. Alle Strukturelemente von Strategie müssen aus der Zukunftsperspektive gesehen werden, unter Berücksichtigung gedanklicher und erfahrungsbezogener Annahmen wie auch der Vergangenheit.¹⁷⁾

In Russland hat sich vieles betreffend Theorie und Praxis von Strategie, sowohl bei der staatlichen als auch der nationalen und der Militärstrategie verändert. Die Russische Föderation hat in letzter Zeit kognitive und erzieherische Aspekte im Bereich der staatlichen Strategie und aller anderen Teilstrategien verändert. Dies lässt sich anhand einer Analyse der Prinzipien und der Methoden, wie nationale Interessen erzielt werden, verfolgen.

In der jüngeren Vergangenheit wurde Strategie in der westlichen Literatur oft vereinfacht als eine Kombination aus strategischem Konzept (strategic policy) und strategischer Doktrin (strategic doctrine) definiert. Aus britischer Sicht gibt es jedoch eine klare Grenze zwischen „policy“ und „doctrine“: „Policy“ ist eine Reaktion auf das strategische Umfeld, die bestimmt, was unter den vorherrschenden Bedingungen zu geschehen hat.¹⁸⁾

China hat keine explizite „general (grand) strategy“, die strategische Ziele und Mittel zu deren Erreichung anführt. Diese Situation spiegelt einen Ansatz, der auf der sozialen Einstellung zu Tradition und Moderne in allen Lebensbereichen beruht. Chinas Respekt vor den Grundsätzen chinesischen strategischen Denkens hinsichtlich des strategischen Umfelds sowie der Veränderungen internationaler Beziehungen zeigt sich in der Praxis. Geduld, Wissen, Kreativität und Ausdauer sind erforderlich für Erneuerung. China und das chinesische Volk haben ihre Fähigkeit bewiesen, eine strategische Vision langfristig umzusetzen, und zwar in Erwartung der unmittelbaren Resultate, die aus ihren Bemühungen erwachsen sollen. Trotz gewisser Schwierigkeiten können einige allgemeine Schlüsse hinsichtlich der chinesischen „general strategy“ oder staatlichen Strategie gezogen werden, nämlich, dass sie auf strategischer Tradition, historischen Modellen sowie Aussagen und amtlichen Dokumenten beruht, wobei das Hauptaugenmerk auf bestimmte militärische Fähigkeiten und

einen zunehmend diplomatischen Ansatz bei den derzeitigen internationalen Beziehungen gerichtet ist.

Die chinesische Führung und chinesischen Strategen gebrauchen selten die „Ziele-Wege-Mittel-Methode“ für ihre strategischen Betrachtungen. Stattdessen sehen sie Strategie im Kontext der beiden Kernkonzepte „total national power“ (totale nationale Macht) und „strategic power configuration“ (strategische Machtkonstellation).

Experten der strategischen Planung in China beurteilen das Sicherheitsumfeld unter Bedacht auf diese Konzepte, indem sie die chinesische Position in der Welt mit jener anderer Staaten vergleichen und sich an vorherrschende geopolitische Trends anpassen.¹⁹⁾ Basierend auf der vergleichenden Analyse verschiedener Strategiedefinitionen ermittelte M. Sakan 18 Konzepte, die als Definientia (Definitions begriffe) dienen: „Variantensatz; Plan; Idee; Denksystem, Einsatz der totalen Staatsmacht; Material; Wunsch; Handlung; Lenkung von Gewalt; Fertigkeit; Theorie und Praxis; Methode; Doktrin; Rolle der Politik; Sparte der Kriegskunst; System der Wissenschaft und der wissenschaftlichen Kenntnisse.“²⁰⁾ Es gibt ohne Zweifel noch viele andere Begriffe, die jenen zur Definition von Strategie in allen Lebensbereichen hinzugefügt werden könnten.

Der Begriff Staat wird in einigen unterschiedlichen Bedeutungen verwendet.²¹⁾ Im engeren Sinne bedeutet Staat „Staatsapparat“, d.h. eine hierarchische Organisation, bestehend aus Individuen und Kollektiven, die die staatliche Regierung sowie auch alle Bediensteten ihrer sämtlichen Gremien repräsentieren. Jedoch kann Staat auch im weiteren Sinn betrachtet werden, nämlich unter Einbeziehung der gesamten Gesellschaft innerhalb einer staatlichen Organisation, also nicht nur des Staatsapparates selbst, sondern auch des geographischen Gebietes und der Bevölkerung, die von besagtem Staat regiert wird.²²⁾

Die Kleine Enzyklopädie von „Prosveta“ definiert den Begriff „state“ als „Form der staatlichen Organisation“,²³⁾ während die Enzyklopädie des Rechts Staat als „Organisation mit dem alleinigen Recht der körperlichen Zwangsausübung“²⁴⁾ bezeichnet. Das Wörterbuch „Rečnik srpskohrvatskog kniževnog i narodnog jezika“ listet drei Bedeutungen des Begriffs „state“ auf: (1) eine unabhängige Gemeinschaft von Menschen, (2) Teil eines Landes oder einer Provinz mit Stammesverwaltung, autonomer oder ähnlicher Verwaltung und (3) das Land, das jemand besitzt.²⁵⁾

Die getrennte Betrachtung der Symbole Strategie und Staat ermöglicht die nominale Definition des Begriffes.

Auf der Basis der präsentierten Fakten und ihrer Bedeutungsanalyse kann der Begriff „state strategy“ als eine Zusammenstellung von Ausdrücken für Präferenzen, Regeln, Prinzipien und Standards definiert werden, die beim Treffen von Entscheidungen auf Führungsebene hinsichtlich Entwicklung und Schutz des Staates Anwendung finden.

Definition und Klassifikation des Konzepts der staatlichen Strategie

In Anbetracht der allgemein anerkannten Tatsache, dass wissenschaftliche Konzepte unzweideutig sein müssen, da „die ‚Unzweideutigkeit‘ von Termini in jeder Wissenschaft einen hohen Grad an Vollständigkeit ihres terminologischen Systems“ anzeigt, wurde der Versuch unternommen, das

Konzept der „state strategy“ zu definieren und klassifizieren. Eine Strategie wäre die allgemeine oder staatliche Strategie, während „Spezialstrategien“ davon getrennte und spezifische Strategien wären.²⁶⁾

Das Schicksal einer Nation darf nicht dem äußerst limitierten strategischen Wissen empirischen Ursprungs überlassen werden. Die Theorie der allgemeinen Strategie und damit auch spezifische Theorien von Strategie müssen wissenschaftlich begründet sein. Eine bewusste und geplante Anwendung angemessener strategischer Methoden auf alle Formen von Konflikten zwischen strategischen Akteuren sichert einer Nation Vorteile.²⁷⁾

Die präzise Identifizierung eines Konzeptes erfolgt durch seine Definition, die als „a proposition expressing the content of a concept“ (eine Aussage, die den Inhalt eines Konzeptes ausdrückt) verstanden wird.²⁸⁾ Dennoch ist die Definition des Konzeptes „state strategy“ nicht ganz problemlos, was die Semantik und die Anwendung angemessener Regeln betrifft.²⁹⁾

„State strategy“ kann zunächst als jener Bereich intellektueller und reeller Aktivitäten definiert werden, die grundlegend für Leben und Überleben einer staatlich organisierten Nation sind. In einem theoretischen und doktrinären Sinne muss sie geistiges, kritisches, in synthetische Konzepte gegossenes Wissen darstellen. Was wir benötigen, ist eine Theorie, die auf das Verständnis der Beziehung zwischen den Prozessen strategischer Akteure ausgerichtet ist und dabei die Zukunftsdimension berücksichtigt.

Hinsichtlich der Allgemeingültigkeit theoretischen Wissens, das in Definitionen vorausgesetzt wird, und vom praktischen bzw. Standpunkt der Anwendung aus kann staatliche Strategie als allgemeine programmatische Haltung hinsichtlich der Erreichung und des Schutzes der höchsten nationalen (staatlichen) Werte und Interessen betrachtet werden, die das intellektuelle, geistliche und materielle Potenzial des Staates zu dessen Schutz und erfolgreicher Entwicklung einsetzt, und hinsichtlich der Erreichung der definierten Ziele zu Zeiten des Krieges und des Friedens.³⁰⁾ In ähnlicher Weise definiert Z. Keković Strategie als „a general programmatic stand on attainment and maintenance of the highest national (state) values and interests“ (eine allgemeine programmatische Haltung hinsichtlich Erreichung und Beibehaltung der höchsten nationalen [staatlichen] Werte und Interessen).³¹⁾

Während sich die Definition auf den Inhalt des Konzeptes bezieht, hat die Klassifikation mit seiner Reichweite zu tun. In dieser Hinsicht ist die Klassifikation ein Modell, das die Reichweite eines Konzeptes in Konzepte von geringerer Reichweite unterteilt.³²⁾ Im Fall des Konzeptes der „state strategy“ findet eine künstliche Klassifikation Anwendung.³³⁾ Das Konzept der staatlichen Strategie kann hinsichtlich verschiedener Kriterien klassifiziert werden, jedoch sind, praktisch gesehen, das passendste Kriterium die grundlegenden Bereiche staatlicher Aktivitäten, d.h. die Hauptfunktionen des Staates.³⁴⁾ Hinsichtlich dieses Kriteriums kann das Konzept der staatlichen Strategie als Oberbegriff in folgende Strategietypen unterteilt werden: politische Strategie, wirtschaftliche Strategie und militärische Strategie. In ähnlicher Weise betont Z. Keković in seinem Werk, dass staatliche Strategie aus spezifischen Strategien besteht, wie etwa der politischen Strategie, der Wirtschaftsentwicklungsstrategie, der Technologieentwicklungsstrategie, der Militärstrategie etc.³⁵⁾

Wenn man all diese Interpretationen zusammenfasst, scheint staatliche Strategie im praktischen Sinne ein allgemeines Konzept im Sinne einer tatsächlichen und/oder virtuellen Lenkung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Macht des Staates darzustellen, mit dem Zweck, höchste nationale (staatliche) Interessen durch die Umsetzung separater und spezifischer Strategien zu wahren.³⁶⁾

Anstatt des Konzeptes der „state strategy“ wird oft jenes der „nati-

onal security strategy“ in der Theorie und Praxis strategischen Denkens verwendet. Verglichen mit dem Konzept der „state strategy“ gehört letztere einer niedrigeren Stufe hinsichtlich Allgemeinheit an und stellt „eine Synthese von entscheidenden und bindenden Ansätzen betreffend die Punkte staatliche Verteidigung und Sicherheit“ dar.³⁷⁾ Dementsprechend ist die nationale Sicherheitsstrategie „ein fassbares und relativ dauerhaftes Programm, dessen Umsetzung die interne und externe Sicherheit des Staates in Zeiten des Friedens und des Krieges zu gewährleisten hat, und zwar durch die wirksame Handhabung von Sicherheitsrisiken, Herausforderungen und Bedrohungen zum Zweck des Schutzes der Freiheit, der Sicherheit des Besitzes, der Bürgerrechte und der demokratischen Errungenschaften“.³⁸⁾

Ausgangspunkte für staatliche Strategien

Die Strategie jeglichen Staates gründet sich auf vorläufig als „Ausgangspunkte“ titulierte Grundlagen und Hauptideen, auf die sich die Ausrichtungen und programmatischen Verpflichtungen des Staates hinsichtlich seiner Aktivitäten und jener seiner Subsysteme, ausgerichtet auf Erhaltung und Schutz nationaler Interessen und Ziele, stützen.³⁹⁾ Diesen Ausgangspunkten sollte eine eingehende Faktenanalyse hinsichtlich der theoretischen, methodischen, professionellen und aller anderer Aspekte der staatlichen Strategie zugrunde liegen. Methodisch gesehen können die Ausgangspunkte für die staatliche Strategie bedingt als sozial und wissenschaftlich eingestuft werden.

Soziale Ausgangspunkte für staatliche Strategie: (1) Beziehungen innerhalb der internationalen Gemeinschaft und der Region - geopolitische Position; (2) das Ausmaß, in dem die staatliche Sicherheit bedroht ist; (3) politisches und Rechtssystem (Sozialsystem) des Staates; (4) wirtschaftliche Macht, natürliche und wirtschaftliche Potenziale des Staates; (5) Technologieentwicklung; (6) demographische Merkmale; (7) Staats- und Nationaltradition; (8) internationale Verträge und Abkommen; (9) nationale Interessen etc.

Jeder dieser Ausgangspunkte ist sehr komplex und verdient, hinsichtlich seiner Theorie und Anwendbarkeit für jeden einzelnen Staat analysiert zu werden. Die Analyse von Ausgangspunkten für eine staatliche Strategie sollte sich hinsichtlich der Handhabung nationaler und staatlicher Schlüsselfragen zu Zeiten des Friedens und des Krieges auf wissenschaftliche Kenntnisse stützen. Diese Kenntnisse sollten Einfluss auf alle Teilbereiche des Zusammenlebens und der staatlichen Macht haben. Wissenschaftliche Errungenschaften dienen als direkte oder indirekte Grundlagen für die Formulierung sowohl der staatlichen Strategie als auch spezifischer Strategien. Ohne die Resultate wissenschaftlicher Recherche kann keine ausreichende Verlässlichkeit erzielt bzw. können keine erfolgreichen programmatischen Unterlagen des Staates in dessen Aufgabebereichen erstellt werden.

Formulierung und Umsetzung staatlicher Strategie

Die Formulierung und Herstellung der Handlungsfähigkeit staatlicher Strategie erfolgt durch: (1) Nationale (staatliche) Interessen; (2) nationale (staatliche) Ziele; (3) davon getrennte, spezifische staatliche Strategien. Dies ist die

programmatische Grundlage, auf der die Verpflichtungen staatlicher Organe, Institutionen und Systeme in doktrinären und normativen oder rechtlichen Bestimmungen definiert werden.

Der Begriff Interesse kommt vom gleichnamigen lateinischen Wort, das „an etwas teilnehmen“ oder „mit etwas beschäftigt sein“ bedeutet.⁴⁰⁾ Sehr oft sind Interessen der Ausdruck des Bedarfs an spezifischen Werten, die erzielt, weiterentwickelt und geschützt werden sollen.⁴¹⁾

Die mit Interessen, Zielen und Werten im Kontext der staatlichen Strategie befassten Autoren sind unterschiedlicher Ansicht. Manche meinen, dass diese aus dem individuellen Bewusstsein resultieren, andere wiederum meinen, sie seien das Ergebnis der Gesamtheit aller motivierenden Systeme, die sich in einer Gesellschaft entwickelt haben, wie etwa staatliche, nationale, politische, zivilisatorische und militärische Werte, die von individuellen Motiven relativ unabhängige Machtfaktoren darstellen. Werte bestimmen individuelle Motive und machen sie zu Funktionen allgemeiner Motivationssysteme. Es handelt sich um staatliche, nationale, politische und militärische Regulatoren erwünschten Verhaltens, die sich als individuelle, sozial sinnvolle und praktische Resultate menschlichen Verhaltens manifestieren. Regulatoren haben verschiedene Fähigkeiten, Messinstrumente zur Auswahl von Zielen und Optionen, solche, die sich auf bestimmte Ausrichtungen menschlichen Verhaltens beziehen, und solche, die Beziehungsmerkmale messen. Wert ist ein Maß, das anzeigt, was gewählt und was vermieden werden soll, und an dem wir unsere Auswahl ausrichten. Gleichzeitig ist ein Wert eine soziale Norm mit eigenen Gesetzmäßigkeiten zur Regelung von Beziehungen in Gesellschaft, Natur und in einem selbst und zur Gewährleistung der gewünschten Verhaltensausrichtung. Das Verhalten einzelner wird von den Interessen der Gesellschaft als Ganzes bestimmt und mit jenen durch Werte koordiniert und in seiner Funktion harmonisiert. Es handelt sich um von der Gesellschaft vorgeschriebene Regeln, Gesetzmäßigkeiten, Aufforderungen, Befehle und Verbote.⁴²⁾

Werte werden vom Gehirn als an der Spitze befindliche, treibende Ideen bzw. Einheiten, gleich Denkanweisungen oberster Instanz, wahrgenommen. Strategen müssen über profundes und breites Wissen bzw. Fähigkeiten verfügen, das es ihnen ermöglicht, sinnvolle Synthesen aus jenen treibenden Ideen oberster Instanz zu formulieren, um die höchsten von einer Nation festgelegten Werte zu erzielen und damit die Voraussetzungen für die Sicherung des Wohlstands der Bürger eines nationalen (multinationalen) Staates zu schaffen.⁴³⁾

Werte werden als unabhängige Formen sozialer Existenz innerhalb spezifischer Einheiten aufrechterhalten. Sie verhalten sich in jedem Zeitalter wie Einheiten, die spezifische, konkrete Merkmale aufweisen und den allgemeinen Zeitgeist der jeweiligen Ära spiegeln. Werte und Interessen sind nicht gleichbedeutend. Im Prinzip sind Interessen vorwiegend auf Werten begründet, die man besitzt oder anstrebt. In diesem Sinne denkt auch M. Zivkovic, dass das Konzept des Interesses in der modernen Wissenschaft im weiteren Sinn verstanden wird, nämlich, dass Interessen Werte, Einstellungen, Erwartungen und Streben beinhalten. Oder anders gesagt, das Konzept des Interesses wird mit Faktoren der Motivation gleichgesetzt. Hinsichtlich dessen beinhaltet das Konzept der Interessen verschiedene Werte, Ideen und Einstellungen, womit der Dualismus zwischen Interessenkonzept einerseits und Ideen und Werten andererseits überwunden wird.⁴⁴⁾

Entsprechend der allgemeinen Bedeutung von Interesse definiert jeder Staat als nationale Entität seine nationalen Ziele und Interessen, die sich in vieler Hinsicht in internationalen Beziehungen spiegeln und Einfluss auf Frieden und Stabilität weltweit ausüben. Aufgrund der immer komplexer und unsicherer werdenden Umwelt, in der

Staaten sich entwickeln, müssen nationale Interessen und v.a. Ziele als deren Mittel zur Umsetzung, mit Bedacht definiert werden, sodass jene, für die Erreichung dieser Ziele erarbeiteten Strategien so verlässlich wie möglich und somit auch wirksamer sein können.

Nationale Interessen spiegeln auch die Art, wie ein Staat seine Ziele innerhalb eines internationalen Umfelds wahrnimmt. Realisten, Liberale und Konstruktivisten haben eine unterschiedliche Wahrnehmung hinsichtlich dessen, wie Staaten ihre nationalen Interessen formulieren.⁴⁵⁾

Nationale (staatliche) Interessen stellen Einheiten jener Elemente dar, auf denen die grundlegenden Bedürfnisse einer Nation oder eines Staates beruhen, einschließlich Selbsterhaltung, nationaler Integrität, Wirtschaftskraft und militärischer Sicherheit. Praktisch gesehen stellt sich die theoretische Überprüfung bei der Definition nationaler Interessen und Ziele als ungenügend heraus, was ein umfassendes Forschungsprogramm zur Erstellung einer verlässlichen Grundlage für die Definition von Strategie erforderlich macht, durch die Interessen und Ziele erreicht werden können.

Ohne Rücksicht auf die Regierungsform „agiert der Staat in seinem eigenen nationalen Interesse“. Ungeachtet des Wahrheitsgehalts dieser Aussage informiert sie nicht darüber, wie Staaten ihre eigenen nationalen Interessen definieren.⁴⁶⁾

In der modernen, demokratischen Gesellschaft wird die Funktion von Formulierung und Definition von Interessen, die sich aus den unterschiedlichsten Dimensionen menschlichen Zusammenlebens ergeben, von staatlichen politischen Akteuren übernommen. „*Der Prozess der Darstellung einer Vielzahl verschiedener Interessen als eine einzige allgemeine staatliche Strategie führt die Änderung vieler Interessen herbei.*“⁴⁷⁾

Das Vorantreiben grundlegender nationaler und staatlicher Interessen in der Region oder weltweit kann mit den Interessen anderer internationaler Akteure in Konflikt geraten.⁴⁸⁾ Diese potenziellen Konflikte müssen verlässlich in der Phase der Formulierung der staatlichen Strategie identifiziert und vernünftige Maßnahmen zu deren Vermeidung durch staatliche Institutionen vorweggenommen werden. Wenn sie jedoch nicht vermieden werden können, muss im Interesse von Volk und Staat eine bestmögliche Lösung gefunden werden.

Das Resultat von Kampf im Gleichgewicht der Interessen hängt vom Vermögen der Staatsmacht und der nationalen Macht ab. Die Institutionalisierung nationaler Interessen wird vom Staat durch die gesetzgebende, rechtsprechende und vollziehende Gewalt geregelt. Interessen sind veränderbar, sodass sie aufgrund des Einflusses vieler Faktoren ihre ursprünglich definierte Wichtigkeit im Laufe der Zeit verlieren können. Sie befinden sich im Zentrum von Volk und Staat, da sie universelle, nationale, staatliche, politische, wirtschaftliche, konfessionelle und militärische Prioritäten und Werte beinhalten. Es ist einfacher, Interessen von einem theoretischen, abstrakten Standpunkt aus zu diskutieren, als wenn sie für ein bestimmtes Volk oder einen bestimmten Staat gelten oder sich auf konkrete soziale und historische Umstände beziehen.

Ein Volk oder Staat ohne klar definierte Interessen und Ziele, die von allen relevanten Akteuren akzeptiert werden, hat keine Chance zu überleben und in einer Welt voll plötzlicher Veränderungen bzw. einer internationalen Gemein-

schaft voll widersprüchlicher Interessen zu gedeihen.

Nationale Interessen sind der programmatische Ausdruck des Engagements staatlicher Institutionen und relevanter politischer Akteure zur Erreichung und zum Schutz höchster gesellschaftlicher Werte und Bedürfnisse. Die realen Werte sind Produkte der Geschichte. Sie sind mit deren Akteuren verbunden, die sie erschaffen haben, und verändern sich mit einschneidenden Veränderungen in der Menschheitsgeschichte.⁴⁹⁾

Stabiler Frieden sollte im Interesse aller in der Region befindlichen Staaten sein, in denen bewaffnete Konflikte stattfanden oder die noch immer unter deren Folgen oder den Folgen verschiedener Krisen leiden. Die Ausrichtung der Außen- und Innenpolitik und die Verpflichtung des Staates, alle Streitigkeiten und Krisen in der Region friedlich zu lösen, ergeben sich aus seinem nationalen Interesse.

Die Erhaltung territorialer Integrität und Souveränität bedeutet die Ausübung grundlegender Rechte durch ein Volk, mit dem Ziel, seinen eigenen Staat auf jenem Gebiet zu entwickeln, das aufgrund der Geschichte ihm gehört. Die Erhaltung territorialer Integrität und Souveränität ist nicht nur politisch, wirtschaftlich und demographisch bedingt, sondern stellt auch einen wichtigen Beitrag zum Frieden, regional und weltweit, dar. Die Erhaltung nationaler Identität bedeutet die Stärkung und Entwicklung der Beziehungen mit den Landsleuten in der Diaspora sowie die ständige Bedachtnahme des Heimatlandes auf deren Status und deren Anerkennung der authentischen Werte ihrer nationalen Kultur.

Die Integration eines Staates in die internationale Gemeinschaft ist eine der grundlegenden Voraussetzungen für die Erreichung nationaler Sicherheitsziele, was wiederum den Staat zur umfassenden Zusammenarbeit verpflichtet, mit den strategischen Zielen der Vollmitgliedschaft, einer wichtigen Rolle bei internationalen Organisationen und Vereinigungen sowie der Teilnahme an der kollektiven und regionalen Sicherheitsintegration.

Nachdem die Staaten in der Region an einer bemerkenswerten Unterentwicklung hinsichtlich Wirtschaft und somit auch allen anderen Bereichen leiden, sind der wirtschaftliche Aufschwung bzw. die wirtschaftliche Entwicklung primäre Interessen. Sie bilden die Voraussetzung für jeden Aufschwung und Fortschritt und sind erforderlich für die Erreichung höherer Standards bei der Demokratisierung einer Gesellschaft.

Nachdem beinahe alle Balkanstaaten von Natur aus multinational und multikonfessionell sind, müssen sie Kapazitäten zur Harmonisierung der Beziehungen zwischen unterschiedlichen ethnischen, konfessionellen, regionalen und sozialen Gruppen bilden, unter der Bedachtnahme, dass die verschiedenen Interessen dieser Gruppen oft zu Herausforderungen und Risiken für die Sicherheit sowie zu einer Bedrohung für die Stabilität der Staaten und den Frieden in der Region werden.

Hinsichtlich verschiedener „schmutziger Technologien“ sowie der unkontrollierten Ausbeutung von Bodenschätzen liegt es im Interesse der Zivilisation und der Zukunft der Menschheit, die Umwelt zu schützen und ständig an der Verbesserung der Lebensqualität zu arbeiten. Auf diese Weise kann das Recht auf den Schutz der Gesundheit des Volkes gewährleistet und eine gesunde Umwelt sowie Bodenschätze als Voraussetzungen für Überleben und künftige Entwicklung für kommende Generationen sichergestellt werden.

Bei der Definition und dem Vorantreiben ihrer nationalen Interessen richten sich die Staaten v.a. nach den Prinzipien des Völkerrechts. Sie kooperieren mit anderen Staaten und internationalen Organisationen, die sich der Verbesserung der Sicherheit durch Dialog und Zusammenarbeit verpflichtet haben. Auf diese Weise kann der Staat

das Verständnis und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft erwirken, wenn seine Bemühungen, nationale Interessen durchzusetzen, mit den Bestrebungen der meisten Staaten der heutigen Welt übereinstimmen.

Nationale Interessen werden anhand von Zielen operationalisiert. Jedoch entstehen ernsthafte Probleme beim Versuch der einheitlichen Definition eines Zieles, die auf verschiedenen theoretischen Ansätzen beruht.⁵⁰⁾ In seiner allgemeinen Bedeutung kann Ziel als „*ein zu erreichender oder zu erhaltender Wert, ein innerhalb einer bestimmten Zeit zu erzielendes Resultat*“ definiert werden;⁵¹⁾ der systemische Ansatz definiert Ziel als „*die erwünschte Beschaffenheit eines Systems, eine erwünschte Leistung, eine erwünschte Teilmenge der Beschaffenheit oder der Leistung eines Systems*“.⁵²⁾

Für jedes Interesse wurde eine Anzahl von Zielen definiert, jedoch können angesichts des Langzeitcharakters von Interessen nicht alle Ziele enthalten sein. Ziele sollen ausdrücken, was realistisch gesehen oder mit einiger Sicherheit erreicht werden kann. Es handelt sich um „*Endpunkte, die erreicht oder nicht erreicht werden können*“.⁵³⁾ Für jedes Ziel werden, je nach Beschaffenheit, separate und spezifische Strategien entwickelt. Hier geben Ziele an, „was erreicht werden muss“, während Strategie angibt, wie etwas erreicht wird. In der Theorie gibt es verschiedene Kriterien für die Klassifizierung von Zielen: die Wichtigkeit, der Typ/Bereich staatlicher Funktionen, der Zeitraum ihrer Gültigkeit bzw. jener bis zu ihrer Erreichung etc.⁵⁴⁾

Verschiedene methodische Ansätze werden weltweit für die Definition und Erreichung von Zielen verwendet. In der amerikanischen Literatur findet sich überwiegend der so genannte „Prozessansatz“. Dieser bedeutet im Grunde, dass Definition und Erreichung eines Zieles in ihrer Gesamtheit betrachtet werden, d.h. als Funktion des allgemeinen Zieles, der Dynamik, mit der es erreicht wird, des Mitwirkens von Akteuren und Ressourcen und der investierten Kosten; und zwar unter besonderer Berücksichtigung so genannter Bedrohungen und Risiken, die das Ergebnis verschiedener weiterer Faktoren sind. Laut Michelle Schmidt soll dieser Ansatz „einen Strategen auf rationale und systematische Weise von nationalen Zielen zur Strategie führen“.⁵⁵⁾ (1) Identifikationsphase; (2) Reihungsphase; (3) Phase der Identifizierung von Möglichkeiten und Bedrohungen; (4) Entwicklung von Strategien; und (5) Beurteilung.⁵⁶⁾

In seinem Artikel „The Art of Strategy and Force Planning“ schlagen Henry C. Bartlett et al. „Bartlett’s model of strategy creation“ vor, das sich mit den Schlüsselbegriffen der Kunst der Strategieerstellung und Streitkräfteplanung auseinandersetzt. Hier finden sich folgende Begriffe: (1) „security environment“ (Sicherheitsumfeld); (2) „outcomes/goals“ (Ergebnisse/Ziele); (3) „strategy“ (Strategie); (4) „limited resources“ (beschränkte Ressourcen); (5) „means/tools“ (Mittel/Instrumente); und (6) „risks“ (Risiken).⁵⁷⁾

Die Beurteilung des Sicherheitsumfelds, als erstes Element von Bartletts Modell, ist eine der schwierigsten Aufgaben für Strategen und Streitkräfteplaner, da sie die Analyse hinsichtlich der „Veränderlichkeit internationaler Machtzentren, vorherrschender Trends, entscheidender Unsicherheiten, der Entwicklung gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit, der Veränderung nationaler/interner Bedürfnisse, kultureller, religiöser und demographischer

Entwicklungen, ethnischer Kriege, von Umweltproblemen und technologischem Fortschritt“ beinhaltet.⁵⁸⁾

Was das Ergebnis oder die Ziele von Strategien anbelangt, verwenden die Autoren des angegebenen Werkes den Ausdruck „levels of goals“ (Zielebenen). Nationale Interessen befinden sich auf oberster Ebene. Interessen wie die Existenz des Landes oder die Wirtschaftskraft sind stabil und finden breite Unterstützung. Auf den unteren Ebenen finden sich Ziele, die sich aus Werten wie Demokratie und Menschenrechte ergeben. Diese Ziele müssen in Übereinstimmung mit der höchsten Ebene nationaler Interessen gebracht werden.

Das dritte Element von Bartletts Modell ist die Strategie, womit die Autoren des erwähnten Werkes den „Spielplan zur Erreichung der erwünschten Ziele mit beschränkten Mitteln“ meinen. Die „main strategy“ (Hauptstrategie) oder auch „grand strategy“ (Großstrategie), d.h. nationale Sicherheitsstrategie befindet sich an oberster Stelle strategischen Denkens. Diese Strategie muss deutlich machen, wie diplomatische, wirtschaftliche und militärische Instrumente staatlicher Macht eingesetzt werden können, um nationale Ziele zu erreichen und nationale Maßnahmen umzusetzen.⁵⁹⁾

Laut diesen Autoren nehmen die unteren Strategieebenen für jedes Instrument nationaler Macht die Form von Regeln an. Das gilt für die wirtschaftliche, diplomatische und militärische Strategie. Ihrer Meinung nach muss die militärische Strategie die anderen beiden Strategien unterstützen, indem sie darlegt, „*wie und unter welchen Bedingungen das militärische Instrument nationaler Macht eingesetzt werden kann, um bei der Gestaltung des Sicherheitsumfelds mitzuhelfen, internationalen Einfluss zu gewährleisten, Angreifer abzuschrecken, wenn nötig, Gewalteinsetz durch andere ‚Akteure‘ herbeizuführen, sich auf Konflikte vorzubereiten, die Nation zu verteidigen und in jenen Kriegen zu siegen, welche unvermeidlich waren*“.⁶⁰⁾ Durch die Definition dieses Konzeptes und des Prinzips militärischer Strategie wird deren Position und Rolle innerhalb der staatlichen Strategie, oder auch „grand strategy“, eindeutig festgelegt. Deshalb gehört die militärische Strategie zu einer Gruppe separater Strategien wie die politische, diplomatische, wirtschaftliche und andere Strategien.

Beschränkte Mittel sind das fünfte Element von Bartletts Modell. Aufgrund der Tatsache, dass Bedürfnisse beinahe immer umfangreicher sind als die vorhandenen Mittel, muss man „eine Wahl zwischen widersprüchlichen Erfordernissen und einander ausschließenden Optionen treffen.“ Daraus resultiert, dass Strategie und Streitkräfteplanung für die Verteilung von Ressourcen auf der Basis spezifischer Prioritäten sorgen müssen oder, anders gesagt, basierend auf der Entscheidung, welche Ziele und Abläufe wesentlich sind.⁶¹⁾

Mittel und Instrumente zur Umsetzung der gewählten Strategie stellen das fünfte Element von Bartletts Modell dar. Theoretisch umfassen sie alle Fähigkeiten eines Landes, praktisch gesehen jedoch stehen Strategen und Streitkräfteplaner drei Gruppen von Instrumenten zur Verfügung: wirtschaftliche Instrumente, diplomatische Mittel und militärische Instrumente.⁶²⁾

Das sechste und letzte Element von Bartletts Modell ist das Risiko. Risikobeurteilung bedeutet die ständigen Bemühungen von Strategen und Streitkräfteplanern, ein Ungleichgewicht der Schlüsselvariablen zu erkennen und zu korrigieren. Dies wird erreicht durch die kontinuierliche Beurteilung des Sicherheitsumfelds, der Ziele, Strategien und vorhandenen Ressourcen als auch der für das Erreichen der definierten Ziele erforderlichen Instrumente.⁶³⁾

Das vorgestellte Modell schlägt eine ständige Harmonisierung der Schlüsselvariablen vor. Die Veränderung etwa einer der erwähnten Variablen führt nämlich unweigerlich zu einem Ungleichgewicht, sodass andere Variablen ebenfalls verändert werden müssen. Zur

Wiederherstellung des Gleichgewichts können Strategien aus einer der folgenden Methoden wählen: (1) Modifizieren des Ergebnisses, (2) Veränderung der Mittel, (3) Änderung der Strategie und (4) Risikobeurteilung.⁶⁴⁾

Phasen bei der Formulierung und Umsetzung staatlicher Strategie

Die durchgeführte Analyse kommt zu dem Schluss, dass die Definition und Umsetzung staatlicher Strategie sieben Phasen durchläuft:

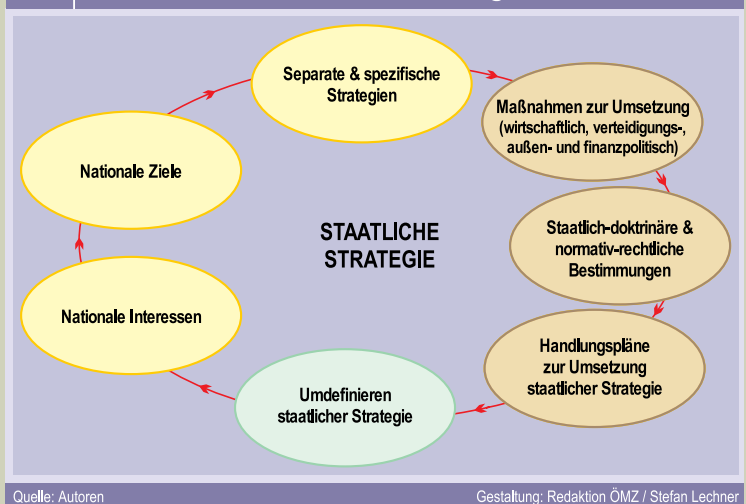
1. Definieren nationaler (staatlicher) Interessen;
2. Definieren nationaler Ziele, in Abstimmung mit den davor definierten nationalen (staatlichen) Interessen, und Reihung der Ziele hinsichtlich ihrer Wichtigkeit;
3. Definieren oder Entwickeln separater und spezifischer Strategien, in Abstimmung mit den davor definierten Zielen;
4. Definieren der Maßnahmen zur Umsetzung der separaten und spezifischen Strategien;
5. Festlegung von Verpflichtungen der für staatliche Maßnahmen verantwortlichen Personen bei der Umsetzung separater und spezifischer Strategien, einschließlich der Formulierung staatlich-doktrinärer und normativ-rechtlicher Bestimmungen;
6. Überwachung der Umsetzung staatlicher Strategie (inwieweit definierte Ziele erreicht worden sind);
7. Umdefinieren spezifischer Elemente staatlicher Strategie (Interessen, Ziele, spezifische und separate Strategie-Darstellung 1).

Die erwähnten Phasen bedingen sich gegenseitig, sowohl während des Definitionszeitraums (Phasen 1-3) als auch während der Umsetzung (Phasen 4-6) der staatlichen Strategie. Beim Umdefinieren der staatlichen Strategie werden dieselben Phasen durchlaufen. In der Theorie erscheint die staatliche Strategie als programmatischer Ausgangspunkt, den die Staatsführung als Grundlage zur Definition von Richtlinien und Grundlagen für staatliche Doktrinen heranzieht, die ohne Bedachtnahme auf Zeiträume oder gewählte Regierungen innerhalb einer bestimmten Zeit umgesetzt werden. Die grundlegenden Annahmen der staatlichen Strategie werden zumeist von allen relevanten politischen Akteuren im Staat akzeptiert, wobei die verpflichtende Umsetzung durch normative staatliche Dokumente geregelt wird.

Praktisch gesehen dienen die staatliche Strategie und die davon getrennten eigenen Strategien als Richtlinien für die Handlungen aller gesellschaftlichen Akteure, und zwar mittels staatlicher Doktrinen und Programme bis zur Verstärkung spezifischer staatlicher Fähigkeiten zur Erzielung und zum Schutz staatlicher und nationaler Werte und zur Erreichung der definierten Ziele. Dieser praktische Bereich der staatlichen Strategie und auch der Strategien des täglichen Lebens wird sehr oft als Politik (d.h. Wirtschaftspolitik, Verteidigungspolitik, Währungspolitik, Wirtschaftsentwicklungspolitik etc.) bezeichnet.

Staatliche Strategie muss nicht explizit in Form eines entsprechenden offiziellen Dokuments dargelegt werden, jedoch muss sie erkennbar und in den Köpfen der Bevölkerung vorhanden sein, insbesondere in jenen entscheidenden historischen Momenten, wenn sich Volk und Staat mit den schicksalhaften Herausforderungen des Überlebens und der Entwicklung konfrontiert sehen.

Abb.1 Phasenansatz bei der Formulierung und Umsetzung staatlicher Strategie



Quelle: Autoren

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

Sonderstrategien als Elemente staatlicher Strategie

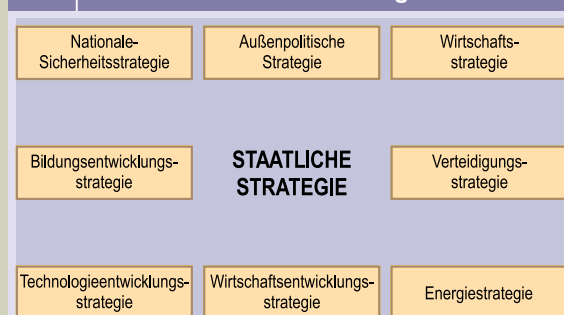
Die Hauptkonzepte, auf deren Grundlage andere Elemente der staatlichen Strategie operationalisiert und Formulierungen vorgenommen werden, sind nationale (staatliche) Interessen und Ziele. Die staatliche Macht in politischen, wirtschaftlichen und militärischen und anderen Bereichen des Zusammenlebens übt einen entscheidenden Einfluss auf Beschaffenheit und Inhalt nationaler (staatlicher) Interessen und somit auch auf die staatliche Strategie sowie die eigenen und spezifischen Strategien aus.

Macht in ihrer allgemeinen Bedeutung wird als die Fähigkeit eines Systems oder Wesens verstanden, unter Bedingungen der Ungewissheit und Unsicherheit zu überleben.⁶⁵⁾ Diese Unsicherheit wird größer, wenn der Ansatz zur Problemlösung subjektiv ist.

Aufgrund ihres praktischen und nachhaltigen Einflusses auf die Individuen, Staaten und Institutionen eines Systems und daher auch auf die Erreichung und den Schutz der Werte, Interessen und Ziele eines Staates und einer Nation ist Macht ein Ordnungskonzept in der Sozialwissenschaft. Das Hauptkriterium zur Evaluierung der totalen staatlichen Macht, die auch eine Voraussetzung für jede andere Macht darstellt, sind Wissen sowie geistiger und materieller Reichtum. Aus historischer Perspektive zeigt sich Macht an der Fähigkeit, Beziehungen zwischen Akteuren in der internationalen Gemeinschaft zu initiieren und zu beeinflussen.

In der Strategie⁶⁶⁾ stellt Macht den Mittelpunkt der Interaktion zwischen Völkern und Staaten in internationalen Beziehungen dar. Die Macht einer Nation oder eines Staates sowie deren Position inner-

Abb.2 Allgemeine und spezifische staatliche Strategien



Quelle: Autoren

Gestaltung: Redaktion ÖMZ / Stefan Lechner

halb der internationalen Gemeinschaft sind eine realistische Grundlage für die Definition staatlicher Strategie. Sie ist der Ausdruck des gesamten Zusammenlebens, einschließlich all seiner Inhalte im politischen, wirtschaftlichen, demographischen, informationsorientierten, kulturellen, militärischen und religiösen Bereich. Staatliche Strategie sollte einzigartige erkenntnistheoretische und programmatische Voraussetzungen schaffen, aufgrund derer spezifische Fähigkeiten der Gesellschaft durch eine vereinte Macht, die staatliche Macht, zusammengeführt werden.

Jene in der staatlichen Strategie angeführten Verpflichtungen sollten durch eigene und spezifische Strategien, Programme und Pläne operationalisiert werden, die im Wesentlichen Teile ursprünglicher, doktrinärer Dokumente sind. Als Theorie (Lehre) bilden staatliche Strategie (Politstrategie, allgemeine Strategie) und Militärwissenschaften die erkenntnistheoretische und programmatische Basis für die nationale Sicherheitsstrategie und die Militärdoktrin.⁶⁷⁾

Das erste und wahrscheinlich schwierigste Problem der staatlichen Strategie ist die Bestimmung des politstrategischen Systems und des Stellenwerts der separaten Strategien bei der Verwirklichung des höchsten Guts der Nation. Dies stellt ein Problem „par excellence“ dar, sowohl im theoretischen als auch im praktischen Sinn. Die Bestimmung des staatlichen politstrategischen Systems und des Ranges spezifischer Strategien würde die Rolle der militärischen Strategie in diesem System verdeutlichen.⁶⁸⁾

Gemäß J. Collins gibt es innerhalb der nationalen (allgemeinen, großen, globalen) Strategie die „*political strategy dealing with internal and external problems, economic (internal and external) strategy, national military strategy, etc.*“ (politische Strategie, die sich mit internen und externen Problemen befasst, die [interne und externe] Wirtschaftsstrategie, die nationale Militärstrategie etc.).⁶⁹⁾ Zusätzlich zu nationalen Interessen und Zielen beinhaltet die staatliche Strategie spezifische staatliche Strategien für die Funktionen eines Staates wie politische, wirtschaftliche, technologische, Informations- und andere Strategien.⁷⁰⁾ Die Platzierung von Politstrategien für einzelne oder umfassende staatliche Funktionen auf staatlicher Ebene ist eine theoretische oder normative Angelegenheit und beruht manchmal auch auf Konventionen.

Im Zuge der zivilisatorischen Entwicklung und der Beziehungen zwischen Akteuren in internationalen Beziehungen kommt den spezifischen staatlichen Strategien eine bestimmte Wichtigkeit im Hinblick auf die Erreichung und den Schutz lebensnotwendiger nationaler Interessen und Ziele zu.

Die militärische Strategie kann als eine der vielen spezifischen Strategien innerhalb des mehrfach strategischen Systems jedes entwickelten Staates nicht ohne allgemeine Strategie erklärt und letztere nicht ohne die militärische und andere, separate und spezifische Strategien verstanden werden. Die voranstehende Behauptung wird von D. Visnjic Studie „*Strategy As National Destiny*“ („*Object of Military Strategy and Subject of Military Strategy*“) untermauert, die die Anwendung des theoretischen Modells einer allgemeinen Strategie auf ein spezifisch militärisches Umfeld zeigt. Dieser Bereich war historisch gesehen der erste, der zum Verständnis staatlicher Strategie führte und durch Vermittlung die strategische Totalität des Staates ermöglichte.

Angeichts der zunehmenden Häufigkeit von „Totalisierung“ im philosophischen Diskurs, zwecks Vermeidung einer statischen und engen Definition des Konzeptes „Totalität“, fällt auf, dass sich zeitgenössische Autoren auf dieses Konzept sowohl inhaltlich konzentrieren als auch bei der Definition von Konzepten niederer Ordnung, die es beinhaltet. Die Totalisierung der militärisch-strategischen Wirklichkeit einer strategischen Entität resultiert immer aus der Beziehung zwischen den Prozessen, die sie durch ihre trennenden und verbindenden Beziehungen mit anderen, ähnlichen Entitäten in Gang setzt. Die Akteure in diesen Prozessen sind Faktoren der strategischen Wirklichkeit: Werte, Intellekt, Beziehungen, Macht und strategisches Wissen.

Notwendigkeit der Verankerung der staatlichen Strategie in der Wissenschaft

Basierend auf der vollständigen Bedeutungsanalyse des Begriffs „staatliche Strategie“ sowie des Inhalts und Ausmaßes des Konzeptes, seiner Formulierung und der gegenseitigen Abhängigkeit seiner Bestandteile, kann staatliche Strategie grundsätzlich als nationales und staatliches Programm auf allgemeinsten Ebene charakterisiert werden.

Der Gegenstand von Strategie (allgemeiner Strategie) hat zweifachen Charakter, nämlich aus ontologischer und epistemologischer Sicht. Er gehört zu jenen gesellschaftlichen Phänomenen, die im Laufe der Geschichte mehr von Interessenkonflikten dominiert waren als andere.

Prozesse sind auch als theoretisches System wichtig für die Strategie, da sie Bausteine darstellen oder eine unmittelbare Auswirkung auf die höchsten nationalen und staatlichen Werte haben. Jeder Prozess beruht auf einem bestimmten Maß an Macht und Gewalt. Sie sind auch Elemente von Politstrategien bzw. Gegenstand der Forschung, deren Ziel das Verständnis der objektiven Realität ist.

Die relative Eigenständigkeit spezifischer Strategien ist kein Hindernis für die Existenz einer Gesamtstrategie oder allgemeinen Strategie. Sie ist möglich und notwendig, da alle angeführten spezifischen und separaten Strategien (Substrategien) Teil eines besonderen strategischen Wissens und Denkens sind und den programmatischen Standpunkt eines Staates direkt beeinflussen. Man muss ein Phänomen in seiner Gesamtheit begreifen, um eines seiner Elemente erforschen zu können, v.a. hinsichtlich des Ausmaßes der Untersuchung und der Beziehung zwischen seinen Bestandteilen.

Die Praxis der Strategie ist weltweit akzeptiert, obwohl ihre wissenschaftlichen und doktrinären Grundlagen unterschiedlich definiert sind. Deshalb gibt es kein einheitlich definiertes, theoretisches und methodisches strategisches Ziel. Es gibt dennoch eine viel größere Zustimmung hinsichtlich doktrinärer und geeigneter Bereiche des strategischen Denkens bzw. strategischer Aktivitäten.

Trotz wichtiger Veränderungen in der Theorie von Strategie und strategischem Denken haben strategische Erfahrung und doktrinäre Theorie in der heutigen Welt, v.a. in unterentwickelten und kleinen Ländern, nach wie vor einen hohen Stellenwert. Diese beiden Elemente dienen als Grundlagen für die Umsetzung der Programme der regierenden politischen Parteien. Somit scheint der Beweis erbracht, dass in solchen Staaten die Politik über der staatlichen Strategie steht, was ein mangelhaftes Verständnis derselben und ihrer Notwendigkeit zur Folge hat. Jede neue Regierung oder jeder neue politische Akteur im Staat definiert nationale und staatliche Interessen und Ziele auf ihre/seine eigene Weise. Diese Situation führt aufgrund der gestörten Kontinuität beim Vorantreiben nationaler Interessen zu Orientie-

rungsverlust bei der Bevölkerung und Ordnungsverlust bei staatlichen Institutionen und Systemen. In solchen Staaten kommt es vor, dass sich die Politik durch den Missbrauch staatlicher Institutionen über die Gesellschaft erhebt und in eine Diktatur mit weitreichenden, schädlichen Auswirkungen auf Volk und Staat umschlägt.

Die Industriestaaten dieser Welt haben theoretische (wissenschaftliche) und doktrinäre programmatische Grundlagen zur Definition und Erreichung nationaler und staatlicher Interessen und Ziele entwickelt, nachdem sie erkannt hatten, dass doktrinäres Wissen, Erfahrung oder auch der Einfallsreichtum einzelner in führenden staatlichen Positionen hierfür ungenügend sind.

Der Umstand, dass sich jene, grundlegende nationale Interessen betreffenden Faktoren stärker und wesentlicher verändert haben denn je, hat die wichtigsten nationalen und staatlichen Werte ebenfalls beeinflusst. Im Lichte dessen steht staatliche Strategie in vielen Staaten über der im Amt befindlichen oder zukünftigen Regierung und daher über der Politik, da die wichtigen nationalen Interessen durch den Konsens aller relevanten politischen Akteure festgelegt wurden. Die Politik wird ein Instrument zur Erreichung der definierten nationalen Interessen und Ziele.

Zum Zweck des besseren Verständnisses von Beziehungen und der gegenseitigen Abhängigkeit der kategorischen Konzepte im Bereich der staatlichen Sicherheit und Verteidigung wurden die Antworten auf einige grundlegende Fragen hinsichtlich des Schaffungsprozesses, der Überprüfung und der Umsetzung dieser Dokumente festgelegt. Diese Fragen beziehen sich auf folgende Bereiche: die wissenschaftliche Verankerung; wer die Dokumente vorbereitet; wer sie überprüft; die Geltungsperiode der Dokumente; die mit der Umsetzung der Dokumente beauftragten Akteure und die Bereiche, in denen die staatlich-doktrinären Dokumente umgesetzt werden. Bei der Definition der Antworten auf diese Fragen und der Schaffung präziser methodischer Vorgehensweisen, die auf Informationen aus dem In- und Ausland beruhen, können entscheidende Unterschiede zwischen den kategorischen Konzepten aufgezeigt werden. Insgesamt gelangt man zu dem Schluss, dass wir es mit einem neuen konzeptuellen und methodischen Ansatz zu tun haben, der überholte Arbeitsvorgänge staatlicher Institutionen hinsichtlich der Schaffung und Anwendung grundlegender doktrinärer Dokumente entscheidend verändert.

Je nach seiner Wichtigkeit und oft aufgrund der Art und Weise, wie in der staatlichen Strategie formulierte Interessen vorangetrieben werden, wird dieser Ansatz als „nationale Strategie“ oder „nationale Sicherheitsstrategie“ bezeichnet. Der Ausdruck „nationale Strategie“ ist oft dadurch gerechtfertigt, dass grundlegende nationale Interessen nicht in der staatlichen Strategie genannt werden oder diese gar nicht existiert, während der Ausdruck „nationale Sicherheitsstrategie“ ein niedrigeres kategorisches Konzept impliziert, da es nicht gerechtfertigt und unsinnig wäre, die Gesamtheit nationaler Aktivitäten unter dem Konzept der nationalen Sicherheit zusammenzufassen.

Die Notwendigkeit, staatliche Strategie in der Wissenschaft zu verankern, gründet sich v.a. auf ihre multidimensionale Bestimmungsfunktion in einem programmatischen

und praktischen Sinn, jedoch auch auf das Erfordernis verlässlicher Prognosen, die ein vernünftiges und wirksames Vorgehen des Staates und des staatlichen Systems in der Zukunft sicherstellen. Um strategische Forschung zur Schaffung einer staatlichen Strategie betreiben und praktische Aktivitäten auf eine wissenschaftliche Grundlage stellen zu können, muss man den Gegenstand der Forschung definieren. Gegenstand der Strategie als wissenschaftliche Grundlage für die staatliche Strategie sind komplexe, multidisziplinäre Fragen aus der Theorie und Praxis der Formulierung und Umsetzung staatlicher Strategie. Ein Teil dieser Fragen steht in Zusammenhang mit der Wissenschaft internationaler Beziehungen, die diese Beziehungen als höchst wichtig für die Existenz der Menschheit während der gesamten Geschichte betrachtet.⁷¹⁾ „Beziehungen“ sind der direkte Gegenstand des Denkens nach zeitgemäßer Logik, aufgrund ihres objektiven Vorhandenseins zwischen Akteuren in internationalen Beziehungen.⁷²⁾ Letztere führen wegen gegensätzlicher und unvereinbarer Interessen oft zu bewaffneten Konflikten.

Schlussfolgerung

Trotz weitreichender Veränderungen in der Theorie von Strategie und strategischem Denken genießen strategische Erfahrung und doktrinäre Theorie nach wie vor großen Respekt in der Welt. Diese Erfahrung und die doktrinäre Theorie werden, wie der Ausdruck politischer Praxis, für die Umsetzung von Programmen politischer Parteien verwendet. Daher kann festgehalten werden, dass in solchen Staaten die Politik über der staatlichen Strategie steht, was ein mangelhaftes Verständnis für ihre Bedeutung und die Notwendigkeit ihrer Existenz zur Folge hat. Jede neue Regierung oder jeder neue politische Akteur im Staat definiert nationale und staatliche Interessen und Ziele auf ihre/seine Art. Diese Situation führt aufgrund der gestörten Kontinuität beim Vorantreiben nationaler Interessen zu Orientierungsverlust bei der Bevölkerung und Ordnungsverlust bei staatlichen Institutionen und Systemen. In solchen Staaten kann sich die Politik durch den Missbrauch staatlicher Institutionen und unter dem Deckmantel des Schutzes nationaler Interessen über die Gesellschaft erheben.

Der Umstand, dass sich jene, die grundlegenden nationalen Interessen betreffenden Faktoren stärker und wesentlicher verändert haben denn je, hat die wichtigsten nationalen und staatlichen Werte ebenfalls beeinflusst. Im Lichte dessen steht staatliche Strategie in vielen Staaten über der im Amt befindlichen oder zukünftigen Regierung und daher über der Politik, da die wichtigen nationalen Interessen durch den Konsens aller relevanten politischen Akteure festgelegt wurden.

Ohne staatliche Strategie als einzigartige nationale Vision basierend auf Werten, Interessen und Zielen kann keine relativ stabile und objektive nationale Sicherheitsstrategie oder irgendeine andere separate Strategie für die Hauptfunktionen des Staates in einheitlicher Weise definiert werden.

Die theoretischen, erkenntnistheoretischen und methodischen Dimensionen staatlicher Strategie sind entscheidend für ihre Schaffung und Entwicklung. Der Name des Dokuments und seine Form sind weniger wichtig als die Tatsache, dass es existiert und dass alle relevanten Akteure der Gesellschaft an seiner Erstellung beteiligt sind. Dieses Dokument muss die wichtigsten strategischen Richtlinien für die Interessen und die Vision der Entwicklung der Gesellschaft anführen, unter Bedachtnahme der Faktoren des strategischen Umfelds, die sie bestimmen.

Mit einer staatlichen Strategie und klar dargelegten strategischen Verpflichtungen hinsichtlich aller wichtigen Fragen der

Gesellschaft, von Werten, Interessen und Zielen bis hin zu Wegen, sie zu erreichen, präsentiert sich der Staat als verantwortlicher Akteur, der mit all seinen Kapazitäten und Fähigkeiten zum Vorteil seiner Bürger agieren wird. Auf diese Weise wird der Staat zum Dienstleister und zum Löser von Problemen in allen Bereichen des Zusammenlebens.

ANMERKUNGEN:

- 1) Вишњић, Д., Стратегија државе као судбина нације, Министарство одбране, Сектор за људске ресурсе и Институт ратне вештине, Београд, 2005, S.143.
- 2) Шмит, М., Идентификовање националних циљева и развијање стратегије: приступ оријентисан на процес, Информативни билтен превода, ЦВНДИ, Београд, 1998-2000, S.23.
- 3) Вишњић, Д., op.cit., S.365-366.
- 4) Бофр, А., Увод у стратегију, ВИЗ, Београд, 1968, S.13-14.
- 5) Ibid. S.25.
- 6) Лидел, Х., Стратегија посредног прилажења, Војно дело, Београд, 1952.
- 7) R. Aron: Evolution of Modern Strategic Thought; Problems of Modern Strategy, Part one, No.54, Adelphi Papers, 1969, S.2.
- 8) Вишњић, Д., op.cit., S.85-86.
- 9) E. Erich: Definition und Gebrauch des Begriffes „Strategie“, Österreichische Militärische Zeitschrift, Wien, No. 2, 1998, S.121-128.
- 10) Ларусова енциклопедија (translation), 2, Л-Ш, Вук Караџић, Београд, 1978, S.1689.
- 11) Мала енциклопедија Просвете (треће издање), А-Ј, Просвета, Београд, 1978, S.322.
- 12) Војна енциклопедија (друго издање), Београд, 1975, S.171.
- 13) Политичка енциклопедија, Савремена администрација, Београд, 1975, S.1033.
- 14) Барлет, К. Хенри, Холман, Г. Пол, Тимоти, Е., Самз, Вештина креирања стратегије и планирања силе, Војно дело, бр. 3, 2008, S.157-158.
- 15) Мирковић, Т., Војска у спољној политици САД, Војно дело, 4-5, 1996, S.53.
- 16) Колинс, Ц., према Мирковић, Т., op. cit., S.54-55.
- 17) Свећин, А., А., Стратегија, Војно дело, Београд, 1956.
- 18) Милтон А. А., директор заједничког центра за доктрину и концепте, Излагање на радном састанку бр. 1 OSCE семинара о војним доктринама и политикама одбране, јун 2001.
- 19) Diese Darstellungen spiegeln Informationen aus Berichten wider und entsprechen nicht der Meinung des Autors. (USA, Annual Report to Congress, Military Power of the People's Republic of China, 2007, Office of the Secretary of Defense, S.6-14.
- 20) Сакан, М., Дефинисање стратегије, Војно дело, бр. 2, 2002, S.218.
- 21) Das serbische Wort „држава“ (engl. state) kommt vom Altslavonischen „држати“ (engl. hold), welches das ererbte Verständnis des Wortes angibt: Staat (држава) ist das Gebiet, das jenen gemeinsam ist, die es bewohnen und das Besitz oder das Erbe eines Herrschers ist. In vielen anderen Sprachen stammt das Wort für Staat aus dem Lateinischen status (aus dem Kontext status rei Romanae). Dies erklärt den Ursprung des französischen état, des italienischen stato, des englischen state, des spanischen estado und des deutschen Staat etc. (Политичка енциклопедија, Савремена администрација, Београд, 1975, S.213).
- 22) Ibid. S.213.
- 23) Мала енциклопедија Просвете, Просвета, Београд, 1978, S.541.
- 24) Правна енциклопедија, Савремена администрација, Београд, 1985, S.306.
- 25) Речник српскохрватског књижевног језика, књига 1, Матица српска, Матица хрватска, Нови Сад, Загреб, 1967, S.776.
- 26) Животић, Р., Јововић, Б., Језик и стил ратне вештине, ЦВВШ, Београд, 1990, S.53.
- 27) Вишњић, Д., op.cit., S.300 and 305.
- 28) Петронијевић, Б., Основи логике, репринт, Белетра, Београд, 1990, S.141.
- 29) Die folgenden sieben Regeln zur Definition, die B. Petronijevic in seinem Werk „The Basics of Knowledge“ anbietet, finden in dieser Arbeit Anwendung: 1) Bestimmung der grundlegenden Merkmale eines Konzeptes, 2) Bestimmung des ersten höheren Konzeptes, charakterisiert durch Merkmale des zu definierenden Konzeptes, 3) Adäquatheit der Definition des Ziels, dessen Konzept definiert wird; 4) Äquivalenz der

Definition, i.e. Gültigkeit ausschließlich für das gegenständliche Konzept, 5) die Definition darf nicht zirkulär bzw. ein Konzept durch das Wort, definiert sein, das es implizit enthält (Tautologie) oder durch andere Konzepte, die es selbst definiert. (Петронијевић, Б., op. cit., S.134-140).

30) Ковач, М., Марчек, Ј., Теоријске основе стратегије државе, Зборник радова са симпозијума о војној науци, Научна изградња и чиниоци војне стратегије, Институт ратне вештине, Београд, 2001, S.40.

31) Кековић, З., О нацрту стратегије националне безбедности Републике Србије - критички прилог за расправу, Војно дело, бр.2, 2009, S.91.

32) Петронијевић, Б., op. cit., S.140.

33) Anders als bei der natürlichen Klassifikation, die auf den grundlegenden Merkmalen eines Konzeptes beruht, basiert die künstliche Klassifikation auf zufälligen (externen) Merkmalen. Die künstliche Klassifikation ermöglicht die rasche Auffindung eines Konzeptes oder Ziels unter einer Vielzahl ähnlicher Konzepte und Ziele (Ibid. S.141).

34) Die folgenden Regeln wurden für die Klassifikation des Konzeptes der state strategy angewendet: 1) Klare Definition des Konzeptes; 2) als einzigartiges Klassifikationsprinzip wurde eine Eigenschaft (Merkmal) als Charakteristikum der jeweiligen Zielklasse herangezogen; 3) die Klassifikation ist vollständig, d.h. sie ist weder zu weit noch zu eng; 4) es gibt eine klare Grenze zwischen den Gliedern der Unterteilung; 5) der Oberbegriff als gängiges Merkmal der Klassifikation bezieht sich auf alle ihm untergeordneten Begriffe. (Зажечарановић, Г., Основи методологије науке, Научна књига, Београд, 1987, S.113).

35) Кековић, З., op.cit., S.91.

36) Ковач, М., Марчек, Ј., op.cit., S.40.

37) Кековић, op.cit., S.91.

38) Ковач, М., Стратегијска и доктринарна документа националне безбедности, Свет књиге, Београд, 2003, S.82.

39) In der Theorie ist eine gültige Unterscheidung zwischen Quelle und Faktor schwierig. Dieses Wissen ergibt sich aus dem meta-theoretischen Ansatz hinsichtlich der theoretischen Strategiemittel.

40) Der Begriff Interesse bezeichnet „a certain active relation between a man and a thing, another man or a specific idea, share of participation in something, or importance, significance, value or benefit for the man from that relation. To be interested in means to be willing to get involved in an active relationship with something in order to satisfy one's personal need or wish (personal interests) or a certain social need (social interests). In either case interest is achieved by satisfying a specific need, personal or social... (eine bestimmte aktive Beziehung zwischen einer Person und einem Ding, einem anderen Menschen oder einer bestimmten Idee oder das Teilhaben an etwas, das von Wichtigkeit, Wert oder Vorteil für diese Person ist. Interessiert sein bedeutet, aktiv mit einer Sache in Beziehung treten zu wollen, um ein eigenes persönliches Bedürfnis/einen Wunsch (ein persönliches Interesse) oder ein soziales Bedürfnis/Interesse zu befriedigen. In jedem Fall wird das Interesse durch die Befriedigung eines speziellen persönlichen oder sozialen Bedürfnisses erfüllt.“ Мала политичка енциклопедија, Савремена администрација, Београд, 1966, S.390).

41) Wert definiert werden als „something that is desired, that should be longed for, that affects selective behaviour. Value regulates impulses, gratifications in line with the whole area of hierarchical and permanent content of personality, requirements set by persons and sociocultural systems, needs for respecting needs of the others and the group as a whole in social life (etwas Erwünschtes, das angestrebt werden soll und das selektives Verhalten beeinflusst. Wert regelt Impulse, Genugtuung innerhalb des gesamten Bereichs der hierarchischen und dauerhaften Persönlichkeitsinhalte, durch Personen und soziokulturelle Systemen festgelegte Erfordernisse, die Voraussetzungen für den Respekt der Bedürfnisse anderer und der Gruppe als Ganzes)“. Животић, М., Аксиологија, Напријед, Загреб, 1986, S.47.

42) Томановић, Р., Националне и државне вредности, интереси и циљиви, Зборник радова са симпозијума о војној науци, Институт ратне вештине, Београд, 2001, S.363-395.

43) Вишњић, Д., op.cit., S.79.

44) Живковић, М., Основи теорије државе и права, Полицијска академија, Београд, 1997, S.64.

45) Нај, Ц., Како разумети међународне односе, Стубови културе, Београд, 2006, S.348.

46) Живковић, М., op. cit., S.79.

47) Ibid. S.66.

48) Hinsichtlich der Typologie von Konflikten verweist M. Zivkovic auf folgende Typen, gereiht nach Bedeutsamkeit und möglicher Explosivität: (1) Internationale Konflikte zwischen Staaten (Kriege), internationale Spannungen und Rivalitäten; (2) Konflikte zwischen den wichtigsten gesellschaftlichen Klassen (Besitzer und Nicht-Besitzer von Produktionsmitteln); (3) Konflikte zwischen den wichtigsten gesellschaftlichen und dazwischen liegenden Klassen; (4) interne Konflikte (innerhalb politischer Parteien bezüglich finanzieller Angelegenheiten, zwischen Kapitalzentren des Marktes, etc.); (5) verschiedene religiöse und ethnische Konflikte in heterogenen Staaten (Живковић, М., Основи теорије државе и права, Полицијска академија,

Београд, 1997).

49) Вишњић, Д., op.cit., S.83.

50) Im Allgemeinen bedeutet Ziel: (1) ein Zustand, eine Form oder Situation oder ein zu erreichender Punkt; (2) die subjektive Absicht, etwas zu erzielen, das als zu erreichender Zustand, Form, Situation oder Punkt betrachtet werden kann; (3) die angestrebte Richtung oder der durch eine Handlung angestrebte Zustand; (4) das Erreichen selbst (Мала политичка енциклопедија, Савремена администрација, Београд, 1966, S.129).

51) Јовановић, Б., Увод у теорију војног руковођења, ЦВВШ ЈНА, Београд, 1977, стр. 44 и 46.

52) Лексикон појмова са тумачењима „Систем, управљање система, системске дисциплине, техника и метода“, Михајло Пупин, Београд, 1970, S.71.

53) Ibid. S.28.

54) R. Tomanovic, zum Beispiel, klassifiziert nationale Ziele hinsichtlich ihrer Wichtigkeit oder des Zeitpunktes ihres Erreicht-Werdens in langfristige und aktuelle Ziele. Langfristige nationale Ziele werden weiter unterteilt in allgemeine, staatliche, zivilisatorische, politische, nationalstrategische und militärstrategische Ziele. (Томановић, Р., Научна утемељеност структуре и елемената стратегије одбране СР Југославије, doctoral dissertation, Војна академија Војске Југославије, Београд, 2000, S.44-52).

55) Шмит, М., Идентификовање националних циљева и развијање стратегије: приступ оријентисан на процес, Информативни билтен превода, ЦВНДИ, Београд, 1998-2000, S.27.

56) Ibid. S.27-38.

57) Ibid. S.158-162.

58) Ibid.

59) Ibid. S.160.

60) Ibid. S.160.

61) Ibid. S.160-161.

62) Ibid. S.161.

63) Ibid. S.161 and 162.

64) Ibid. S.162-164.

65) Вишњић, Д., Како мислити доктрину, Војно дело, бр. 1, 1995.

66) Die Strategiebezeichnungen sind nicht präzise, da sie bestimmte Dokumente repräsentieren. Es gibt jedoch in der Verwendung der Terminologie weltweit große Unterschiede. Darüber hinaus stellen wir hier nur einige Strategien vor, die auf der Ebene des Verfassens strategischer Dokumente zum Tragen kommen.

67) Вишњић, Д., op.cit., S.342.

68) Collins, J. M., Grand Strategy, Annapolis, 1973, S.14.

69) Dementsprechend ist bereits ein Vorwärtsschritt im militärischen Denken zu verzeichnen, weg von den vormaligen Konzepten der elektronischen Kriegführung und den gegenwärtigen Definitionen von „Kriegführung, Führungsverhalten und Führung“, ja sogar weg vom allgemeinen Konzept der „Informationskriegführung“. (Тофлер, А., Тофлер, Х., Пат и антират, Паидеја, Београд, 1998, S.176).

70) Вишњић, Д., op.cit., S.

71) Аћимовић, Јь.

72) Шешић, Б., Основи логике, Научна књига, Београд, 1983, S.54.



Prof. Mitar Kovač, PhD

Geb. 1959; Generalmajor; Abschluss des Militärgymnasiums und der Militärakademie; danach Zugskommandant, Kompaniekommandant, stellvertretender Artilleriebataillonskommandant, Artilleriebataillonskommandant; stv. Artillerieregimentskommandant und Artillerieregimentskommandant; 1993-2004 Forschungstätigkeit dann Referatsleiter an der Militärhochschule; 2002 Generalstabschule; 2004-2010 Leiter der Abteilung für strategische Planung im Verteidigungsministerium; seit 2010 J5 (Leiter der Abteilung für Planung und Entwicklung); 1990 Master of Science; 1998 Promotion zum PhD in Militärwissenschaften; seit 2004 assoziiertes Mitglied im Institut für strategische Forschung; seit 2006 Professor in der Abteilung für Strategie an der Militärakademie; seit 2011 Präsident des Senats der Verteidigungsakademie; Autor und Co-Autor verschiedener Studien, Monographien, Bücher und wissenschaftlicher Artikel; Autor der bedeutenden Monographien „Geschichte der Kriegskunst“ und „Strategische Verteidigungsplanung“.



Prof. Jan Marček, PhD

Geb. 1958; Oberst; 1981 Abschluss der militärischen Ausbildung an der Militärakademie. Danach Versetzung in die Garnison Niš, und neun Jahre lang Erfüllung der Pflichten im Fliegerabwehrzug sowie als Kommandant einer Batterie; 1991 Abschluss eines postgraduales Studiums der Militärwissenschaften und Erhalt des Titels „Master of Military Science“ im Bereich der militärischen Andragogik; 1998 Defensio seiner Dissertation auf demselben Spezialgebiet; 1990 Versetzung in die Garnison Belgrad und während der nächsten achtzehn Jahre Bekleidung folgende Positionen: 1990-1992 Forscher in der Ausbildungsforschungsabteilung; 1992-2002 Forscher in der Abteilung für Militärpsychologie und -soziologie; 2002-2006 Leiter der Abteilung für Militärpsychologie und -soziologie; 2006 Leiter der Abteilung für Taktik; 2006-2007 Direktor des Instituts für Strategische Forschung; 2007-2010 nach dem Wechsel an die Militärakademie als Manager of Undergraduate Studies beschäftigt; 2010-2011 Leiter der Forschungs- und Studienprogrammentwicklung; seit 2011 Vizerektor für Qualität und Entwicklung an der Verteidigungsuniversität in Belgrad.